

G 2766 EX



# MAGAZIN

ZEITSCHRIFT FÜR ZIVILSCHUTZ, KATASTROPHENSCHUTZ UND SELBSTSCHUTZ

**4'73** APRIL



## UNSER LESER- KREIS WÄCHST

Seitdem wir das „ZS-Magazin“ vor eindreiviertel Jahren herausgebracht haben, ist das Interesse am Bezug dieses Heftes sichtbar gestiegen, ist der Leserkreis dieser Fachzeitschrift ständig gewachsen. Offensichtlich wurde auch ein Zweck, der mit der Herausgabe einer gemeinsamen Zeitschrift für alle Helfer und Mitarbeiter im Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz verbunden war, schon erreicht: Die Kontakte zwischen den Angehörigen der in diesem weiten humanitären Bereich mitwirkenden Organisationen, Institutionen und Dienststellen sind besser geworden. Das Verständnis für die Probleme des anderen, aber auch die Wertschätzung seiner Arbeit, ist dank der verbesserten Information größer geworden. Eine Orientierungshilfe besonderer Art bieten dabei unsere „Regenbogenseiten“, jene bunten Blätter in des Wortes wahrster Bedeutung, die kaleidoskopisch Einblick gewähren in das vielfarbige, abwechslungsreiche Schaffen einer zur freiwilligen Bereitschaft aufgerufenen Helferschaft.



Bei friedensmäßigen Unfällen, Notständen und Katastrophen leistet der Malteser-Hilfsdienst im Verein mit anderen Organisationen tatkräftige Hilfe.



Auch im Sanitäts- und Betreuungsdienst des erweiterten Katastrophenschutzes finden Helferschaft und Einrichtungen des MHD ein weites Aufgabengebiet.

Diese bunten Seiten sind von dieser Ausgabe an um eine Farbe reicher geworden. Wir begrüßen die neuen Leser des Malteser-Hilfsdienstes und freuen uns, nun auch auf der gegenüberliegenden Seite das Emblem dieser Organisation zusammen mit den Emblemen unseres „alten Leserstammes“

zeigen zu können. Seit Jahrhunderten haben sich die Malteser dem Dienst am Verletzten, Kranken und Hilfsbedürftigen gewidmet. Die heutige Mitwirkung des MHD in der Ersten Hilfe, im Rettungswesen sowie im Zivil- und Katastrophenschutz bedeutet nichts anderes als die Fortführung

des Ordensauftrages in zeitgemäßer Anpassung an die Erfordernisse der Gesellschaft. Mehr als bisher werden unsere Leser in Zukunft auch über diese segensreiche Tätigkeit lesen können und von den verbreiteten Erkenntnissen und Erfahrungen profitieren.

H. F.

 **MAGAZIN**  
**4'73**



**Aus dem Inhalt**

**Seite 4:**

„Planspiele simulieren den Ernstfall“ —



Beamte auf der Schulbank der Akademie für zivile Verteidigung.

**Seite 10:**

„Lob für Christoph 3“ — Kölner Symposion über die Möglichkeiten der Flugrettung.

**Seite 13:**

„Drei Lanzensysteme getestet“ — Erfahrungsbericht über Brennversuche mit Sauerstofflanzen.

**Seite 16:**

„Sicherheitsplanung — eine nützliche Investition“ — Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz geben der Wirtschaft viele Anhaltspunkte.

**Seite 20:**

„BVS und betrieblicher Katastrophenschutz“ — Ein ergänzender Bericht aus Hamburg.

**Seite 21:**

„Explosion am Lützowplatz“ — Über die Rahmenübung „Concerto“ in Berlin.

**Seite 25:**

„Sicherheit an erster Stelle“ — 15 Tips zur Ausbildung im Brandschutz.

**Seite 28:**

„Zivilschutz im Herzen Europas“ — So löst der Kanton Zürich seine schwere Aufgabe.

**Seite 68:**

„Vorschlag für einen Rettungsplan“ — Studie des Landkreistages zum Rettungswesen in Nordrhein-Westfalen.

**Impressum**

Herausgegeben im Auftrage des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz  
5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Telefon: (02 21) 49 50 71

**Verlag:**

Bundesverband für den Selbstschutz  
Das „ZS-Magazin“ erscheint monatlich

**Chefredakteur:**

O. Ulrich Weidner

**Redaktion:**

Jochen von Arnim  
Helmut Freutel  
Erich W. van gen Hassend  
Dr. Evelyn Henselder  
Alfred Kirchner  
Werner Koller  
Dr. Werner Schiefel

**Anschrift der Redaktion:**

5 Köln 41, Eupener Straße 74  
Telefon: (02 21) 49 50 71

**Grafik und Layout:**

Gabriele Mintenbeck

**Druck, Herstellung und Vertrieb:**

Verlag P. A. Santz,  
599 Al t e n a , Postfach 137  
Tel.: (0 23 52) 28 21, Telex: 08 229 311

**Anzeigenverwaltung:**


Kontinenta Anzeigenverwaltung GmbH  
4 Düsseldorf, Umlandstraße 42  
Telefon: (02 11) 66 62 65  
Fernschreiber: 08 586 898

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis je Heft DM 2,80.  
Abonnement vierteljährlich DM 8,40,  
jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten.

Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Tatsächlich verbreitete  
 Auflage: 106.100 Exemplare  
IVW-geprüft.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



UMSCHAU

### Hubschrauber landete auf Rheinschiff

Auf einem fahrenden Schubverband mitten auf dem Rhein landete der Kölner Hubschrauber für Katastrophenschutz und Rettungswesen „Christoph 3“, um einen schwerkranken Schiffsjungen zu übernehmen und zum Heilig-Geist-Krankenhaus zu fliegen. Dieser war bei Reinigungsarbeiten in den Rhein gefallen, hatte jedoch zunächst keine Beschwerden gehabt. Einige Stunden später litt er plötzlich unter Atemnot. Als die Beschwerden des Kranken immer schlimmer wurden, sandte der Schiffsführer einen Notruf ab, worauf die Wasserschutzpolizei den Hubschrauber alarmierte. Südlich der Leverkusener Brücke setzte der Helikopter auf dem Schiffsdeck auf. Fertigbetonteile, die als Decklast geladen waren, bildeten eine haltbare Ladefläche. Der Hubschrauber transportierte den Patienten und war bereits 29 Minuten nach dem Alarm wieder einsatzbereit. Es war die erste Landung des Rettungshubschraubers auf einem fahrenden Schiff gewesen. Um sich mit den besonderen Schwierigkeiten eines solchen Manövers vertraut zu machen, wiederholte die Besatzung am folgenden Tag probeweise noch einmal den Einsatz.

### Kampf dem Methodik-Muffel (III)

Richtiges Fragen will gelernt sein. Gruppenführer Müller macht Ausbildung am Greifzug. Seine Gruppe steht im Halbkreis um das Gerät.



„Christoph 3“ landete auf einem Rheinschiff.

Er fragt: Herr Schulze, was passiert, wenn der Scherstift absichert, wie kann die Sache wieder geregelt werden und wo sind Ersatzstifte?“ Was ist an dieser Frage methodisch unrichtig? Wenn die Frage nur an Herrn Schulze gestellt wird, sind die anderen Teilnehmer praktisch ausgeschaltet. Es reizt sie nicht mehr, selber mitzudenken. Die Frage hat mehrere Teilfragen. Es wird dadurch ein zu großer Komplex angesprochen. Folgerungen für den Ausbilder: 1. Fragen grundsätzlich an alle Helfer stellen. Kurze Pause zum Nachdenken lassen, dabei die Zuhörer anschauen und „in den Gesichtern lesen“, ob mitgedacht wird. Dann erst den Namen nennen. So müssen alle mitdenken. Bei Fragen, die „wie aus der Pistole geschossen“ beantwortet werden müssen (z. B. Belastbarkeit des Greifzuges), kann die Pause entfallen. 2. Stets nur eine kurze, klare Frage stellen, auf die eine eindeutige Antwort erteilt werden kann. So können im Laufe einer Stunde viele Helfer oftmals gefragt werden und keiner langweilt sich. Hier noch ein nettes Beispiel für eine ungeschickte Frageform: „Mit was ohne was darf ein Soldat nicht über was gehen?“ – Antwort: „Mit Pfeife ohne Deckel über den Kasernenhof!“

### THW auf der 25. Internationalen Handwerksmesse München

In der Halle 20, Stand 2098 a, der Handwerksmesse in München (5. bis 15. April 1973) war das THW vertreten. Aus den vielfältigen Aufgaben des THW wurde auf der Messe der Verkehrshilfsdienst auf Bundesstraßen und Autobahnen angesprochen. Zu sehen war das Einsatzfahrzeug einer Bereitschaftsgruppe mit dem entsprechenden Bergungsgerät. Darüber hinaus wurden die Besucher durch eindrucksvolle Bilder und Zahlen über die Hilfeleistungen des THW bei Unfällen und Pannen informiert.

### Luftrettungszentrum für den Raum Stuttgart

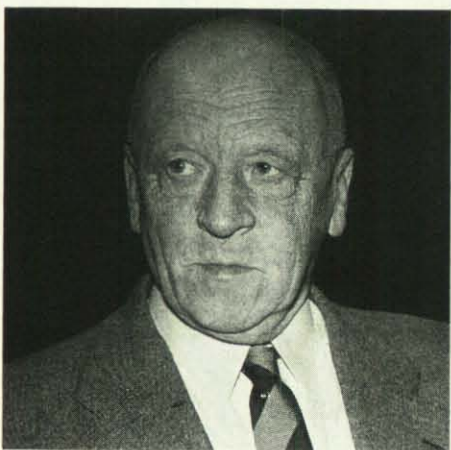
Die „Deutsche Rettungsflugwacht e. V.“, der Staatssekretär Haar vom Bundesverkehrsministerium bei der Eröffnungsfeier die Unterstützung der Bundesregierung zusagte, will die bestehenden Luftrettungszentren um ein weiteres für den Raum Stuttgart ergänzen. Der Landesverband der Ortskrankenkassen hat sich bereiterklärt, die Transportkosten für die Einsätze zu übernehmen. Die Verwaltungskosten

sollen durch Mitgliedsbeiträge gedeckt werden. Wegen der Übernahme der Bereitschaftskosten werden noch Verhandlungen mit dem Land Baden-Württemberg und dem Bund geführt.

Ebenfalls neu errichtet wurde die Luftrettungsalarmzentrale der Deutschen Rettungsflugwacht, die auf dem Stuttgarter Flughafen beheimatet ist. Sie soll alle Luftrettungszentren und sonstigen Nottransporteinrichtungen im Bundesgebiet, möglichst unter Einziehung von Polizei und Bundesgrenzschutz, nachrichtentechnisch miteinander verbinden und ihre Einsätze koordinieren.

### Präsident a. D. Sautier 85 Jahre alt

Präsident a. D. Hermann J. Sautier, bis Ende 1960 langjähriges geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesluftschutzverbandes (heute: Bundesverband für den Selbstschutz) und Präsident des ehemaligen Reichsluftschutzbundes, wurde am 3. April 85 Jahre. Er feierte seinen Geburtstag in guter körperlicher und geistiger Frische. Nach wie vor nimmt Hermann Sautier am politischen Geschehen im Allgemeinen und an allen Zivilschutzfragen im Besonderen regen Anteil. Besonders freut er sich darüber, daß frühere Mitarbeiter und Helfer, für die Hermann Sautier immer ein Vorbild an aufrechter Gesinnung und ein Streiter für die Sache des Selbstschutzes war, noch Kontakt mit ihm halten. Vorstand,



Mitarbeiter und Helfer des Bundesverbandes für den Selbstschutz wünschen Hermann Sautier noch weitere glückliche Jahre bei guter Gesundheit.



### Ehrung in Rom

Zu unserem obigen Foto:

In Rom wurden am 30. März die beiden Helfer des Malteser-Hilfsdienstes Monika Schwinn und Bernhard Diehl, die nach knapp vierjähriger Gefangenschaft in Nordvietnam freigelassen worden waren, vom Großmeister des Malteser-Ordens, Fra Angelo di Mojana di Bologna (Mitte), ausgezeichnet. Monika Schwinn aus Lebach/Saar erhielt das Große Verdienstkreuz, und Bernhard Diehl aus Worms wurde zum Offizier des Malteser-Ordens ernannt. Anschließend gab der Großmeister im Ordenspalast ein Essen zu Ehren der beiden Helfer. (Siehe auch Bericht auf der Umschlagseite 3 dieser Ausgabe.)

### Neuer Personalrat in der Bundeshauptstelle des BVS

Die Bediensteten der Bundeshauptstelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Köln wählten am 9. März einen neuen Personalrat. Bei reger Beteiligung wurde in allen Gruppen — Angestellte, Beamte, Arbeiter — Persönlichkeitswahl durchgeführt. Die unten stehende Aufnahme zeigt die Mitglieder des neuen Personalrates. Die beiden Damen, Frau Künzelmann (rechts) und Frau Hagen, sowie Herr van gen Hassend (2. v. rechts) sind die Vertreter der Angestelltengruppe. Herr Ehses (links) ist der Vertreter der Beamtengruppe; Herr Sopp (Mitte) vertritt die Gruppe der Arbeiter/MTB. Zum Vorsitzenden des Personalrates wurde Herr van gen Hassend gewählt.



Werner Schiefel

# Planspiele simulieren den Ernstfall

Beamte auf der Schulbank

In der Vergangenheit haben wir immer wieder politische Krisenzeiten erlebt. Angesichts der vielen Krisenherde in der Welt können wir auch in Zukunft mit derartigen Entwicklungen konfrontiert werden. Ebenso müssen wir ständig mit Katastrophen aller Art rechnen.

Vom reibungslosen Zusammenwirken der verantwortlichen Stellen hängt in solchen Situationen der Erfolg aller getroffenen Maßnahmen ab. Bundesregierung, Bundes- und Landesbehörden, Kreise und Gemeinden müssen untereinander Kontakt halten und Informationen austauschen. Ein Telefongespräch zwischen Oberkreisdirektor und Regierungspräsident kann von großer Bedeutung sein. Auch die Zusammenarbeit von zivilen Dienststellen und militärischen Kommandobehörden muß funktionieren. Können die zuständigen Verwaltungsstellen sich mit den besonderen Anforderungen einer derartigen Ausnahmesituation heute bereits vertraut machen? Diese Möglichkeit besteht in der Tat seit einigen Jahren: Es gehört zu den Aufgaben der Akademie für zivile Verteidigung in Bonn-Bad Godesberg, diejenigen, die bei der Bewältigung einer Krise an den „Schaltstellen“ sitzen würden, theoretisch und praktisch auf einen möglichen Ernstfall vorzubereiten. In den Lehrgängen der Akademie erörtern und proben die Teilnehmer das organisatorische Zusammenspiel verschiedener Stellen in einer modellhaft angenommenen Krise. Sogar der Ablauf wichtiger Telefonate wird hier simuliert.





**Dr. Dr. Ulrich Eichstädt, Präsident der Akademie für zivile Verteidigung.**

### **Die Errichtung der Akademie**

Der Gedanke zur Errichtung einer Akademie, die sich mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßt, entstand zu Beginn der 1960er Jahre. Es hatte sich herausgestellt, daß die Ausbildung der zivilen Verwaltungsbeamten auf dem nicht-militärischen Gebiet der Verteidigung nicht ausreichte. Seit 1961 gibt es zwar an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg die sogenannten „Einweisungen“ in Fragen der militärischen und zivilen Verteidigung, an denen sowohl Offiziere als auch zivile Beamte teilnehmen; diese mehrwöchigen Kurse erwiesen sich jedoch für die Ausbildung der Zivilbeamten als nicht ausreichend. Einerseits konnte man diese selten für eine so lange Zeit an einem Ort zusammenziehen,

andererseits fehlte ihnen häufig das den Offizieren bereits anderwärts vermittelte Grundlagenwissen in Verteidigungsfragen. Eine besondere Akademie für zivile Verteidigung sollte deshalb die Schulung des zivilen Personals übernehmen.

Im Jahre 1963 stimmte der damalige Bundesverteidigungsrat, ein Kabinettsausschuß für Fragen der Sicherheit, der Errichtung einer solchen Institution zu. Nun konnte die schwierige Vorbereitungsarbeit zum Aufbau der Akademie beginnen. An die Spitze des im Herbst 1965 gebildeten Planungs- und Aufstellungsstabes trat Ministerialrat Dr. Dr. Ulrich Eichstädt — damals bereits als Referent im Bundesinnenministerium mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßt. Mitte 1966 waren die Voraussetzungen für die Errichtung der Akademie erfüllt.

Mit Erlaß des Bundesministers des Innern vom 29. Juli 1966 wurde die Akademie als eine nichtrechtsfähige Bundesanstalt errichtet. Ihre Leitung übernahm Dr. Dr. Eichstädt, der am 25. September 1967 zu ihrem Präsidenten ernannt wurde. Noch im Jahre der Eröffnung — im Dezember 1966 — konnte der erste Lehrgang für Beamte des höheren Dienstes des Bundes und der Länder beginnen.

### **Die Aufgaben**

Der Errichtungserlaß nennt die Aufgaben der Akademie für zivile Verteidigung. Sie lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Unterrichtung und Schulung von Personal des Bundes, der Länder, der Kreise und Städte, aber auch anderer Aufgabenträger auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung.
  2. Mitwirkung an gemeinsamen Einweisungen des zivilen und militärischen Bereichs.
  3. Erstellen von Studien auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung.
- Die Lehrgangspläne der Akademie waren zunächst auf bestimmte Themenstellungen beschränkt: Die Kollegs behandelten die zivile NATO-Verteidigung, bestimmte Komplexe der zivilen Verteidigung im nationalen Bereich und das zivil-militärische Zusammenwirken. „Nach zweieinhalb Jahren des Aufbaus“, so Dr. Dr. Eichstädt, „konnten wir in die Breite gehen.“



Diskussion im Hörsaal. Der Lehrgang behandelt Kernprobleme der zivilen Verteidigung.

### Drei Lehrgangstypen

Seit Mitte 1969 führt die Akademie „Grundlagenlehrgänge“ für Verwaltungsbeamte aller Sparten und Ebenen durch. An einen ausgewählten Teilnehmerkreis wendet sich die seit Herbst 1972 laufende Serie von „Aufbaulehrgängen“. Diese in Vortragsform durchgeführten Lehrgänge werden seit Herbst 1970 durch „Lehrplanspiele“ ergänzt. Die einzelnen Typen der Lehrveranstaltungen unterscheiden sich nach Teilnehmerkreis, Zielsetzung und Form.

Zu den Grundlagenlehrgängen werden vor allem Verwaltungsbeamte eingeladen, die mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßt sind oder in der Zukunft sein werden. Dieser Personenkreis ist sehr weit gefaßt und schließt fast alle ein, die in Bund, Ländern, Gemeinden und Kommunalverbänden verantwortliche Stellungen einnehmen. „Denn im Grunde“, kommentiert Dr.

Dr. Eichstädt, „hat jede Verwaltung auf irgendeine Weise mit der zivilen Verteidigung zu tun.“ Ein kleiner Teil der Teilnehmer an den Grundlagenlehrgängen kommt auch aus Bereichen außerhalb der Verwaltung. Im Vortragssaal der Akademie könnte z. B. neben einem Polizisten ein Lehrer sitzen, der Gemeinschaftskundeunterricht zu geben hat; als Multiplikator des Gedankens der zivilen Verteidigung gehört auch er zu einer der Zielgruppen, an die sich die Arbeit der Akademie wendet.

Die Grundlagenlehrgänge bieten den Zuhörern nur einen ersten Überblick. Sie sollen einem breiten Personenkreis Informationen über die zivile Verteidigung in ihrer Gesamtheit geben.

Anders verhält es sich bei den Aufbaulehrgängen, die ausgewählte Kernprobleme der zivilen Verteidigung behandeln. Sie sollen die Teilnehmer der Grundlagenlehrgänge und alle, die bereits über größere Erfahrungen in diesem Bereich verfügen, weiterbilden. Es sind

dies vor allem Verwaltungsbeamte des höheren Dienstes und Schlüsselkräfte des gehobenen Dienstes, die mit speziellen Problemen der Krisenbewältigung zu tun haben.

### Planspiele auf der Bühne

Mit den in Form von Planspielen abgehaltenen Lehrgängen werden alle diejenigen Personen angesprochen, die bei Krisen oder im Verteidigungsfall an verantwortlicher Stelle tätig werden müssen. Es handelt sich dabei oft um die gleichen Kräfte, die auch friedensmäßige Katastrophen zu bewältigen haben.

Festgelegte Besprechungen werden demonstriert und probeweise auf einer dazu hergerichteten „Bühne“ durchgeführt. Aus einem neben dem Hörsaal liegenden „Regieraum“ kann in den Saal hineintelefoniert werden. Beamte der verschiedensten Verwaltungsebenen, denen verantwortungsvolle Führungsaufgaben zufallen würden, können hier in einem wirklichkeitsnahen „Spiel“ Informationen erhalten und weitergeben und die notwendigen Entscheidungen treffen. Sie bekommen dabei eine Anschauung von den Problemen in einem angenommenen Notfall. Die einzelnen Spielabschnitte werden zur Diskussion gestellt, falls nötig korrigiert und durch Leitungshinweise und Kurzvorträge ergänzt.

Im „Repertoire“ der Akademie sind zur Zeit zwei solcher Lehrplanspiele. Das eine behandelt Führungsprobleme der zivilen Verteidigung auf der Ebene einer Bezirksregierung; das andere spielt in einem Landkreis und hat die „Herstellung der Verteidigungsbereitschaft auf Kreisebene“ zum Thema.

Von Zeit zu Zeit führt die Akademie auch Speziallehrgänge durch, deren Themen auf einen bestimmten Teilnehmerkreis zugeschnitten sind — z. B. solche für Sanitätsoffiziere und Medizinal-Verwaltungsbeamte oder auch für Vertreter der Wirtschaft. Die überwiegende Zahl derer, die in der Akademie den Vorträgen folgen, diskutieren und den Ernstfall simulieren, kommt aus Führungspositionen der Verwaltung. Von diesem Teilnehmerkreis waren 1972 etwa 63% Beamte des höheren und 37% Beamte des gehobenen Dienstes sowie Angestellte. Die Lehrgänge werden auch von Offizieren der Bundeswehr und der verbündeten NATO-Streitkräfte besucht.





Die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Akademie finden in der Bibliothek rund 4 500 Bücher und gesammelte Zeitschriften vor.

### **Bisher 3.700 Teilnehmer**

Im Hörsaal der Akademie für zivile Verteidigung, der mit allen nötigen technischen Hilfsmitteln ausgestattet ist, finden 48 Zuhörer Platz. Bis Ende März 1973 haben hier ungefähr 3700 Personen Lehrgänge besucht. Die einzelnen Teilnehmer werden durch die Innenministerien der Länder bzw. — bei Behörden der Bundesverwaltung — unmittelbar durch die zuständigen Bundesministerien benannt, nachdem die Akademie ein bestimmtes Platzangebot für die verschiedenen Bundes- und Landesbehörden angegeben hat.

Der Lehrgangsplan der Akademie für zivile Verteidigung für die erste Hälfte des Jahres 1973 bietet je drei Grundlagen- und Aufbaulehrgänge, zwei Lehrplanspiele auf Bezirks- und vier Lehrplanspiele auf Kreisebene an. Alle Veranstaltungen beginnen am Dienstag und enden am Freitag.

Die Dozenten erfüllen ihre Lehraufgaben nicht nur im Godesberger

Akademiegebäude. Alljährlich halten sie zahlreiche Vorträge in den Verwaltungsbereichen selbst, bei der Bundeswehr oder vor Vertretern der politischen Parteien und der Wirtschaft.

Weiter sind die Lehrgänge zu nennen, die an der Katastrophenschutzschule des Landes Niedersachsen in Bad Nenndorf abgehalten werden. Schließlich ist die Akademie auch an den „Einweisungen“ der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg beteiligt. Die Leitung dieser „Einweisungen“ ist dreigeteilt: Sie liegt beim Kommandeur der Führungsakademie, bei einem Vertreter des Auswärtigen Amtes im Range eines Botschafters und — seit 1966 — beim Präsidenten der Akademie für zivile Verteidigung.

### **Der Lehrstab**

Der zehnköpfige Lehrstab der Akademie bearbeitet den Lehrstoff und gestaltet die Planspiele. Zu den verschiedenen Sachgebieten, die die

Dozenten zu betreuen haben, gehören: Gesetz und Recht, Organisation der zivilen Verteidigung, Zivilschutz, öffentliche Sicherheit, Verkehrswesen, Fernmeldewesen, Versorgung, zivile NATO-Verteidigung und zivile Verteidigung im Ausland.

Die Arbeit der wissenschaftlichen Mitarbeiter liegt nicht nur bei der Vorbereitung und Durchführung der Lehrgänge; sie sind auch für die Ausarbeitung von Studien zuständig. Einer der Aufträge, die der Akademie gegeben sind, lautet, Studien und Untersuchungen auf dem Gebiete der zivilen Verteidigung zu erstellen — sei es aus eigener Initiative, sei im Auftrag des Bundesinnenministeriums oder anderer Ressorts.

Die Verschiedenartigkeit der Forschungsthemen — darunter auch Auslandsstudien — spiegelt sich in der Herkunft der Wissenschaftler aus den verschiedensten Fachbereichen: Im Lehrstab der Akademie finden sich neben einer Reihe von Juristen Fachleute für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen und Polizei sowie ein Geograph, dessen Kenntnisse und Fähigkeiten besonders bei Strukturuntersuchungen unerlässlich sind.

Aus der Arbeit der Akademie sind bereits eine Reihe von Publikationen hervorgegangen, die zum Teil als Aufsätze in Fachzeitschriften erschienen, zum Teil als Sonderdrucke veröffentlicht wurden.

### **Der Präsident der Akademie**

Die heutige Gestalt der Akademie für zivile Verteidigung wurde maßgeblich von Dr. Dr. Ulrich Eichstädt geprägt, der von Anfang an mit ihrem Aufbau betraut war und sie heute als Präsident leitet.

Dr. Dr. Eichstädt, am 23. Mai 1925 in Danzig geboren, studierte an der Technischen Hochschule Danzig und an den Universitäten Königsberg, Posen und Göttingen Rechts- und Staatswissenschaften und Geschichte. 1947 promovierte er zum Dr. jur., 1951 zum Dr. phil. Von 1951 bis 1953 war er in der niedersächsischen Justiz tätig. 1953 wurde er Mitarbeiter am Institut für Europäische Geschichte in Mainz. Danach arbeitete er von 1953 bis 1959 im Organisations-, Haushalts- und Personalreferat des Bundesinnenministeriums. 1959 bis 1967 war er dort Grundsatzreferent für zivile Verteidigung und zivilmilitärische Zusammenarbeit. Als solcher wurde er mit der Vorbereitung für die Errichtung der Akademie beauftragt.



Im Leseraum liegen die neuesten Nummern aller wichtigen Zeitschriften zum Themenbereich der zivilen Verteidigung aus.

### **Erfahrungen und Zukunftsperspektiven**

Die Akademie für zivile Verteidigung, seit Sommer 1968 mit Sitz in Bad Godesberg, ist in den sechseinhalb Jahren ihres Bestehens zu einer weithin beachteten und geschätzten Institution geworden. Die Erwartungen, die man mit ihrer Errichtung verbunden hatte, haben sich erfüllt. Ausbildungs- und

Forschungstätigkeit der Akademie machen eine wachsende Zahl des Verwaltungspersonals in verantwortlichen Stellungen mit den Fragen der zivilen Verteidigung vertraut. In einem Gespräch mit dem „ZS-Magazin“ antwortete Dr. Dr. Eichstädt auf die Frage, was seiner Ansicht nach die besondere Bedeutung der Akademie ausmache:

„Der Vorteil, den die Arbeit der Akademie bietet, liegt darin, daß hier verantwortliche Personen aus dem zivilen und aus dem militärischen

**Die Zuhörer bei den Vorträgen sind zum großen Teil Verwaltungsbeamte, die mit speziellen Problemen der Krisenbewältigung zu tun haben.**



Bereich zusammengeführt werden und sich gemeinsam mit den Problemen unserer Verteidigung beschäftigen. Außerdem kommt es zum intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch der verschiedenen zivilen Dienstbereiche, die oft nur eine lose Verbindung miteinander haben. Das gilt sowohl vertikal für die Kontakte zwischen Bund, Ländern und Gemeinden als auch horizontal für die zwischen Kommunen und staatlichen Sonderbehörden. Nicht zu unterschätzen ist auch die

„moralische Unterstützung“, die unsere Arbeit allen denjenigen gibt, die in ihrem Aufgabenbereich mit der zivilen Verteidigung zu tun haben.“ Welche Zukunftsperspektiven sieht der Präsident für seine Akademie? Dr. Dr. Eichstädt ist optimistisch: „Die Akademie für zivile Verteidigung wird ihre Lehrtätigkeit noch verstärken. Das Interesse an den Lehrgängen ist außerordentlich groß und nimmt stetig zu. Die Teilnehmerzahl wird 1973 sicherlich noch weiter anwachsen.“

**Ungefähr 3 700 Personen haben bisher an den Grundlagenlehrgängen, Aufbaulehrgängen und Lehrplan-spielen der Akademie teilgenommen.**

Werner Schiefel

## Lob für „Christoph 3“

Kölner Symposion über die Möglichkeiten der Flugrettung



Flugrettungs-Symposion in der Kölner Universität.



Von links: Ministerialrat Dr. R. Schaefer, Oberst im BGS E. Knorr, Polizeidirektor E. Schultze, G. Kugler.

**A**ls „Christoph 3“, der in Köln stationierte Hubschrauber für Katastrophenschutz und Rettungswesen, auf dem Rasen hinter dem Hörsaalgebäude der Kölner Universität niederging, war er gerade von einem Einsatzflug zurückgekehrt. Vorführung und Besichtigung des Hubschraubers gehörten zum Rahmenprogramm eines Symposions über die Möglichkeiten der Flugrettung, zu dem die Chirurgische Universitätsklinik Köln-Lindenthal und der Malteser-Hilfsdienst eingeladen hatten.

Der gelbe Helikopter war bald von einer dichten Traube interessierter Besucher umgeben, die das Innere der Maschine in Augenschein nahmen. Besatzungsmitglieder erläuterten ihnen Einzelheiten der Ausrüstung und den Ablauf der Rettungseinsätze.

Im Foyer des Gebäudes stellten unterdessen Fachfirmen Übungs- und Behandlungsgeräte für die Erste Hilfe am Unfallort und für die ärztliche Notfallhilfe aus. Auch hier großes Interesse: Kurzfilme, praktische Vorführungen und Broschüren brachten Informations- und Verkaufsgespräche in Gang. In dem „Symposion über die Möglichkeiten der Flugrettung im Raum Nordrhein-Westfalen“ kamen Experten all jener Institutionen zu Wort, die in Köln an dem vom Bundesinnenministerium durchgeführten Hubschrauber-Modellversuch beteiligt sind. Der Leiter der Abteilung für Unfallchirurgie in der Chirurgischen Universitätsklinik Köln, Dr. W. Reichmann, begrüßte die Tagungsteilnehmer und ermunterte sie, die Probleme und offenen Fragen des Flugrettungswesens zur Sprache zu bringen und freimütig das Pro und Kontra zu erörtern.

## Gute Erfahrungen

Ministerialrat Dr. Rolf Schaefer vom Bundesministerium des Innern erläuterte in seinem Referat die organisatorische Einordnung der Modellversuche in das Hilfeleistungssystem der Bundesrepublik: Der Bundesminister des Innern hat Hubschrauber als zusätzliche Ausstattung des Katastrophenschutzes angeschafft. Sie sollen nach der Konzeption des Gesetzes über die

Erweiterung des Katastrophenschutzes nicht nur im Verteidigungsfall, sondern auch bei Friedenskatastrophen eingesetzt werden. Die finanzielle Sicherung des kostspieligen Projekts ist jedoch nur bei einer optimalen Nutzung gegeben.

Mit der doppelten Verwendung des Hubschraubers im Katastrophenschutz und im Rettungsdienst bietet sich die Möglichkeit eines rationellen und wirtschaftlich vertretbaren Einsatzes.

Von großer Bedeutung für das Gelingen und die Effektivität der Rettungseinsätze aus der Luft sind nach den Worten Dr. Schaefers die Zusammenarbeit der öffentlichen Stellen mit den Hilfsorganisationen und das organisatorische Zusammenwirken der verschiedenen staatlichen Institutionen über kommunale und Ländergrenzen hinweg.

Die Flugrettung hat sich nach den bisherigen Erfahrungen in technischer und medizinischer Hinsicht

bewährt. Die Eignung des Hubschraubers für die ihm zugedachten Aufgaben erscheint erwiesen.

Der weitere Ausbau nach der gegenwärtig laufenden Modellphase hängt — so Ministerialrat Dr. Schaefer — von der organisatorischen Bewältigung des Vorhabens und von der Lösung der Finanzierungsfrage ab.

Wollte man das gesamte Bundesgebiet mit einem System von Hubschrauber-Stützpunkten abdecken, so seien 17 bis 20 Stationen notwendig.



Unter den Gästen der Tagung: Ministerialdirektor Hans-Arnold Thomsen vom Bundesinnenministerium und Georg von Truszczyński, Generalsekretär des Malteser-Hilfsdienstes (zweiter und dritter von rechts).

## I-Punkt der Rettung

Dr. Ch. Biesing sprach als ärztlicher Leiter des Hubschraubereinsatzes im Raum Köln über das Einsatzsystem und speziell über die Erfahrungen mit „Christoph 3“. Er hob die besondere Bedeutung hervor, die der Rettung aus der Luft in den Ballungsräumen zukommt: Wegen des starken Verkehrs dauert es oft zu lange, ehe der

Rettungs- oder Krankenwagen beim Notfallpatienten eintrifft. Das gilt besonders bei Verkehrsunfällen, die 94 % der im Großraum Köln geflogenen Einsätze auslösten.

Dr. Biesing warnte aber zugleich davor, die Möglichkeiten einseitig zu überschätzen: „Der Hubschraubereinsatz ist nur der Punkt auf dem I der Rettung. Er soll das bodengebundene Rettungssystem nur ergänzen.“ Hat sich ein

Unfall ereignet, bei dem Menschen schwer verletzt worden sind, so wird nicht nur der Rettungshubschrauber bei der Funkleitstelle angefordert, sondern immer auch ein Rettungswagen alarmiert. Die Entscheidung, ob der Patient auf dem Luftweg oder mit einem Wagen transportiert wird, hängt von der Art der Verletzung ab. Im weiteren Verlauf des Vortrags erfuhren die Zuhörer Einzelheiten über

die besondere technische Beschaffenheit des Helikopters vom Typ BO 105, seine Ausstattung mit dem modernen Instrumentarium der Notfallmedizin und über die organisatorische Abwicklung von Rettungseinsätzen aus der Luft.

Auf dem Hintergrund der Erfahrungen, die er beim Kölner Modellversuch gemacht hat, zog Dr. Biesing folgende Bilanz: „Die Luftrettung ist die

optimale Ergänzung der Bodenrettung. Hauptaufgabe des Hubschraubereinsatzes bildet die schnelle Heranführung des Arztes an den Notfallort. Weitere Aufgaben sind dringende Transporte von Notfallpatienten, von Medikamenten, Blutkonserven und Organtransplantaten. In Köln sollte der Hubschrauber noch häufiger eingesetzt werden; die Möglichkeiten sind hier noch nicht voll ausgeschöpft."

Polizeidirektor E. Schultze ist für die Überwachung des Verkehrs auf den Autobahnen im Raum Köln zuständig. Er stellte in seinem Erfahrungsbericht die reibungslose Zusammenarbeit der „Crew“ des Hubschraubers mit der Polizei heraus, die nach der Alarmierung zumeist als erste am Unfallort eintrifft. G. Kugler vom ADAC nahm sich des Kostenproblems an. Dieser „Fels auf dem Weg“ werfe schwierige

Fragen auf, da die Betriebs- und Vorhaltekosten auf keinen Fall auf den Patienten abgewälzt werden sollten. Er wiederholte einen Vorschlag des ADAC, wonach der Bund Anschaffung und Wartung der Hubschrauber übernimmt, die Krankenkassen die Betriebskosten tragen und die Länder eventuell entstehende Defizite decken. Über die technischen Anforderungen an Hubschrauber-Landeplätze bei

Krankenhäusern und am Unfallort referierte Oberst E. Knorr vom Bundesgrenzschutz. Im zweiten Teil der Tagung sprachen Fachärzte der Universitätskliniken Köln über die medizinischen Aspekte, die sich im Zusammenhang mit der „Rettung aus der Luft“ ergeben.



„Christoph 3“ war stets von einer dichten Traube interessierter Besucher umgeben.



Ein Rettungssanitäter erläutert die technische und medizinische Ausrüstung des Hubschraubers.

### Demonstration für die Flugrettung

Das Kölner Symposium führte Vertreter aller Bereiche, die an den Hubschrauber-Modellversuchen beteiligt sind, zu einer gemeinsamen Informations- und Diskussionsveranstaltung zusammen. Auf diese Weise bot sich Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und die Probleme unter den verschiedensten Aspekten auszuleuchten. Darüber hinaus wirkte die Tagung, die unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Ärztekammer Nordrhein und der Ärztekammer Westfalen-Lippe stand, als eine Demonstration für einen weiteren Ausbau der Flugrettung. Die Veranstaltung dürfte

auch — nicht zuletzt wegen des attraktiven Rahmenprogramms — einen erheblichen Werbeeffect in der breiten Öffentlichkeit haben. Obwohl „Christoph 3“ bisher nahezu 700 Einsätze geflogen hat, scheint die Bevölkerung immer noch nicht ausreichend über die Einsatzmöglichkeiten des Rettungshubschraubers unterrichtet zu sein.

Als Ergänzung des bodengebundenen Rettungsdienstes und neben dem gelegentlichen Rettungseinsatz von Maschinen der Polizei, des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr hat sich der Hubschrauber für Katastrophenschutz und Rettungswesen nach dem Urteil aller Beteiligten voll bewährt.



Am Rande der Tagung: Eine Übungspuppe zum Erlernen der Atemspende wird vorgeführt.

Adolf Moser

# Drei Lanzensysteme getestet

Erfahrungsbericht über Brennversuche mit Sauerstofflanzen

Nachdem bei dem Eisenbahnunglück in Rheinweiler erstmalig die neue INTRAFIX-Sauerstofflanze zum Zertrennen der Wagons eingesetzt worden war, ordnete der THW-Landesverband VIII Stuttgart an, daß der Ortsverband Waldshut ein Vergleichsbrennen mit verschiedenen Lanzensystemen durchzuführen habe. Der Test wurde 1972 im OV Waldshut in Zusammenarbeit mit den Ortsverbänden Freiburg und Karlsruhe durchgeführt.

Das Testergebnis hat gezeigt, daß bei den Lanzensystemen gravierende Unterschiede — sowohl in Bezug auf Handhabung als auch im Brennergebnis und bei den anfallenden Kosten für Sauerstoff und Brennröhre — festzustellen sind.

Im einzelnen wurden getestet:

- die bereits bekannte THW-Lanze, nachstehend als Typ I bezeichnet
  - die INTRAFIX-Lanze, die nach einem schweizerischen Patent in Deutschland in Lizenz gebaut wird, nachstehend als Typ II bezeichnet
  - die BERFIX-Lanze, nachstehend als Typ III bezeichnet.
- Die drei Lanzensysteme unterscheiden sich schon



THW-Helfer der Ortsverbände Waldshut, Freiburg und Karlsruhe testeten drei Lanzensysteme.

grundsätzlich in der technischen Ausrüstung. Der Typ II hat klare Vorteile durch eine Schnellkupplung, die sekunden-schnelles Wechseln der Brennröhre gestattet. Die Abmessungen der verschiedenen Lanzen sind aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

	Typ I	Typ II	Typ III
Brennröhlänge	6 m	4 m	4 m
Wandstärke	4 mm	2 mm	3 mm
Außendurchmesser	26 mm	16 mm	17 mm

Darüber hinaus bietet der Typ II als einziger noch 1/4- und 1/2-Zoll-Brennröhre an.

## Brenntechnik und Rohrwechsel

**Typ I:** Die Lanze wird von sechs Helfern bedient. Zum Schutz gegen Funkenflug ist für den Lanzenführer ein Asbestanzug sowie ein Schutzschild erforderlich. Nach dem Zünden der Lanze durch den Schweißbrenner wird sie unter großem Kraftaufwand der Helfer gegen das zu durchtrennende Objekt gedrückt. Der Brennröhrenwechsel erfolgt mit einer Rohrzange (Gewindeverschraubung).

**Typ II:** Die Lanze wird von einem Lanzenführer und einem Helfer bedient. An

zwei vorhandenen Griffstücken werden vor Beginn der Brennarbeiten zwei Brennröhre mit Hilfe der Schnellkupplung aufgesetzt. Die Zündung der Lanze wird ebenfalls mit einem Schweißbrenner durchgeführt. Nach dem Abbrand des Rohres läßt

sich die bereitliegende zweite Lanze durch Einführen in das vorhandene Brennlicht leicht zünden.

**Typ III:** Das Bedienungs-personal besteht ebenfalls wie bei Typ II aus einem Lanzenführer und einem Helfer. Handhabung und Brenntechnik gleichen dem Typ II, doch gelingt bei Brennröhrenwechsel das Zünden in der glühenden Schmelze nur selten. Der Rohrwechsel verzögert sich etwas, weil spezielle Nippel auf die einzelnen Brennröhre geschraubt werden müssen.

Zusammenfassend wird die Handhabung, Sicherheit, Sauberkeit, Zündvorgang und die technische Ausrüstung beschrieben:



**Brennversuch mit der THW-Lanze (Typ I).**

● **Typ I**  
**Handhabung:** Großer Aufwand an Helfern (6), Material und Gewicht. Bei längeren Arbeiten Überbeanspruchung der Helfer.  
**Sicherheit:** Infolge starken Funkenfluges sind der Lanzenführer und das Bedienungspersonal gefährdet. Rückschlagventil im Griffstück fehlt.  
**Sauberkeit:** Exakte und saubere Löcher können wegen des starken Funkenfluges und der Hitze nicht gebrannt werden. Der Lochdurchmesser weist am Anfang

und Ende des Brennloches starke Differenzen auf.  
**Zündvorgang:** Vorwärmen des Brennrohres mit Schweißbrenner bis zur Weißglut in ca. einer Minute. Bei Brennrohrwechsel muß erneut vorgewärmt werden.  
**Technische Ausrüstung:** Das Druckbarometer arbeitet gut, doch ist in der kalten Jahreszeit eine Sauerstoffheizung notwendig. Flaschenbatterie O<sub>2</sub> ist unbedingt erforderlich.

● **Typ II**  
**Handhabung:** Minimum an Bedienungspersonal (2), leichtes Gewicht und Handlichkeit. Durch Regulieren des Absperrhahnes am Griffstück wird ein optimaler Brennvorgang erzielt. Geringe Hitzeentwicklung und Funkenflug gewährleisten exaktes und sauberes Brennen auch in unbequemen Lagen. Der geübte Helfer kann genaue und präzise Brennarbeiten ausführen. Die Bohrlochdurchmesser weisen geringe Differenzen auf.

**Zündvorgang:** Vorwärmen des Brennrohres mit Schweißbrenner bis Weißglut in 30 Sekunden. Bei Brennrohrwechsel zündet die neue Lanze infolge der Hitze im vorhandenen Brennloch.

**Technische Ausrüstung:** Im Griffstück mit Handschutz befindet sich ein Rückschlagventil. Der Brennrohrwechsel vollzieht sich rasch durch Schnellkupplung. Druckmanometer mit Sauerstoffheizung ist während der kalten Jahreszeit notwendig. Flaschenbatterie O<sub>2</sub> nicht unbedingt erforderlich.

● **Typ III**  
**Handhabung:** Bedienungspersonal, Gewicht und Handlichkeit wie bei Typ II. Brennrohrwechsel verzögert sich durch das Aufschauben der Gewindenippel. Hitzeentwicklung und Funkenflug wie bei Typ II. Die Drahtfüllung der Brennrohre verrutscht teilweise, das Brennrohr wird unbrauchbar.  
**Sauberkeit:** Wie bei Typ II, jedoch gewährleistet die schlecht befestigte Drahtfüllung der Brennrohre nicht immer saubere Brennlöcher.

**Zündvorgang:** Das Zünden wird wie bei Typ II durchgeführt; jedoch gelingt es selten, das neue Brennrohr im vorhandenen Brennloch zu entzünden.

**Technische Ausrüstung:** Das Rückschlagventil fehlt. Eine Flaschenbatterie O<sub>2</sub> ist erforderlich, außerdem eine Sauerstoffheizung während der kalten Jahreszeit. Fehlendes Griffstück erschwert die Führung der Lanze.

### **Brennversuche an vier Objekten**

Die Brennversuche wurden an vier verschiedenen Objekten durchgeführt:  
 1. Betonklotz von einem Meter Wanddicke



2. Gußwinkel 230 x 80 x 20  
 3. T-Träger 100 mm  
 4. Betonklotz unter Wasser.  
 Da die Katastrophe in Rheinweiler gezeigt hat,

wie wichtig es ist, in solchen Fällen verschiedenartige Materialien in einem Zuge durchtrennen zu können, wurden bewußt

Versuche mit Stahl und Guß durchgeführt. Die Ergebnisse sind aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich.

Lanzentyp:		I	II	III
Stärke des Betonklotzes in m		1	1	1
Bohrlochdurchmesser im Beton in mm	vorn	78	38	35
	hinten	35	25	28
Bohrzeit pro Loch in Minuten	netto	4,39	6,41	8,35
	total	7,89	7,66	11,45
Abbrand der Brennröhre pro Loch in m		6,25	9,13	7,51
Anzahl der angeschlossenen O <sup>2</sup> Flaschen		5	4	1
Sauerstoffverbrauch in Liter pro Loch, zwei Versuche		4200	2000	2900
Arbeitsdruck in atü		14	12	9
Außentemperatur		+ 2°	+ 2°	+ 2°
Druck der Brennröhre gegen den Beton in Kp		ca. 120	ca. 10	ca. 10

## Brennversuche unter Wasser

Abschließend wurden noch kurze Unterwasserbrennversuche in Beton durchgeführt. Dabei zeigte sich, daß Typ I und III sich als ungeeignet erwiesen, während Typ II den Betonklotz in einem Zuge durchbrannte. Zur zweiten Tabelle wäre noch zu sagen, daß die Netto-Brennzeit die effektive Brennzeit darstellt. Das Zünden der Lanzen sowie der Brennröhrewechsel und die Vorwärmezeit sind in der Total-Zeit berücksichtigt.

Lanzentyp I schneidet hier sehr gut ab, da die Brennröhrlänge gemäß Tabelle 1 sechs Meter beträgt und demzufolge ein Auswechseln der Röhre in größeren Zeitabständen erfolgen kann. Sämtliche Zeitangaben wurden in vollen Minuten und 1/100 Min. gemacht.

## Typ II bewährte sich

Unter Berücksichtigung der Faktoren, wie Wirtschaftlichkeit, Handhabung, Sicherheit und technischen Stand der Ausrüstung, schneidet Typ II am besten ab. Es erscheint allerdings empfehlenswert, den bisher vom THW verwendeten Sauerstoffmanometer in Verbindung mit einer Sauerstoffheizung beizubehalten. Die erforderliche Schutz-ausrüstung der Lanzenführer der Typen II und III wird nachstehend aufgeführt:

1 Arbeitsanzug, Stiefel,  
 1 Lederschürze, Lederhandschuhe, 1 Schutzhelm mit Gesichtsschutz.

Die Brennergebnisse wurden durch Beauftragte ermittelt und zur Bearbeitung dem Landesverband III in Stuttgart zugeleitet.



Demonstration an einem Betonklotz.

Dr. Weniger, Syndikus der Handelskammer Hamburg

# Sicherheitsplanung eine nützliche Investition

Empfehlungen für den betrieblichen  
Katastrophenschutz geben der Wirtschaft  
viele Ansatzpunkte

Der Katastrophenschutz in der Bundesrepublik ist durch das „Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“ vom 9. Juli 1968, eine „Allgemeine Verwaltungsvorschrift für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes“ vom 11. Mai 1971 und vier weitere Vorschriften über Organisation, Ausstattung, Ausbildung und Kosten des Katastrophenschutzes vom 27. Februar 1972 geregelt. Es fehlt nur noch die Ausführungsvorschrift zur Regelung des Aufenthaltes bei Gefährdung der Bevölkerung. Nach § 17 der erwähnten „Allgemeinen Verwaltungsvorschrift“ vom Mai 1971 sind von den Gemeinden bei der Förderung des Selbstschutzes in den Betrieben der Wirtschaft „Empfehlungen“ der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenorganisationen der gewerblichen Wirtschaft (ZAGW) zugrunde zu legen, soweit ihnen der Bundesminister des Innern und der Bundesminister für Wirtschaft und Finanzen zugestimmt haben. Diese Zustimmung

ist am 6. Juni 1972 gegeben worden, so daß die Bekanntmachung im Bundesanzeiger Nr. 105 vom 9. Juni 1972 erfolgen konnte. Damit sind diese „Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz“ Grundlage für den Aufbau einer entsprechenden Organisation in den Betrieben und Anhalt für den Hauptverwaltungsbeamten der Gemeinde zur Förderung des Selbstschutzes der Wirtschaft.

„Katastrophenschutz und Selbstschutz sind Aufgaben, die sich nicht allein dem Staate stellen. Vielmehr ist humanitäre Hilfe, ausgerichtet auf die möglichst optimale Hilfeleistung für den einzelnen Menschen unseres Volkes, eine Gemeinschaftsaufgabe, die von vielen Bürgern richtig verstanden wird. Staatlich und kommunal organisierte Hilfe kann immer nur Ergänzung der individuellen Schutzmaßnahmen sein. Fundament ist die als freiwillige Leistung erbrachte Selbsthilfe des Einzelnen im Rahmen der Familie, der Nachbarschaft und der Betriebsgemeinschaft. Wir begrüßen deshalb besonders, daß die Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft in Erkenntnis der Notwendigkeit eines erweiterten Katastrophenschutzes in den Betrieben die hier vorliegenden Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz in eigener Verantwortung erarbeitet hat.

Die schnelle technische Entwicklung birgt Gefahren für die Sicherheit der Arbeitsplätze und den Ablauf der Produktion. Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes sollen in erster Linie Gefahren und Schäden in den Betrieben in Friedenszeiten abwehren und beseitigen. Zahlreiche Unternehmen haben schon seit langem zur Sicherheit ihrer Belegschaft und ihrer Betriebe den Katastrophenschutz ausgebaut. Diese vorsorglichen Maßnahmen finden unsere volle Anerkennung. Auf der Grundlage der Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz können die geschaffenen Einrichtungen wirkungsvoll ergänzt werden; zudem wird der betriebliche Katastrophenschutz die bereitwillige Unterstützung durch die Hilfsorganisationen finden.

Für den betrieblichen Katastrophenschutz und Selbstschutz gilt — wie für jede Mitarbeit auf diesem Gebiet — das Prinzip der demokratischen Freiwilligkeit, das in den Empfehlungen deutlich sichtbar wird. Nicht zuletzt hierin sehen wir eine Aufforderung zur tätigen Mitarbeit in den Betrieben wie in den Hilfsorganisationen.

Mit diesen Ausführungen der Minister Genscher und Schiller wird der Wirtschaft nahegelegt, die „Empfehlungen“ der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz als Anregung zum Aufbau betrieblicher Katastrophenschutzorganisationen zugrunde zu legen.

## Die Aufgabe der Unternehmer

Die westdeutsche Wirtschaft trägt ein entscheidendes Maß an Mitverantwortung für die Erhaltung unserer staatlichen Ordnung und unserer Freiheit. Eine Voraussetzung hierfür ist



**Angehörige der Werksfeuerwehr demonstrieren Firmenmitgliedern das Ablöschen brennender Personen.**

die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft, damit die Versorgung der Bevölkerung und der verschiedenen Bedarfsträger mit Gütern und Leistungen jederzeit — auch in Krisenzeiten — sichergestellt werden kann. Soweit Gefahren und Störungen aus dem öffentlichen Raum die Funktionsfähigkeit der Betriebe beeinträchtigen können, erwartet die Wirtschaft im allgemeinen Warnung, Aufklärung und Schutz von den zuständigen staatlichen Sicherheits- und Ordnungsorganen. Deren Mittel sind jedoch begrenzt, und es hieße die Möglichkeiten des Staates überschätzen, wenn man die Gefahrenabwehr und -bekämpfung allein in den Bereich der behördlichen Schutz- und Ordnungsfunktionen verweisen wollte.

**„Bei uns passiert nichts“ — eine falsche Devise**

Die betriebliche Sicherheit ist eine eigenverantwortliche Aufgabe der Unter-

nehmen — im Interesse der Selbsterhaltung, zum Schutz der ungestörten Produktion, des Verkehrs und des Vertriebs und nicht zuletzt der darin tätigen Menschen. Sie beinhaltet Vorsorgemaßnahmen gegen Gefahrenmöglichkeiten aller Art: Katastrophen, Brände, Unglücksfälle, Diebstähle, Sach- und Betriebsmittelbeschädigungen, Sabotage und andere störende oder zerstörende Vorkommnisse beziehungsweise Handlungen. Die Probleme des Betriebschutzes kann eine Unternehmensleitung ebenso wenig beiseiteschieben, wie z. B. Maßnahmen zur Unfallverhütung und sich der bequemen Hoffnung hingeben: „Bei uns kann so etwas niemals passieren.“ Der notwendige finanzielle Aufwand sollte unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß er am Ende genauso ertragreich sein kann wie für Sach-, Feuer- oder andere Risikoversicherungen. Sicherheitsplanung ist heute bereits eine Investition, die ihren Nutzen tragen kann.

Die innerbetriebliche Sicherheit und ihre Planung sind Aufgabe der Unternehmensleitung. Sie schließt die Verantwortung für die Sicherheit und Erhaltung der Arbeitsplätze ein. Die Mitwirkung des Betriebsrates und der Belegschaft ist dabei unerlässlich und ist ständig anzustreben. Durch eine positive Einstellung des Betriebsrates zu den Fragen des Katastrophenschutzes, die in erster Linie dem Schutze der Betriebsangehörigen und der Erhaltung der Arbeitsplätze dienen, kann der Sicherheitsgedanke innerhalb der Belegschaft gefördert werden.

**Was kann der Betrieb mit den Empfehlungen anfangen?**

Schon heute sind die Betriebe für Schutz und Sicherheit der Beschäftigten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen — Gewerbe-

ordnung, Unfallverhütungsvorschriften — verpflichtet. Es sind darüber hinaus auch viele Maßnahmen getroffen worden, um bei dem Eintritt eines Unglücks oder Katastrophenfalles unverzüglich Hilfeleistung durchführen zu können. Viele Betriebe, bei denen besonders Brand-, Explosions- oder sonstige Gefahren bestehen, verfügen über Werksfeuerwehren und einen Werksschutz. Das „Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes“ sieht vor, daß die Aufgaben der bestehenden Schutzorganisationen bei der Wirtschaft und den Behörden erweitert werden. Die Vorbereitung und Durchführung der nach diesem Gesetz vorgesehenen Maßnahmen bleiben jedoch der freien Verantwortung der Betriebe überlassen. Eine derartige Organisation kann in dem jeweiligen Betrieb schon im Frieden schnell und wirksam Hilfe leisten.

Die „Empfehlungen“ der Spitzenverbände sind daher für alle Unternehmungen der Wirtschaft gedacht, die sich mit den Problemen eines betrieblichen Katastrophenschutzes näher beziehungsweise noch intensiver befassen wollen. Sie sollen ihnen einen Anhalt für die Planung und Durchführung derartiger Maßnahmen bieten. Sie sind so flexibel gestaltet, daß die in ihnen enthaltenen Grundsätze, Ratschläge und Hinweise auf Arbeitsstätten aller Art angewendet werden können. Das bedeutet, daß Produktions- und Dienstleistungsunternehmen aller Größenordnungen, Arbeitsstätten des Handels, des Handwerks, der Versorgungswirtschaft, der Banken und Versicherungen auf der Grundlage von aus Betriebsuntersuchungen erzielten Ergebnissen diese „Empfehlungen“ ebenfalls anwenden können. Sie lassen sich allerdings nicht schablonenartig und in



**Hamburger Betriebswerkschutzkräfte üben auf dem Gelände des BVS.**

allen Einzelheiten auf einen Betrieb übertragen. Dieser wird vielmehr für sich selbst zu entscheiden haben, in welchem Umfang die in den „Empfehlungen“ enthaltenen Maßnahmen durchgeführt werden sollen. Es ist auch kein perfekter Plan anzustreben, aber ein praktischer Plan, der die Unternehmensleitungen in den Stand versetzt, bei unvorhergesehenen Ereignissen alarmmäßig mit dazu vorgesehenen Kräften unverzüglich handeln zu können, bis Hilfe von außen kommt.

### **Die Werksanalyse**

Eine Betriebs- beziehungsweise Werksanalyse ist eine kaum entbehrliche Grundlage für eine gezielte Planung und Durchführung sinnvoller und den betrieblichen Verhältnissen angepaßter Schutzmaßnahmen. Die „Empfehlungen“ enthalten eine eingehende Anleitung für eine entsprechende Analyse, die Aufschlüsse über alle betrieblichen, baulichen, personellen und sonstigen Gelegenheiten eines Betriebes bieten soll. Sie bildet die Grundlage für vorbeugende Schutzmaßnahmen aller Art und auch für Hilfs- und Rettungsmaßnahmen. Außerdem dient sie zur

Ermittlung von Kosten, die durch eine eventuell notwendige Ergänzung bereits bestehender Einrichtungen und Vorkehrungen entstehen können. Die Planungen sollen sich erstrecken auf:

- den Schutz der Menschen im Betrieb und
- die Sicherung und Erhaltung der Arbeitsplätze durch Schutz der Sach- und Vermögenswerte und der Substanzerhaltung.

Es ist hier nicht möglich, im einzelnen darzulegen, welche Untersuchungen angestellt werden sollten. Als Anhalt für eine Analyse wird empfohlen, folgende Themen zu behandeln: Ort und Lage der Arbeitsstätte, inner- und außerbetriebliche Verkehrswege, den Gebäudebestand, die Personallage, die Eigengefahren des Werkes, z. B. Brandgefährdung, die Sicherung empfindlicher Einrichtungen, die Probleme einer Abschaltung bei kontinuierlich arbeitenden Anlagen, die leitungsgebundene Versorgung und die betriebsinternen Alarmanlagen. Die systematische Auswertung der Betriebs- beziehungsweise Werksanalyse bildet die Grundlage für

- die Beurteilung der möglichen Gefahren im Betrieb und der Gefährdung der Betriebsangehörigen,
- die Durchführung vorbeugender Schutz- und

Sicherheitsmaßnahmen zur möglichen Ausschaltung beziehungsweise Eindämmung der Gefahren,

- die Beurteilung, ob und in welchem Umfang vorhandene Werksdienste ausreichen, um wirksame Rettungs-, Hilfs- und Schadensbekämpfungsmaßnahmen durchführen zu können,

- die Frage, ob, in welchem Umfang und innerhalb welcher Zeit betriebsfremde Hilfskräfte mit geeigneter Ausrüstung zur Verfügung stehen und zur Hilfeleistung herangezogen werden können.

Nach sorgfältiger Abwägung dieser Faktoren wird zu entscheiden sein, ob und in welchem Umfang die betrieblichen Schutz- und Sicherheitsmaßnahmen mit vertretbarem Aufwand zu ergänzen beziehungsweise zu verbessern sind, um bei möglichen schweren Schadens- oder Katastrophenfällen schnelle und wirksame Hilfs- und Abwehrmaßnahmen durchführen zu können.

### **Der Ausbau einer betrieblichen Katastrophenschutzorganisation**

In Auswertung der Werksanalyse enthält der dritte Teil der „Empfehlungen“ Vorschläge für den Aufbau einer betrieblichen Organisation sowie Hinweise für organisatorische Maßnahmen. Damit werden Wege aufgezeigt, um eine wirksame Katastrophenschutzorganisation hinsichtlich ihrer Stärke, Zusammensetzung, Ausrüstung und Ausbildung elastisch an die betriebsindividuellen Gegebenheiten anzupassen. Die hier gegebenen „Empfehlungen“ wurden auf Grund von Erfahrungen zusammengestellt, die in vier verschiedenen Betrieben mit unterschiedlicher Größe und Produktion bei der praktischen Erprobung zur Aufstellung einer derartigen Organisation gewonnen wurden. Sinn

und Zweck der „Empfehlungen“ ist es, interessierten Betrieben diese Erfahrungen zugänglich zu machen.

Es kann auch bei diesem Abschnitt nicht der Sinn der Darstellung sein, die verschiedenen Themen zu behandeln. In vielen Fällen hat jedoch die betriebliche Praxis gezeigt, daß nur durch den sofortigen Einsatz betriebseigener Kräfte Menschen gerettet und größere Schäden verhindert werden konnten. Daher sollte jeder Betrieb über geschulte und entsprechend ausgerüstete Kräfte verfügen, die befähigt sind, bei allen Unglücksfällen, Bränden oder schweren Schadensfällen schnell und wirkungsvoll einzugreifen. Dies ist gerade in der ersten, meist entscheidenden Phase einer Hilfeleistung dringend notwendig.

In der Praxis hat es sich als zweckmäßig erwiesen, alle betrieblichen Hilfskräfteführungsmäßig in einer Organisation zusammenzufassen und mit deren Leitung eine befähigte Persönlichkeit zu beauftragen. Dadurch werden ein Nebeneinander und verschiedenartige Unterstellungen vermieden, die sich sowohl beim Einsatz als auch bei der anzustrebenden „all round“-Ausbildung dieser Kräfte nur nachteilig auswirken.

### **Die Aufgaben**

Die betriebseigene Katastrophenschutzorganisation soll folgende Aufgaben wahrnehmen können:

- Hilfeleistung bei Unfällen,
- Bergung und Rettung von Menschen und deren sachgerechte Versorgung, Betreuung und Abtransport,
- Bekämpfung von Bränden,
- Einsatz und Hilfeleistung bei schweren Schadensfällen und Katastrophen,



**Löschversuch am anbrennenden Öl bei der Ausbildung in Hamburg.**

- Nachbarschaftshilfe auf Grund von Absprachen bei Unglücken, Bränden oder Katastrophen,
- Bewachung der Betriebsanlagen,
- Aufrechterhaltung der Ordnung und Sicherheit im Betrieb.

Von der Aufgabenstellung her gesehen wird daher auch in vielen Fällen der Aufbau eines Werkschutzes zweckmäßig sein. Die „Empfehlungen“ geben dazu entsprechende Hinweise.

Die Auswertung der Werksanalyse zeigt nicht nur die mögliche Gefährdung des Betriebes auf, sondern gibt einen Anhalt, ob die vorhandenen Kräfte für die Wahrnehmung eines betrieblichen Katastrophenschutzes ausreichen, oder ob sie durch weitere Freiwillige aus der Belegschaft ergänzt oder völlig neu aufgestellt werden müssen. Im einzelnen werden in den „Empfehlungen“ Hinweise für die personelle Zusammensetzung dieser Organisation, die Ausrüstung der Angehörigen und die Ausbildungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit dem Bundesverband für den Selbstschutz oder anderen örtlichen Hilfsorganisationen gegeben.

Eine betriebliche Katastrophenschutzorganisation erfüllt ihren Zweck nur dann, wenn ihre Einsatzbereitschaft jederzeit

sichergestellt ist. Eine wesentliche Voraussetzung dazu ist der Aufbau eines Alarmplanes, der ständig auf dem neuesten Stand zu halten ist. In einem Alarmplan sind auch Maßnahmen, die bei Unglücksfällen, Bränden oder Katastrophen auf Grund einer öffentlichen oder betrieblichen Alarmierung getroffen werden müssen, festzulegen. Die „Empfehlungen“ geben manche Hinweise für die Aufstellung eines derartigen Planes.

Pläne allein sind allerdings noch keine Garantie für einen Schutz, aber durch gut vorbereitete, stets einsatzbereit gehaltene Pläne und ihre Anwendung kann das Ausmaß von Schäden auf ein Minimum reduziert werden.

#### **Mitwirkung der Betriebe**

Die Neuordnung des Katastrophenschutzes sieht an vielen Stellen die Mitwirkung der Betriebe vor, sei es bei der Durchführung des Selbstschutzes in den Betrieben, bei der Inanspruchnahme von Helfern, bei der Mitwirkung in den Beratungsstäben der Hauptverwaltungsbeamten und den Katastrophenschutzleitungen, bei der Übernahme und Ausführung wirtschaftlicher Leistungen für die Ausstattung oder bei der Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen.

Alle Maßnahmen sind frei von Zwang, denn für den gesamten Katastrophenschutz gilt der Grundsatz der staatsbürgerlichen Freiheit; sie setzen aber für ihr Gelingen das Verständnis und die selbstverantwortliche Mitwirkung der Betriebe und der Staatsbürger voraus. Erst wenn Sicherheit für den Einzelnen gegeben ist, ist auch die Sicherheit des Ganzen garantiert.

#### **Unterstützung durch Behörden**

Die bereits genannte „Allgemeine Verwaltungsvorschrift für den Selbstschutz“ vom Mai 1971 sieht in § 2 vor, daß der Hauptverwaltungsbeamte der Gemeinde für den Aufbau, die Förderung und die Leitung des Selbstschutzes verantwortlich ist, und daß er auch den Selbstschutz an den Arbeitsstätten fördern soll, wozu insbesondere die Beratung und Unterstützung der Betriebe beim Aufbau des Selbstschutzes gehören. Bei dieser Rechtslage war es naheliegend, die zuständigen Präses der Behörde für Inneres und der Behörde für Wirtschaft und Verkehr in Hamburg zu bitten, auch ihrerseits ein Geleitwort für diese „Empfehlungen“ für den betrieblichen Katastrophenschutz zur Verfügung zu stellen, um zu dokumentieren, daß die hamburgische Verwaltung daran interessiert ist, daß so viele Betriebe wie möglich sich den Fragen des Katastrophenschutzes zuwenden und sich entschließen, eine entsprechende betriebliche Organisation zu errichten. Es ist daher dankend zu begrüßen, daß Bürgermeister Kern, Präses der Behörde für Wirtschaft und Verkehr, und Senator Ruhnau, Präses der Behörde für Inneres, das folgende Geleitwort gezeichnet haben.

„Die Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft hat auf der Grundlage der allgemeinen Verwaltungsvorschrift für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes vom 11. Mai 1971, die auf Grund des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. Juli 1968 erlassen wurde, ‚Empfehlungen über den Aufbau von betrieblichen Katastrophenschutzorganisationen‘ erarbeitet. Diese Empfehlungen haben die Zustimmung des Bundesministers des Innern und des Bundesministers für Wirtschaft und Finanzen gefunden. Bei der Förderung des Selbstschutzes in Betrieben hat daher die Gemeinde von diesen Empfehlungen auszugehen.

Es ist zu begrüßen, daß die Selbstverwaltung der Wirtschaft die Betriebe anregt, stärker als bisher im Rahmen ihrer Verantwortung für Schutz und Sicherheit der Beschäftigten und ihrer Arbeitsplätze einen betrieblichen Katastrophenschutz aufzubauen und zu unterhalten. Dabei billigen wir in vollem Umfange die Auffassung, daß die Mitwirkung des Betriebsrates und der Belegschaft unerlässlich und ständig anzustreben ist. Eine derartige Organisation kann besonders in Friedenszeiten bei Unglücksfällen, Bränden, Katastrophen oder anderen störenden oder zerstörenden Vorkommnissen schnell Hilfe leisten und größere Schäden abwehren.

Wir würden es begrüßen, wenn viele Unternehmungen der hamburgischen Wirtschaft diese Empfehlungen zum Anlaß nehmen, um die vorbeugenden Sicherheitsmaßnahmen (je nach Lage, Größe, Struktur, Wirtschaftszweig und Gefährdungsgrad) neu zu überdenken und, wenn notwendig, neu zu organisieren.

Dank der Initiative der Handelskammer, der Hand-

werkskammer, der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände, des Industrieverbandes Hamburg, des Unternehmensverbandes Hafen, der Wirtschaftsvereinigung Groß- und Außenhandel und des Gesamtverbandes des Hamburger Einzelhandels steht für eine entsprechende Beratung und Unterstützung der Betriebe die von diesen Organisationen gebildete Beratungsstelle für betrieblichen Selbstschutz (Selbstschutzberatungsstelle) Hamburg e. V. zur Verfügung.“

### **Beratungsstelle für betrieblichen Selbstschutz**

Diese Beratungsstelle, auf die im Geleitwort hingewiesen wird, ist von den dort genannten sieben Organisationen der Selbstverwaltung der Wirtschaft

bereits am 26. Februar 1965 aus Anlaß des Entwurfes eines Gesetzes über den Selbstschutz der Zivilbevölkerung (Selbstschutzgesetz) gegründet worden. Der Vorstand des Vereins besteht zur Zeit aus je einem Vertreter der Handelskammer, des Industrieverbandes und der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände. Das Büro befindet sich in der Osterfeldstraße 6, Fernsprecher: 48 46 52. Da diese Organisationen der Wirtschaft der Ansicht sind, daß die sich aus dem alten Selbstschutzgesetz beziehungsweise dem neuen Katastrophenschutzgesetz ergebenden Probleme nur gemeinsam mit Vertretern von Arbeitnehmerorganisationen gelöst werden können, können diese ebenfalls die Mitgliedschaft erwerben. Die Aufgaben dieser Beratungsstelle wurden auf Grund des Selbstschutz-

gesetzes, das alle Betriebe der Wirtschaft mit mehr als fünfzehn Beschäftigten zum Selbstschutz verpflichtete, seinerzeit wie folgt formuliert: „Alle Betriebe der Hamburger Wirtschaft bei der Planung, Vorbereitung und Durchführung des Selbstschutzes und des Schutzraumbaues zu beraten und in sonstiger Weise zu unterstützen. Den mit der Wahrnehmung oder Überwachung des Selbstschutzes und Schutzraumbaues betrauten Dienststellen hat der Verein Vorschläge, Gutachten und Berichte abzugeben. Dabei hat er sowohl das Gesamtinteresse an dem betrieblichen Selbstschutz und dem Schutzraumbau als auch die wirtschaftlichen Interessen einzelner Betriebe abwägend und ausgleichend zu berücksichtigen.“ An dieser Aufgabenstellung hat sich auch heute nichts geändert, obwohl das

Katastrophenschutzgesetz keine Zwangsregelungen mehr vorsieht. Die Selbstschutzberatungsstelle wird daher in Zukunft die Betriebe der Hamburger Wirtschaft einschließlich des Handwerks in allen Fragen beim Aufbau von betrieblichen Katastrophenschutzorganisationen unterstützen und beraten. Sie wird auch die Teilnahme an Werkschutzlehrgängen vermitteln und steht mit der **Landesstelle Hamburg des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Verbindung, um den Firmen Ausbildungsveranstaltungen anzubieten.** Die Kammer würde es daher begrüßen, wenn viele Betriebe der hamburgischen Wirtschaft sich zur Einrichtung oder für den weiteren Ausbau von Katastrophenschutzorganisationen entschließen würden. Es wird gebeten, mit der Selbstschutzberatungsstelle oder der Handelskammer Verbindung aufzunehmen.

## **BVS und „Betrieblicher Katastrophenschutz“**

Ein ergänzender Bericht aus Hamburg

In zahlreichen Unglücksfällen hat die betriebliche Praxis gezeigt, daß durch schnellen Einsatz betriebs-eigener Kräfte Menschenleben gerettet und größere Schäden verhindert werden konnten, ehe Hilfe von außen eintraf. Unter diesem Gesichtspunkt haben seit langem die Dienststellen des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Hamburg in Betrieben und Behörden mit der Ausbildung begonnen und können auf gute Ergebnisse

zurückblicken. Zwischenzeitlich sind die „Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz“ an die Betriebe verteilt worden. Für die hamburgische Wirtschaft begrüßen in einem Geleitwort der Präses der Behörde für Wirtschaft und Verkehr, Bürgermeister Kern, und der Präses der Behörde für Inneres, Senator Ruhnau, die Herausgabe dieser Empfehlungen und die damit beabsichtigte

Aktivierung der vorbeugenden Gefahrenabwehr in den Betrieben. Nach einem Informationsgespräch mit dem Syndikus der Handelskammer Hamburg, Dr. Weniger, dem Geschäftsführer der Selbstschutzberatungsstelle Hamburg e. V., Millahn, und dem BVS-Landesstellenleiter Müller bestand Einvernehmen darüber, daß der BVS über den jetzigen Rahmen hinaus bereit und in der Lage ist, weitere Ausbildungsveranstaltungen für den Betriebsselbstschutz in die Planungen der Dienststellen aufzunehmen. Als Ergebnis dieser Besprechung hatte die Selbstschutzberatungsstelle e. V. zu einer Vortragsveranstaltung bei der Handelskammer Hamburg eingeladen, um Beauftragte von Betrieben mit den „Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz“ vertraut zu machen.

Der BVS war vertreten durch Landesstellenleiter Müller, Fachgebietsleiter Morjan und Dienststellenleiter Bonny. Nach der Eröffnung und Begrüßung durch den Vorsitzenden Huber sprach Ltd. Regierungsdirektor Eilers, Behörde für Inneres, über das Thema „Katastrophenschutz in Hamburg“ und Herr Willmann aus dem Hause Mannesmann AG über das Thema „Katastrophenschutz in den Betrieben“. Von der BVS-Dienststelle Hamburg-Mitte erhalten z. Zt. 270 Firmen zweimal im Jahr die Ausbildungsplanung der Dienststelle. Nach vorliegenden Unterlagen haben mehr als 150 Firmen Betriebsangehörige zu Lehrgängen entsandt. In zahlreichen Betrieben wurden durch den BVS geschlossene Ausbildungsveranstaltungen durchgeführt.

**M**it einem „Frühkonzert“ besonderer Art begann am 3. Dezember 1972 für die am

Katastrophenschutz in Berlin beteiligten Behörden und Organisationen der erste Adventssonntag. Zur Fernmelde- und Führungsrahmenübung „Concerto“ trafen nach dem gedachten Ablauf, den ein Übungsstab des Senators für Inneres, der Berliner Feuerwehr und der Schutzpolizei erarbeitet hatte, in realistischer Reihenfolge die Einsatzleiter der Feuerwehr, der Polizei, des DRK, ASB, MHD und der JUH sowie des THW am angenommenen Schadensort ein.

Nach der Ausgangslage waren im Hotel Berlin am Lützowplatz (Bezirk Tiergarten) eine Explosion mit Einsturz im Bereich des Küchentraktes und ein nachfolgender Brand angenommen worden. Nach einem ersten Überblick mußte mit mindestens 50 Schwerverletzten bzw. Toten gerechnet werden.

Zusätzlich erschwert wurde die Tätigkeit der „Einsatzkräfte“ durch einen Verkehrsunfall auf einer in

Polizeirat Günter Berndt

## „Explosion am Lützowplatz“

Über die Rahmenübung „Concerto“ in Berlin

unmittelbarer Nähe des Hotels befindlichen stark befahrenen Kreuzung zweier Hauptdurchgangsstraßen. Dieser Unfall blockierte die Kreuzung länger als eine Stunde. Da für die Übung ein Wochentag angenommen wurde, war ein weitreichender Rückstau in den angrenzenden Verkehrsraum mit Auswirkungen bis in die City die Folge.

### „Gemeinsame Einsatzleitung“

Durch diese Rahmenübung sollte die bis dahin nur theoretisch konzipierte „Gemeinsame Einsatzleitung“ (GEL)

erstmalig in der Praxis zusammengetreten. Ihre Arbeitsweise — insbesondere die fernmeldetaktische und führungsmäßige Zusammenarbeit aller an dem Einsatzgeschehen mitwirkenden Institutionen — sowie der Informationsfluß sollten erprobt werden. Diese „Gemeinsame Einsatzleitung“, die nach der Berliner Rechtslage unter der Führung der Feuerwehr steht, setzt sich aus dem Einsatzleiter und einem kleinen Stab von Führungsgehilfen, Personal der Feuerwehr, einem Arzt des Senators für Gesundheit und Umweltschutz als Sanitätsführer und den Verbindungsbeamten bzw. -personen der Schutz- und Kriminalpolizei, der



Die Befehlswagen der Feuerwehr und der Polizei haben ihre Positionen bei der Übung „Concerto“ eingenommen.



Die Einsatzleitung des Deutschen Roten Kreuzes trifft am angenommenen Schadensort ein.

Hilfsorganisationen sowie des THW zusammen. Weitere Verbindungspersonen anderer mitwirkender Behörden oder Stellen können noch hinzutreten.

Aufgabe der „Gemeinsamen Einsatzleitung“ ist die Koordinierung aller Maßnahmen, die zur Beseitigung der durch ein Großschadensereignis auftretenden Gefahren zu treffen sind, außerdem die Einleitung von Tätigkeiten, die von den rückwärtigen Diensten auszuführen sind, die Benachrichtigung vorgesetzter Stellen und die Information von Presse und Rundfunk.



Ein Leitungsgehilfe der Polizei gibt eine Einlage. Im Hintergrund die Kommando-Wagen der Feuerwehr und des Sanitätsführers.

### Sofortmaßnahmen

In die Übungsanlage waren die in der ersten Phase derartiger Ereignisse zu treffenden Sofortmaßnahmen eingearbeitet worden. Hierzu gehörten: das Heranführen weiterer Kräfte, um die Rettungs- und Bergungsarbeiten sowie die Maßnahmen zur Schadensbeseitigung intensivieren zu können; die Einrichtung einer Verletzten-Sammelstelle und eines Krankenwagen-Sammelplatzes; der Einsatz der von den Krankenhäusern entsandten ärztlichen Einsatztrupps; der Abtransport von Verletzten; die

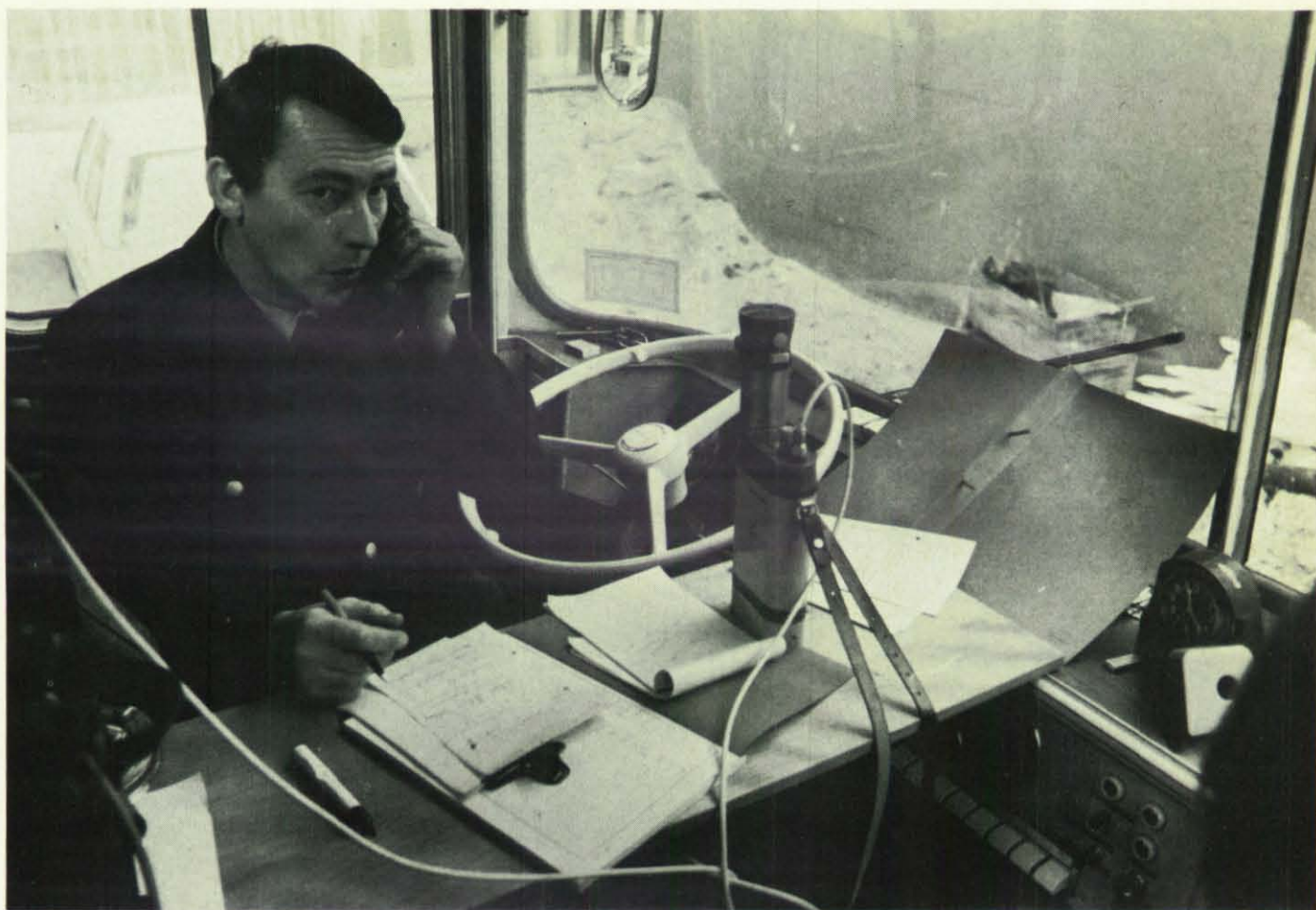
Räumung des Hotels und die vorübergehende Unterbringung der obdachlos gewordenen Hotelgäste. Nicht zu vergessen war das Freimachen der Unglücksstelle von Schaulustigen. So mußten Absperrungen erweitert und verdichtet, Durchlaßstellen eingerichtet, Rettungs- und Anfahrtswege freigemacht und freigehalten werden, um nur einige der vielen Aufgaben des Sicherheits- und Ordnungsdienstes anzusprechen. Alle diese Maßnahmen und Tätigkeiten hatte die GEL nach ihrem Eintreffen am Schadensort zu koordinieren. In 140 Übungsminuten wurden durch 43 Einlagen, die zum

größten Teil auf der untersten taktischen Ebene (Zug) von dem aus 16 Leitungsgehilfen bestehenden Übungsstab eingegeben wurden, Ereignisse simuliert, die Maßnahmen und Entscheidungen der „Gemeinsamen Einsatzleitung“ erforderten.

### Funkverkehr

Jeder Organisationsbereich — Feuerwehr mit THW, Polizei und der Sanitätsdienst — arbeitete auf einem in sich geschlossenen Funkkreis, so daß Meldungen und Weisungen zur und von der GEL mehrfach umgesetzt werden mußten. Nur die Einsatzleiter jedes Organisationsbereiches waren durch eine gemeinsame Frequenz mit der GEL verbunden. Für die Abwicklung des Funkverkehrs wurden insgesamt sechs Frequenzen im 4-m-Band und zwei Frequenzen im 2-m-Band beansprucht. Eine Frequenz im 4-m-Band war nur für die





Durch die Übung konnten noch bestehende Mängel in der fernmeldetaktischen Organisation bei Katastrophenfällen erkannt werden.

Zusammenarbeit auf der obersten Ebene vorgesehen. Zusätzlich wurde bei dieser Übung der Funkfern-schreib-Kraftwagen der Polizei eingesetzt, der Verbindungen zum technischen Stab der Übungsleitung beim Senator für Inneres und zur Funkbetriebszentrale der Polizei herstellte. Sein Einsatz hat sich für die Übermittlung von Lageberichten und Meldungen hervorragend bewährt.

Der Übungsablauf zeigte, daß alle Beteiligten mit persönlichem Engagement dabei waren. Dadurch konnte der von allen als realistisch empfundene gedachte Verlauf mit der nur geringen zeitlichen Verzögerung von zehn Minuten eingehalten werden. Lediglich die im Einsatzfall sehr wichtige gemeinsame Lagebesprechung wurde wegen der starken Inanspruchnahme der GEL erst eine Stunde später als geplant angesetzt.

### Mängel erkannt

Durch die Übung konnten noch bestehende Mängel in der fernmelde-taktischen Organisation und im Stabsmodell für die GEL erkannt werden. Es erscheint notwendig, die fernmeldetaktische Organisation für derartige Einsätze klar zu regeln, wobei dem Sanitätsbereich eine besondere Bedeutung zukommt. Dem reibungslosen Abtransport der Verletzten muß bei derartigen Ereignissen höchste Priorität zukommen. Hier ist eine zentrale

Stelle für die Verbindung zu den Aufnahmekrankenhäusern zur Feststellung der Aufnahme- und sonstigen ärztlichen Versorgungskapazitäten — z. B. Operations-teams, Spezialbehandlungsmöglichkeiten — von großem Nutzen. Diese Stelle — in Berlin der Bettennachweis bei der Berliner Feuerwehr — muß eng mit dem Sanitätsführer am Schadensort zusammenarbeiten.

Als weiteres Ergebnis der Übung ist festzuhalten, daß die „Gemeinsame Einsatzleitung“ personell nicht zu groß besetzt sein darf, da sonst bereits durch auftretende Unterbringungsschwierigkeiten ein effektives Zusammenarbeiten nicht mehr möglich ist. Ferner sollte die Aufgabenbewältigung so straff organisiert sein, daß unnötige Verzögerungen bei der Entscheidungsfindung vermieden werden.



Die bislang nur theoretisch konzipierte „Gemeinsame Einsatzleitung“ wurde erstmals in der Praxis erprobt.

### **Sicherheitsmappe griffbereit**

Daneben hat sich gezeigt, daß auch die Hotelleitung durch bestimmte, zum Teil vorbeugende Maßnahmen wesentlich zur Beschleunigung der Rettungsarbeiten beitragen kann. In einer jederzeit griffbereiten „Sicherheitsmappe“ sollten sich Grundrißpläne vom Baukörper befinden, damit sich die Einsatzleiter der Feuerwehr schnell über die Lage der Unglücksstelle und die Zugangs- und Rettungswege orientieren können. Eine Aufstellung über explosionsgefährliche oder leicht brennbare Stoffe — z. B. Propangasflaschen — und ihre Lagerräume sollte sich ebenfalls in der Mappe befinden. Ferner ist es für die

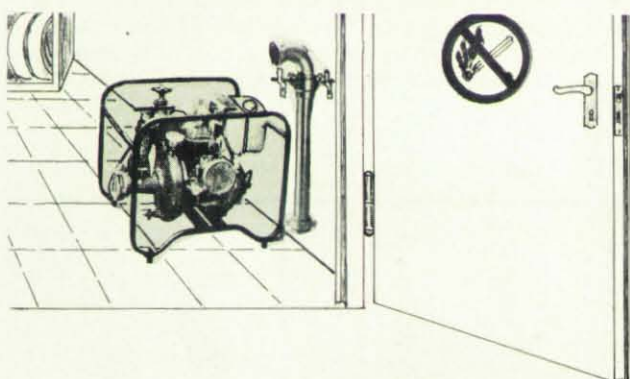
Bergungsarbeiten äußerst wertvoll, wenn Angaben über den Aufenthalt von Personen zur Zeit des Unglücks im Haus und an der Unglücksstelle gemacht werden können. Durch überlegtes, ruhiges und besonnenes Verhalten können die Leitung und das Personal eines Hauses sehr zur Vermeidung einer Panik beitragen, die oft mehr Menschen fordert als der Unglücksfall selbst. Hilfreich kann auch hier eine Verhaltensanweisung für den Gast bei Eintritt von Schadensereignissen sein, die in jedem Hotelzimmer ausgehängt wird, wie das in dem als Übungsobjekt auserkorenen Hotel der Fall war. Einer besonderen Erwähnung bedarf die Beachtung der Bestimmung über den vorbeugenden Brandschutz gerade in derartigen Gebäuden. Letztlich sollte die Hotelleitung von sich aus schnellstens Kontakt zu dem Einsatzleiter der Feuerwehr aufnehmen, um

für alle sachdienlichen Auskünfte zur Verfügung zu stehen. Aus den Erfahrungen der Übung und der Einsätze in den Tagen vom 13. bis 15. November 1972 wurde in Berlin ein Referentenentwurf über die Grundsätze zur gemeinsamen Leitung von Einsätzen bei Schadensereignissen mit schwerwiegenden Folgen erarbeitet. Diese Grundsätze regeln die Leitung bei örtlich begrenzten, räumlich getrennten und stadtweiten Einsätzen. Sie werden durch einen Fernmeldeplan ergänzt. Ungeachtet der positiven Erfahrungen über die gute Zusammenarbeit mit allen Hilfsorganisationen und dem THW — insbesondere anlässlich der stadtweiten Einsätze, die durch den Orkan vom 13. November 1972 erforderlich wurden — wird von allen Beteiligten die Notwendigkeit weiterer Übungen auf allen Ebenen betont, um so für alle denkbaren Fälle gerüstet zu sein.

Fritz Wagner

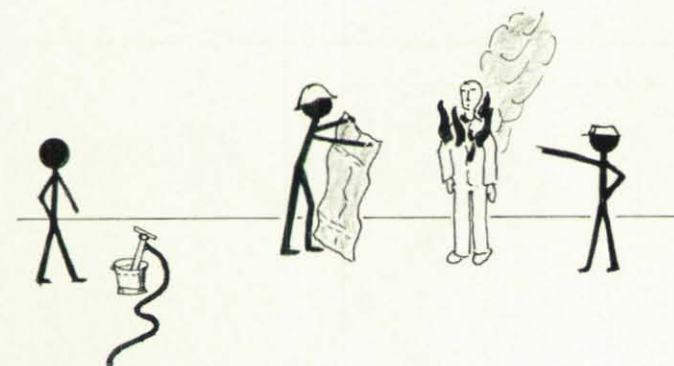
# Sicherheit an erster Stelle

15 Tips zur Ausbildung  
im Brandschutz



In Räumen, in denen Tragkraftspritzen untergestellt sind, gelten die allgemeinen Sicherheitsvorschriften für Garagen und ähnliche Räume; **verboten ist:**

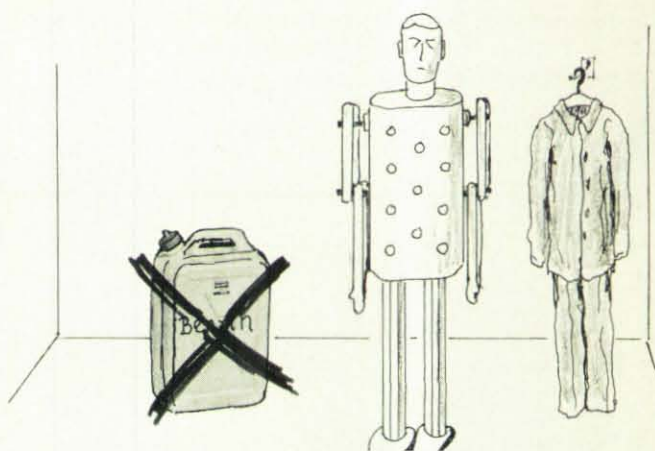
- Rauchen und offenes Feuer oder Licht
- Lagern leicht entzündlicher Stoffe
- Füllen und Entleeren von Treibstoffbehältern
- Reinigen von Geräten mit leicht entzündlichen Stoffen
- Probelaufen des Motors.



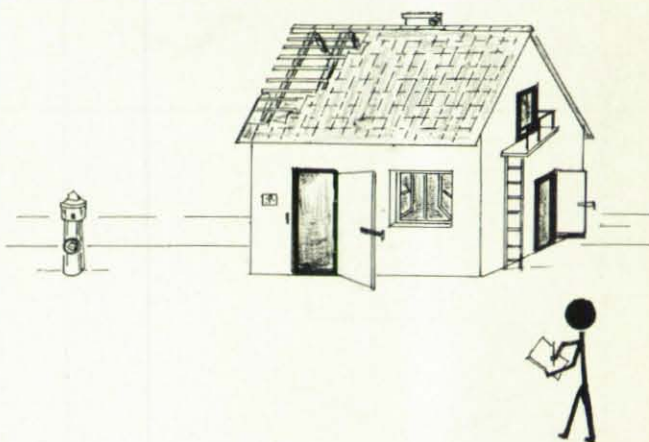
Das Ablöschen brennender Übungspuppen darf nur unter Aufsicht der Ausbilder geschehen.

Im ZS-Magazin 3/72 wurde bereits auf die besondere Beachtung der Sicherheit bei der Ausbildung im Selbstschutz hingewiesen. Die damals dargestellten, vereinfacht formulierten Auszüge aus den Sicherheitsbestimmungen des BVS für die Bergungsausbildung haben als Ausbildungshilfe bei den Lehrkräften des Verbandes große Beachtung gefunden.

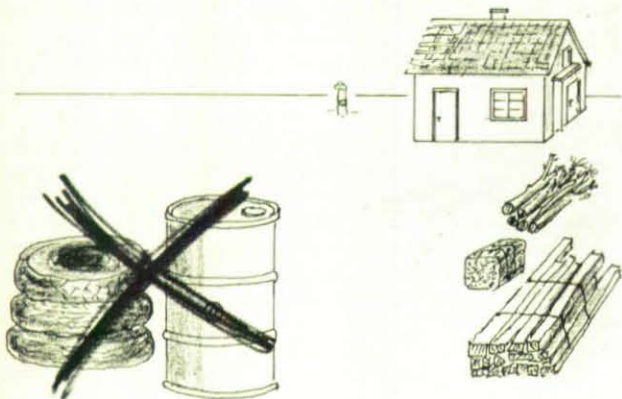
Aus diesem Grunde werden in einer weiteren Folge von Sicherheitsbestimmungen — vom „Amtsdeutsch“ in eine einfachere Formulierung gebracht — Tips für die Ausbildung im Brandschutz gegeben. Die Sicherheitshinweise — Gebote und Verbote — sind in der Reihenfolge dem Verlauf einer Ausbildungsveranstaltung entsprechend aufgeführt.



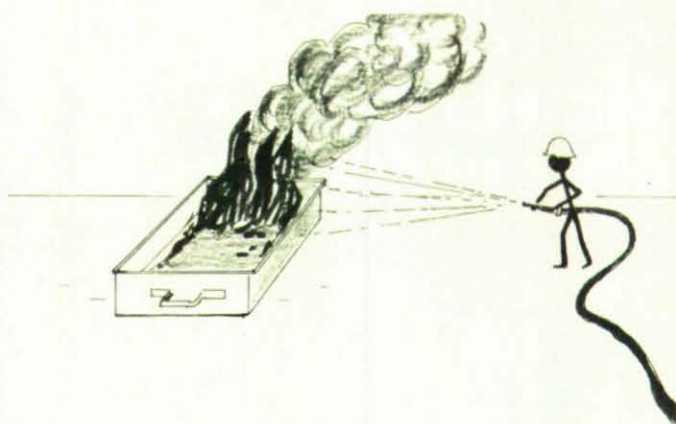
Brandübungspuppen müssen an 8 — 10 Stellen des hölzernen Hohlkörpers Bohrlöcher von ca. 30 mm Weite haben, die zum Anbrennen verwendeten Kleidungsstücke dürfen nicht mit brennbaren Flüssigkeiten getränkt werden.



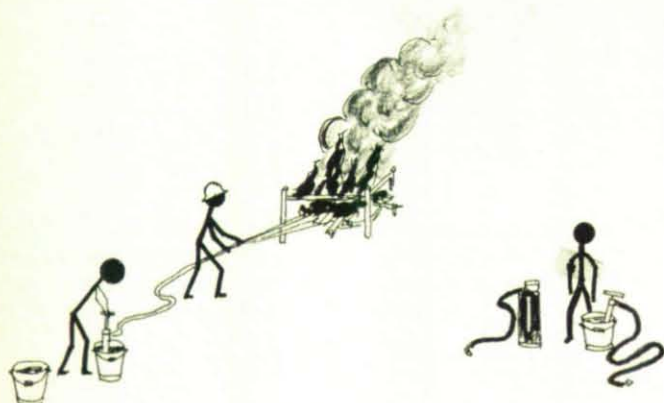
Brandübungshäuser sind vor jeder Benutzung zu überprüfen. Alle Zu- und Ausgänge müssen während der Übungen unverschlossen und ungehindert zu begehen sein. Brandübungshäuser sind mindestens einmal jährlich auf ihren baulichen Zustand sachkundig zu überprüfen. Im Laufe der Benutzung auftretende bauliche Schäden sind sofort zu beseitigen.



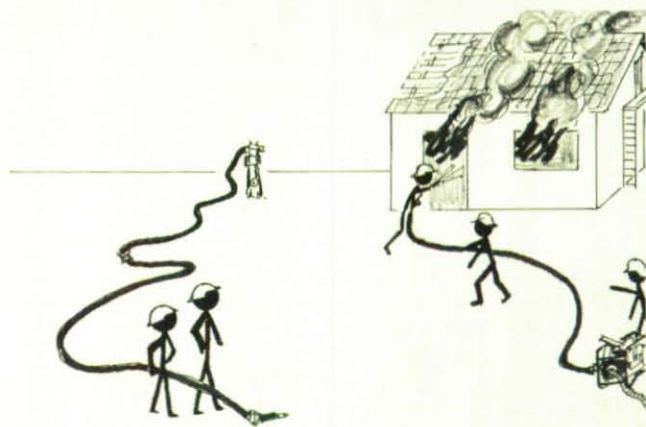
Für Übungsbrände jeder Art sind ausschließlich Holz, Papier, Stroh u. ä. zu verwenden. Gummireifen und brennbare Flüssigkeiten sind verboten.



Bei Ölbrand-Übungen (in Sonderfällen) darf das Öl nur in festen Wannen in geringen Mengen (ca. 5—10 l) abgebrannt werden. Nach dem Ablöschen sind Ölreste restlos auszubrennen.



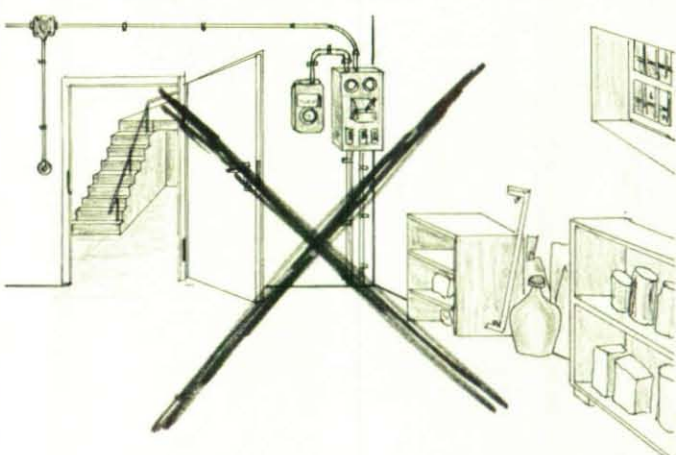
Bei kleineren Übungsbränden (Entstehungsbränden) ist neben dem Übungsgerät zusätzlich ein betriebsbereites Kleinlöschgerät bereitzuhalten.



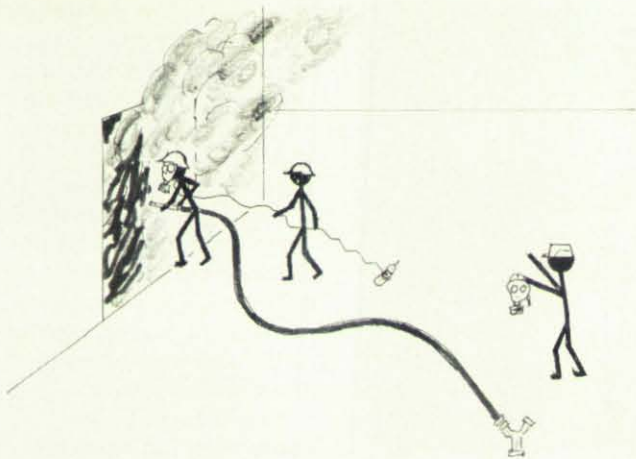
Bei Löschübungen an größeren Bränden (Klein- und Mittelbränden) ist neben dem Übungsgerät zusätzlich eine Sicherheits-Schlauchleitung zu verlegen, die während der Übungen unter Druck gehalten und von Sicherheitsposten besetzt wird.



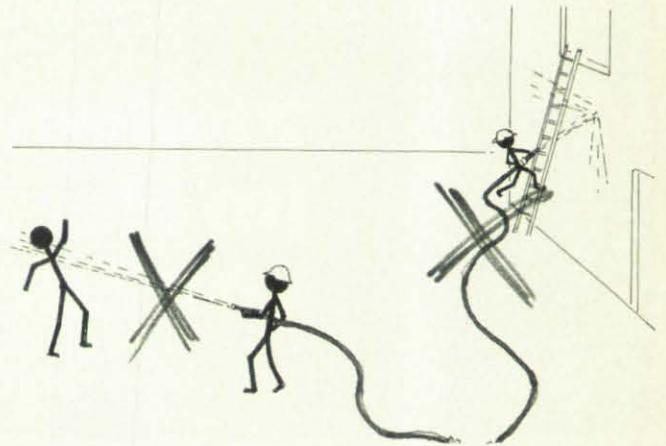
Sollen Übungsbrände in bewohnten Gebieten oder in Abbruchobjekten angelegt werden, so ist vorher die Zustimmung der zuständigen Ordnungsbehörde einzuholen und die zuständige Feuermeldestelle zu informieren.



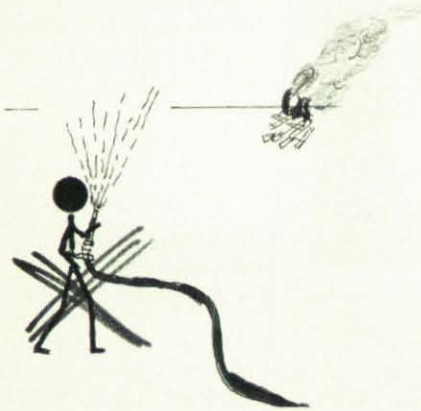
In Kellern oder schlecht belüftbaren Räumen und in Räumen mit elektrischen Anlagen dürfen keine Übungsbrände angelegt werden.



Bei stark verqualmten oder unübersichtlichen Brandstellen müssen mindestens zwei Helfer gemeinsam vorgehen. Dabei ist der vorangehende Helfer vom nachfolgenden mit Fangleine zu sichern. Auf Anordnung des Übungsleiters oder selbständig ist beim Vorgehen in verqualmten Räumen die Schutzmaske anzulegen.



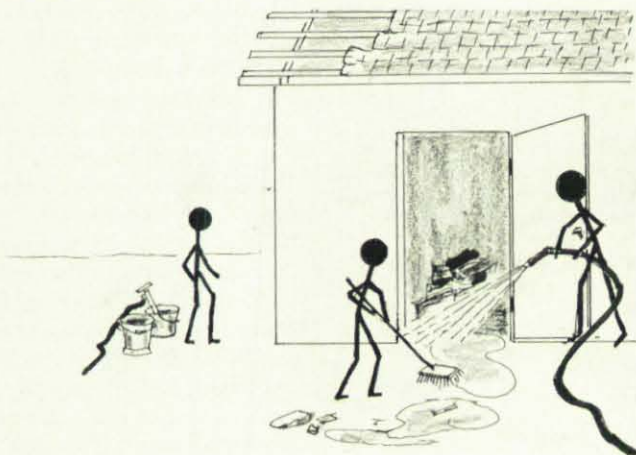
Verboten ist, den Vollstrahl eines Strahlrohres auf Personen zu richten.  
Verboten ist, von ungesicherten Standplätzen (z. B. Leitern) freihändig mit dem Strahlrohr Wasser zu geben.



Ein Feuerlöschschlauch darf nicht am Körper befestigt werden.



Droht ein Übungsbrand sich auszuweiten, so daß er mit eigenen Mitteln nicht mehr unter Kontrolle gehalten werden kann, ist sofort die Feuerwehr zu alarmieren. Bis dahin ist hinhaltender Widerstand zu leisten.



Nach Beendigung einer Übung sind Brandstellen und Übungsräume zu überprüfen. Brandnester (Glimmbrände) sind sorgfältig freizulegen und abzulöschen. Eine Brandwache ist einzuteilen. Brandstellen sind so zu säubern, daß der Brand nicht erneut aufflackern kann.

Ein Beispiel aus der Schweiz

# Zivilschutz im Herzen von Europa

So löst der Kanton Zürich seine schweren Aufgaben



Nach der Zivilschutzkonzeption 1971 sollen in absehbarer Zeit in der Schweiz für alle Einwohner Schutzräume zur Verfügung stehen.

Im Herzen von Europa bezieht die Schweiz seit jeher eine besondere Position, da sie quer durch die Jahrhunderte nie mit militärischen Aktivitäten aufwartete, sondern im Gegenteil oft genug Mittler zwischen verfeindeten Nationen war. Trotzdem erreichte die Eidgenossenschaft, daß ihre Neutralität

von allen Staaten respektiert wurde — letztlich durch die stete Verteidigungsbereitschaft. Bei dem heutigen Stand der Technik, die es ermöglicht, im Handumdrehen ganze Landstriche auszulöschen, legt die Schweiz großen Wert auf wirkungsvolle Maßnahmen im Zivilschutz. Richtlinie dafür ist die

Zivilschutzkonzeption aus dem Jahre 1971, die bis 1990 maßgebend sein soll. So sollen beispielsweise mit einem Aufwand von rund sieben Milliarden Schweizer Franken für alle Einwohner der Schweiz in absehbarer Zeit Schutzräume entstehen. Der Schweizer Bundesstaat ist gegliedert in Kantone, die in ihrer Struktur etwa

Der Einsatz von Hunden bei der Suche nach Verschütteten steht noch vor einer guten organisatorischen Lösung. Hier eine Prüfung von Katastrophenhunden beim Abbruch eines Hauses in Zürich.



den Ländern der Bundesrepublik entsprechen. Im Verlauf dieses Beitrages wird hier speziell der Zivilschutz im Kanton Zürich dargestellt, der den Gegebenheiten dieses dichtbesiedelten Landesteils Rechnung trägt. Der Kanton Zürich erreicht mit vier Millionen Einwohnern eine Bevölkerungsdichte, die nur mit der des Ruhrgebietes oder der Niederlande vergleichbar ist. Es ist festzustellen, daß sich hier zunehmend eine zusammenhängende Stadt- und Industrielandschaft entwickelt, die für Schadensauswirkungen größere Anfälligkeit hat. Die Bemühungen um den Zivilschutz in diesem Kanton bis Oktober 1972 schildert eine Jahresdokumentation des Amtes für den Zivilschutz.

## Wie steht der Schweizer zum Zivilschutz?

Die Ergebnisse einer interessanten Meinungsumfrage veröffentlichte 1971 die „Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift“. Damals wurde die Frage, ob neben der Armee noch ein Zivilschutz notwendig sei, von 87 Prozent der Befragten bejaht, von 11 Prozent verneint; 2 Prozent war ohne Meinung. Nur 37 Prozent äußerten sich allerdings positiv zu der Frage, ob der heutige Zivilschutz seinen Aufgaben gewachsen sei. Negativ beurteilt wurde diese Frage von 49 Prozent, 14 Prozent äußerten keine Meinung. In den einzelnen Landesteilen wurde der Zivilschutz zwar unterschiedlich beurteilt, aber es zeigte sich, daß die Unzufriedenheit über den Zivilschutz überwiegend von der männlichen Bevölkerung und von den Bürgern mit zunehmendem Bildungsniveau ausgedrückt wurde. Insofern ist die psychologische Ausgangs-

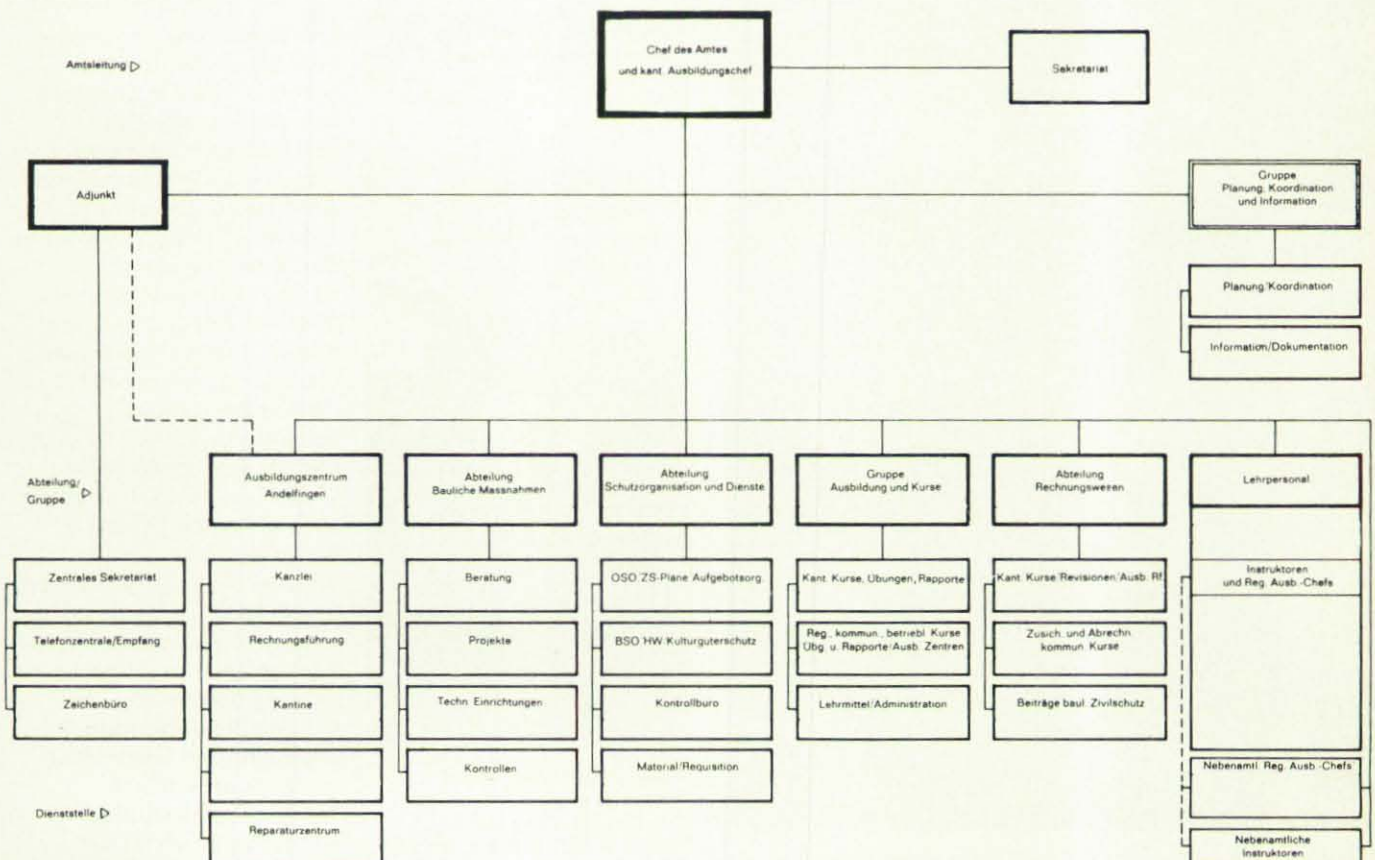


Luftschutztruppen der Schweizer Armee (rd. 30 000 Mann) sind auf nationaler Ebene das Hilfspotential. Sie haben ein modernes Ausbildungszentrum in Wangen an der Aare. Die Einheiten sind den Städten und Ballungsgebieten fest zugeteilt und arbeiten eng mit den örtlichen Instanzen zusammen.

basis für den Zivilschutz in der Schweiz außerordentlich gut und mit der in der Bundesrepublik kaum vergleichbar.

### Rechtsgrundlagen für den Zivilschutz

Die rechtliche Grundlage für den Zivilschutz in der Schweiz ist durch eine Reihe von Gesetzen und Verordnungen gegeben. Das beginnt mit dem von der Bundesversammlung am 23. März 1962 erlassenen Bundesgesetz über den Zivilschutz (ZSG), dem sich im Laufe der Jahre weitere Gesetze, wie das Bundesgesetz über die baulichen Massnahmen im Zivilschutz vom 4. Oktober 1963 (BMG), anschlossen. Ferner wurden vom Bundesrat in der Zeit von 1964 bis 1971 allein 26 verschiedene Verordnungen erlassen, die den Zivilschutz direkt oder indirekt betreffen. Auch in den



Organisationsplan des Amtes für Zivilschutz des Kantons Zürich.



Ernst nimmt der eidgenössische Zivilschutz das Gewinnen der Jugend — hier Mädchen beim Wettkampf „Laufen und Löschen“ der Schulen in St. Gallen.



Die Militär-Attachés der UdSSR und der Bundesrepublik als Gäste bei einer Übung des Zivilschutzes in der Schweiz.



Alle Möglichkeiten der modernen Werbung nutzt der Schweizer Zivilschutz — wie hier mit einer Ausstellung in St. Gallen.



### Haushaltvorrat=Notvorrat

Die gelbete Drüse ist:  
 - einwöchiger  
 - Notvorrat  
 - vollständige Selbstversorgung  
 nach Versinken des Schutzraumes

Erstellung des Gelbete  
 für wirtschaftliche Kriegsvorgänge

Vorratshaltung für 1 Person / 2 Monate  
 2 kg Zucker  
 1 kg Fett  
 1 kg Mehl  
 1 kg Reis  
 1 kg Nudeln  
 1 kg Marmelade

Aufrufe des Delegierten des Bundesrates für wirtschaftliche Kriegsvorsorge weisen auf die Bedeutung von Haushaltsvorräten hin.



Hauptträger der Arbeit zur Aufklärung und Information der Bevölkerung ist der Schweizerische Bund für den Zivilschutz mit seinem Zentralsekretariat in Bern.

Eidgenössischen Departementen wurden darüber hinaus mehrere Richtlinien herausgegeben. Den Leitfaden zur Verwirklichung dieser Gesetze geben Weisungen und Richtlinien — wie beispielsweise die Weisung über die Erstellung der Zivilschutzpläne und der dazugehörigen Unterlagen vom 1. Oktober 1964 des Bundesamtes für den Zivilschutz.

Im Kanton Zürich wurde am 11. September 1966 das Gesetz über die Leistung von Staatsbeiträgen im Zivilschutz erlassen (Kt.G.ZS). Es folgte am 27. Oktober 1966 die VO über den Zivilschutz (Kt.ZSV), am 9. Juli 1970 die VO über die Organisation des zivilen Sanitätsdienstes im Kriegsfall und am 16. Juli 1970 die VO über die zivile Kriegsorganisation des Kantons.

### Organisation und Gliederung

Der Organisationsplan des kantonalen Amtes für Zivilschutz (siehe Skizze) stellt den Aufbau des Zivilschutzes vom Chef des Amtes und den kantonalen Ausbildungschefs bis zu den nebenamtlichen Instruktoren dar. Eine Tabelle gibt darüber Auskunft, daß in 109 Gemeinden 293 Kriegsfirewehrzüge, 15 Pionierdienstgruppen und 102 Pionierdienstzüge existieren.

Mit der Verfügung vom 27. Dezember 1971 wurden sieben Gemeinden zur Bildung einer eigenen örtlichen Schutzorganisation verpflichtet, 37 Gemeinden wurde die Auflage gemacht, eine gemeinsame örtliche Schutzorganisation aufzustellen (überwiegend zwei oder drei Gemeinden zusammen). Weitere 13 Gemeinden wurden verpflichtet, sich an die bestehende örtliche Schutzorganisation ihrer Nachbar-





In der Schweiz gibt es 70 kantonale und regionale Ausbildungszentren des Zivilschutzes. Hier ein Blick auf den Trümmerbereich zur realistischen Ausbildung im ZS-Zentrum des Kantons Luzern in Sempach.

gemeinde anzuschließen. Ferner wurden als organisationspflichtige Betriebe in der Stadt Zürich 119 Unternehmen erfaßt. Gleiches gilt für 26 Betriebe in der Stadt Winterthur und 158 Betriebe in den Landgemeinden. Auch in den 42 Spitälern und Krankenhäusern bestehen diese Betriebsschutzorganisationen. Der Zivilschutz im Kanton Zürich gliedert sich auf in Hauswehreinheiten, die Einsatzzüge der Kriegsfeuerwehren, den technischen Dienst mit Sicherungs- und Pionierzügen sowie den Sanitätsdienst mit Sanitätsposten und -hilfsstellen. In den Gemeinden sind die Ressortchefs im Gemeinderat, die Ortschefs und die Zivilschutzstellenleiter verantwortlich für den Zivilschutz. In den Stäben des Zivilschutzes im Kanton

Zürich stehen 18 Kantons-Instruktoren zur Verfügung. Für Alarm und Übermittlung sind weitere drei Instrukturen zuständig sowie acht für den Pionierdienst. 23 Instrukturen zeichnen verantwortlich für den Sanitätsdienst, zwei für den A- und C-Dienst, drei für den Materialdienst und zwölf für den Betriebsschutz. Ferner zählen dazu acht Gebäudechefs und 14 Rechnungsführer. Der Zivilschutz für den Kanton Zürich ist in 12 Regionen geordnet, für die jeweils Kursleiter, Gemeinde-Instrukturen und Rechnungsführer zuständig sind.

### Die Hauswehr

Der Organisationsplan sieht auf unterster Ebene für 60 bis 80 Hausbewohner eine Hauswehreinheit vor, die dem Gebäudechef und

dem Schutzraumwart als Stellvertreter unterstellt ist. Das Materialsortiment ist der neun Personen starken Einheit angepaßt. Bei Hauswehreinheiten mit 150 Bewohnern ist bereits eine erweiterte Hauswehreinheit mit 18 Personen vorgesehen. In einem Wohnblock sollen je nach den örtlichen Verhältnissen sechs bis acht Hauswehreinheiten bestehen, für die ein umfangreicheres Materialsortiment empfohlen wird.

### Die Kriegsfeuerwehr

Der Sollbestand eines Einsatzdetachementes der Kriegsfeuerwehr wird mit 48 Personen berechnet, jedem Zug werden ferner zwei Sanitäter zugeteilt. Zum Detachement gehören zwei Züge, die sich in eine Löschgruppe, zwei Schlauchtrupps, einen Sanitätstrupp, eine Rettungsgruppe, einen Spitzen- und einen Materialtrupp aufgliedern.

### Der technische Dienst

Als Sollbestand im technischen Dienst werden für den Sicherungszug und auch für den Pionierzug je 25 Personen angegeben. Der Sicherungszug umfaßt neben der Kommandogruppe die Gruppe Elektrizität, die Gruppe Wasser und Kanalisation sowie die Gruppe Gas. Zum Pionierzug gehören außer der Kommandogruppe zwei Pioniergruppen.

### Der Sanitätsdienst

Ein Sanitätsposten soll mit neun Personen besetzt sein: Gruppenchef, zwei Sanitäter und sechs Träger. Die Sanitätshilfsstelle dagegen gliedert sich in Leitung (Chef und zwei Ordonnanzen), Gruppe Administration (Gruppen-

chef und sechs Gehilfen), Gruppe Behandlung (ein Arzt, drei Arztgehilfen und vier Sanitäter) und Gruppe Pflege (Gruppenchef und sechs Gehilfen).

### Steuerbelastung nach Klassen

Entsprechend der Größe und Leistungsfähigkeit wurde im Kanton Zürich die Steuerbelastung der Gemeinden für den Zivilschutz in fünf Klassen aufgeschlüsselt. Dadurch schwanken die Beitragsleistungen des Bundes zwischen etwa 25 und 55 Prozent und die des Kantons zwischen 13,5 und 31,5 Prozent speziell beim Bau privater und öffentlicher Schutzraumbauten. In gleichem Maße steigert bzw. verringert sich auch die finanzielle Leistung der Gemeinden, die beispielsweise für Betriebsschutzorganisationen keine Mittel bereitstellen.

### Die Schutzdienstpflicht

Die Gesetzgebung der Schweiz setzt klare Maßstäbe für den Personalbestand im Zivilschutz. So lautet der Artikel 84 des Bundesgesetzes über den Zivilschutz (ZSG): Für Männer beginnt die Pflicht, Schutzdienst zu leisten, mit der Vollendung des 20. Altersjahres und dauert bis zum zurückgelegten 60. Altersjahr. Wenn die Verhältnisse es erfordern, kann der Bundesrat die Altersgrenze hinaufsetzen, jedoch höchstens auf 65 Jahre, und er kann die Schutzdienstpflicht auch auf Jünglinge nach Vollendung des 16. Altersjahres ausdehnen. Bei zwingenden Gründen können die Kantone die Freistellung von der Schutzdienstpflicht verfügen. Ergänzt wird dann in Artikel 61 der Verordnung über den Zivilschutz (ZSV):

Wer arbeitsfähig ist, gilt in der Regel als fähig, Dienst im Zivilschutz zu leisten. Auch Ausländer können für den Zivilschutz herangezogen werden, denn in einer Richtlinie heißt es u. a.: Zum Schutzdienst sind oder können verpflichtet werden: Männliche ausländische Staatsangehörige in der Hauswehr oder im Betriebsschutz, jedoch in der Regel nicht als Vorgesetzte. An anderer Stelle im ZSG ist niedergelegt: In eine Schutzorganisation kann nur eingeteilt werden, wer hierzu geistig und körperlich tauglich und nicht unwürdig ist.

### **Baulicher Zivilschutz**

Einer der Schwerpunkte — wenn nicht der Schwerpunkt überhaupt — der Zivilschutzkonzeption von 1971 (mit der Perspektive bis 1990) ist der Schutzraumbau. Der heutige Bestand an Schutzräumen in der Schweiz ist, gemessen an den Nachbarstaaten, bereits außerordentlich groß. So stehen auch im Kanton Zürich im Durchschnitt für 77 Prozent aller Einwohner Schutzplätze zur Verfügung, jedoch ergeben sich erhebliche Unterschiede in den einzelnen Gebieten. In einigen Regionen beträgt der Bestand an Schutzräumen sogar unter 35 Prozent. Die Verantwortung für den baulichen Zivilschutz in den Gemeinden als untere Ebene liegt beim Gemeinderat. In fast allen Gemeinden gibt es sogenannte Schutzraumkontrolleure, die dem örtlichen Zivilschutzchef unterstellt sind.

### **Querschnitt der Ausbildung**

In der Zeit vom 1. Oktober 1971 bis 30. September 1972 fanden 47 verschiedene kantonale Kurse statt,

darunter spezielle Grund- und Schulungskurse, aber auch Instruktor- und Weiterbildungskurse mit insgesamt 1 906 Teilnehmern. An 12 kantonalen Rapporten und Übungen beteiligten sich 803 Zivilschutzangehörige. Auf regionaler und kommunaler Ebene absolvierten 6 829 Teilnehmer 122 Kurse und 12 852 Teilnehmer 280 regionale, kommunale und betriebliche Übungen und Rapporte. Als kantonales Kurstableau liegt auch der Schulungs- und Übungsplan für 1973 vor. So sind für die Ortsorganisationen 23 Übungen und für die Stäbe 26 verschiedene Kurse vorgesehen. Für Gebäudechefs stehen 95 Kurse und Übungen auf dem Programm. Auch das Fernmeldewesen ist mit sechs Übungen eingeplant. Mit 99 Übungen und Kursen nimmt die Kriegsfeuerwehr die erste Stelle ein, während für den Pionierdienst 52 und den Sanitätsdienst 89 Kurse und Übungen im Plan enthalten sind.

### **Finanzielle Aufwendungen**

Betrug der Anteil der Aufwendungen für den Zivilschutz 1960 im Vergleich zu den allgemeinen Ausgaben des Kantons mit rund 2 Millionen Franken nur 0,46 Prozent, so erhöhte er sich bis 1966 mit 19,7 Millionen Franken bereits auf 2,15 Prozent und stieg 1971 auf 46 Millionen Franken (2,63 Prozent). Zu den Aufwendungen der Militärdirektion stellen diese Beträge 1960 bereits 20 Prozent, 1966 schon 65 und 1971 sogar 80 Prozent dar. (Vergleiche hierzu die Richtzahlen der NATO zum Verhältnis von ziviler zu militärischer Verteidigung von 1:10 sowie das Bestreben der Bundesrepublik, das Verhältnis von etwa 1:45 auf 1:20 zu

verbessern!) Darüber hinaus erfolgten Brutto-Aufwendungen des Staates für den baulichen Zivilschutz in der Zeit von 1960 bis 1971 in Höhe von 172,3 Millionen Franken (1971 allein 36,6 Millionen Franken).

### **Einsatzplanung**

Für den Ernstfall liegt eine Disposition der Einsatzplanung vor. Die Grundlage bilden die Pläne der Ortsschutzorganisationen, die die Standorte, Anlagen, Einsatzräume und Wasserpläne der Gemeinden

beinhalten. Die „Ordre de bataille der OSO“ erläutert die taktische Unterstellung bis zum Block, mit Bezeichnung der Stäbe und Formationen. In der Disposition für den Ernstfall sind ferner die Aufgebotsorganisation, die Führungsdokumentation, der Nachrichtenbeschaffungsplan und -befehl, der Schutzraumplan und der Versorgungsplan enthalten. So verschließt man auch in der Schweiz die Augen nicht vor den möglichen Gefahren — trotz traditioneller Neutralität. Sicherlich ein interessantes Beispiel.

### **Persönliche Darlehen**

kurzfristig — mittelfristig — langfristig

für alle Beamten, Berufs- und Zeitsoldaten, Angehörige des öffentlichen Dienstes und der freien Wirtschaft

langfristig als Vorauszahlung — in bar — einer Lebensversicherung — kurz- und mittelfristig in Verbindung mit einer Lebensversicherung. Keine Bürgen oder dingliche Sicherheiten. Fordern Sie kostenlose unverbindliche Auskunft mit Angaben von Familienstand, Kindern unter 18 Jahren, Nettogehalt, Beruf, Geburtsdatum, Höhe des Darlehenswunsches.

**Beamten-Anschaffungshilfe E. Andermann KG**

5 Köln 60, Eschenbachstraße 54, Am Bilderstöckchen, Telefon 73 65 29

Beim

**BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ,**  
bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts,  
sind folgende Stellen zu besetzen:

### **a) Leiter(in) der BVS-Dienststelle Detmold**

— Verg.-Gr. IVb BAT — ab 1. Juli 1973

### **b) Leiter(in) der BVS-Dienststelle Heilbronn**

— Verg.-Gr. IVb BAT — ab 1. August 1973

### **c) Leiter(in) der BVS-Dienststelle Lüdenscheid**

— Verg.-Gr. IVb BAT — ab 1. Oktober 1973

#### **Anforderungen:**

Möglichst langjährige Mitarbeit im BVS oder in anderen Zivilschutzorganisationen. Bewerber mit entsprechender abgeschlossener BVS-Fachausbildung und Kenntnissen auf dem Gebiet der allgemeinen Verwaltung werden bevorzugt.

#### **Geboten werden:**

Zusätzliche Altersversorgung, Beihilfe bei Krankheit und Unterstützung in Notfällen, Zuschuß zum Mittagessen; Trennungsgeld und Umzugskosten entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen.

Soweit möglich, ist der Verband bei der Wohnraumbeschaffung behilflich.

Bewerbungen mit ausgefülltem Personalbogen, handgeschriebenem Lebenslauf, Lichtbild sowie beglaubigten Ausbildungs- und Tätigkeitsnachweisen sind bis zum 31. Mai 1973 zu richten an den

**BUNDESVERBAND FÜR DEN SELBSTSCHUTZ,**

— **Bundeshauptstelle** —

**5 Köln 41, Eupener Straße 74.**

## 9000 Lübecker ausgebildet

Auf Anregung der BVS-Dienststelle Lübeck und von Pastor Rische hatten 20 Konfirmandinnen der Gemeinde Dreifaltigkeitskirche in Lübeck-Kücknitz an einem Grundlehrgang teilgenommen. Am Ende dieser Unterweisungen konnte festgestellt werden: Seit 1962 sind insgesamt 9 000 Personen in Lübeck im Selbstschutz ausgebildet worden.

Unter den verschiedenen Kirchengemeinden, in denen der BVS seine Grundlehrgänge durchführte, ist es die oben genannte Gemeinde, in der bereits im dritten Jahr solche Kurse veranstaltet werden. Bei der Überreichung der Abschlussausweise wurde bekannt, daß Roswitha Maiwald die 9 000. BVS-Lehrgangsteilnehmerin ist.

Ihr wurde ein Tulpenstrauß überreicht. Lehrgangsleiter Littwa und Pastor Rische richteten herzliche Dankesworte an alle Lehrgangsteilnehmerinnen für ihr eifriges Mitmachen von Anfang an bei dem Lehrgang, der im Freizeitheim auf der Bäk stattfand.

Parallel lief ein erfolgreich abgeschlossener Lehrgang für zur Confirmation anstehende Jungen. In den meisten Lübecker Kirchengemeinden, bei Frauenverbänden, Behörden und verschiedenen sonstigen Institutionen sind diese Lehrgänge mit erstaunlich steigenden Teilnehmerzahlen abgehalten worden.

## Zusammenarbeit mit VdH

Der Verband der Heimkehrer, Kreisverband Kiel, hatte in eine seiner Zusammenkünfte einen Vortrag über das von ihm selbst gewählte Thema „Selbstschutz — ein notwendiges Übel?“ eingebaut. Hierüber sprach der Leiter der Fahrbaren Schule der BVS-Landesstelle, Peter-Hinrich Hansen.

In Friedenszeiten bedeutete Selbstschutz, daß bei allen Unfällen des Alltags zunächst jeder sich selbst bzw. seinem Nächsten helfen müsse. Helfenwollen allein genüge nicht, wesentlich sei das Helfenkönnen. Hierfür müsse man sich aber die nötigen Kenntnisse und Fähigkeiten

aneignen. Die damit verbundenen Opfer an Zeit und Entspannung sollten als Dienst für die Gemeinschaft verstanden werden. Wie beim Selbstschutz beruhe auch der Katastrophenschutz mit wichtigen Friedensaufgaben auf dem Prinzip der Freiwilligkeit. In seinen verschiedenen Organisationen stünden schon viele Helfer bereit. Aber für alle Notfälle würden noch weit mehr Freiwillige benötigt. Hierfür zu werben, sei auch Aufgabe des Bundesverbandes für den Selbstschutz, neben der Information der Bevölkerung über den gesamten Bereich der Zivilverteidigung mit besonderer Betonung des Selbstschutzes. Alles diene doch nur dem Wohle jedes einzelnen wie unserer gesamten Gemeinschaft. So sei Selbstschutz wohl notwendig, aber durchaus kein Übel.

Im Anschluß an den mit großem Interesse aufgenommenen Vortrag eröffnete der stellvertretende Vorsitzende des VdH-Kreisverbandes Kiel, Werner Teske, die Aussprache, bei der noch mancherlei Fragen der Ausbildung und der Vorsorgemaßnahmen im Selbstschutz eingehend erörtert wurden. Grundsätzlich braucht kaum erwähnt zu werden, daß sich in diesem Kreis alle über die unbedingte Notwendigkeit eines Selbstschutzes einig waren.

## BVS bei Landfrauen

Welches Interesse die Frauenverbände dem Selbstschutz entgegenbringen, zeigt sich wieder einmal, indem der Landfrauenverein Kellinghusen die BVS-Dienststelle Itzehoe gebeten hatte, die erste Versammlung 1973 zu einem Vortrags- und Diskussionsabend über den Selbstschutz auszugestalten. Bei dieser Veranstaltung wies Vorsitzende Grete Wiese einleitend auf die Notwendigkeit eines wirksamen Selbstschutzes der Bevölkerung in Stadt und Land sowie einer umfassenden Information darüber hin.

Im Mittelpunkt des Abends stand das Referat des Leitenden Regierungsmedizinardirektors Dr. Klaus Zur vom Ministerium für Soziales und Gesundheit über „Der Mensch in der

Katastrophe“. In seinen interessanten, anschaulich und historisch begründeten Ausführungen stellte der Vortragende besonders den Wandel in der Einstellung des Menschen zu Bedrohung, Gefahr und Vorsorge- und Schutzmaßnahmen heraus.

In der anschließenden lebhaften Aussprache wurden mancherlei Fragen gestellt und eingehend beantwortet. Dienststellenleiter Gustav von Gruenewaldt wies auf die laufend in allen Landesteilen durchgeführten und für alle Bevölkerungsteile eingerichteten Selbstschutz-Grundlehrgänge hin. Auf Grund dessen konnte Grete Wiese solche Lehrgänge für ihren Landfrauenverein mit dem BVS vereinbaren.

## Zwischen Nord- und Ostsee

**Heikendorf.** Aus 42 Feuerwehrmännern aus dem Raum von Heikendorf und aus der Probstei soll ein ABC-Zug aufgestellt werden, der über Spezialfahrzeuge verfügen wird. Die Männer werden mehrere Lehrgänge durchlaufen müssen, in denen ihnen Kenntnisse und Fähigkeiten in der Bekämpfung defekter strahlender Einrichtungen vermittelt werden.

**Schenefeld-Wacken.** Aufgrund einer vorhergegangenen Informationsveranstaltung, bei der für den ersten Lehrgang nicht alle Teilnehmeranmeldungen berücksichtigt werden konnten, wurde von der BVS-Dienststelle Itzehoe für den Landfrauenverein Schenefeld-Wacken in Verbindung mit der Freiwilligen Feuerwehr Schenefeld-Siezbüttel ein zweiter Selbstschutz-Grundlehrgang durchgeführt. Die Leitung dieser Ausbildung lag bei dem Studenten der Sozialpädagogik Joachim Stamer (Glückstadt) und dem Leiter der fahrbaren Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Itzehoe, Horst Mielke.

**Wentorf.** Beauftragter Rudolf Oppitz hatte Behörden, Parteien, Verbände, Organisationen u. a. zu einer Informationsstagung an der BVS-Schule in Ascheberg eingeladen.

Daraufhin meldeten sich 26 Interessenten. Die Teilnehmer äußerten anschließend, sie wollten das, was sie in Ascheberg erfahren hätten, an die Mitglieder ihrer Institutionen weitergeben.

**Glückstadt.** An der Realschule wurde mit den Abgangsklassen von der fahrbaren Ausbildungsstelle der BVS-Dienststelle Itzehoe an zwei Tagen ein Grundlehrgang durchgeführt.

### Rückblick und Ausblick

Die Landesstelle und ihre nachgeordneten Dienststellen hatten sich zu einer Arbeitstagung an der BVS-Schule in Ascheberg zusammengefunden. Den beziehungsreichen Hintergrund für die vielseitigen Erörterungen bildeten die Ausführungen des Gastreferenten, Fregattenkapitän Stricker, über „Aktuelle Fragen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik“. Diese sollten den BVS-Mitarbeitern

das gegenwärtige Bild des Gesamtkomplexes „Verteidigung“ geben, in dessen weitem Rahmen der Selbstschutz eine wichtige Funktion innehat.

Für 1972 wurde ein Leistungsvergleich zwischen den einzelnen Dienststellen auf den Gebieten der Öffentlichkeitsarbeit und der Ausbildung anhand von graphischen Darstellungen anschaulich aufgezeigt.

Vor allem ist in diesem Jahr anzustreben, das Soll an BVS-Beauftragten zu erfüllen. Dies ist erforderlich, damit der Verband überall, wo es vorgesehen ist, präsent wird.

Die Steigerung von Ausbildungszahlen, vor allem bei Abgangsklassen von Schulen sowie bei Mitgliedern von Verbänden und Organisationen, sind zum großen Teil auch als Erfolge einer konsequent durchgeführten Öffentlichkeitsarbeit zu buchen.

Wegen ihrer allseitigen Bewährung sollen wieder Podium- und Forumgespräche sowie Informationsseminare- und -tagungen für Spitzen aller Institutionen durchgeführt werden. In diesem Sinne sind auch als besondere Schwerpunkte zwei

„Ascheberger Gespräche“ vorgesehen, in denen aktuelle Probleme im Rahmen der Zivilverteidigung erörtert werden sollen. Eine besondere Stellung in der BVS-Öffentlichkeitsarbeit soll weiterhin in verstärktem Maße die Information der Hauptverwaltungsbeamten und deren Vertreter einnehmen.

Laufend sollte bei allen öffentlichen Veranstaltungen des BVS mit allem Nachdruck auf die staatliche finanzielle Unterstützung für den privaten Schutzraumbau hingewiesen werden, damit die hierfür in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehenden Geldmittel auch voll genutzt werden.

Eine mit viel Sorgfalt unter Berücksichtigung der neuesten Gesichtspunkte im Selbstschutz eingerichtete BVS-Ausstellung wurde den Tagungsteilnehmern vorgeführt und fand durchweg eine gute Aufnahme. Die Schau soll zur Unterstützung der Information der breiten Öffentlichkeit laufend in den einzelnen Dienststellenbereichen eingesetzt werden, in erster Linie in Rathäusern.

## HAMBURG



### Katastrophenschutz der Hansestadt

Oberbranddirektor Dipl.-Ing. M. Gebhardt schildert die „Änderungen in Struktur und Aufgabe“ der Hamburger Feuerwehr in „Berichte und Dokumente“ der staatlichen Pressestelle.

Da für die Hamburger Leser des „ZS-Magazin“ die Organisation und Einsatzstärke ihrer Feuerwehr interessant sein dürfte, geben wir nachstehenden Überblick:

Die Feuerwehr Hamburg ist ein Amt der Behörde für Inneres. Der Einsatzdienst ist gemäß der Bezirkseinteilung der Stadt in 7 Feuerwehrbezirke unterteilt. Die Bezirksführer sind für die Einsatzbereitschaft aller im Bezirk vorhandenen Feuerwehren verantwortlich. Gleichzeitig beraten sie Wirtschaftsunternehmen in allen Fragen des vorbeugenden Brand-schutzes und geben Gutachten für Neubauten und Betriebsveränderungen ab.

Die Einsatzaufgaben werden von 19 über das Stadtgebiet verteilte

Feuerwachen und einer Rettungswache wahrgenommen. Sie werden von insgesamt 96 Freiwilligen Feuerwehren unterstützt. 17 Feuerwachen sind mit Löschfahrzeug, Tanklöschfahrzeug und Drehleiter ausgerüstet. An 2 Feuerwachen stehen an Stelle der Drehleiter Sonderfahrzeuge. Außerdem sind an den Feuerwachen 1 bis 4 Krankenkraftwagen stationiert.

Schwerpunktmäßig sind zusätzlich Spezialfahrzeuge wie 4 Rüstwagen und 3 Schlauchwagen an einzelnen Feuerwachen untergebracht. 3 Tanklöschfahrzeuge und 6 Schaumtankfahrzeuge ergänzen den Fahrzeugbestand. Im Hafengebiet befinden sich außerdem 7 Löschboote und 2 Ambulanzboote für Hilfeleistungen.

Die Freiwilligen Feuerwehren sind grundsätzlich mit einem Löschfahrzeug LF 8 V TS ausgestattet. Ihre Ausrüstung wird je nach Unterstellmöglichkeiten durch Fahrzeuge des Katastrophenschutzes ergänzt. Insgesamt besitzt die Feuerwehr Hamburg 391 Fahrzeuge aller Art. Außerdem stehen für Katastrophen-

fälle 751 Fahrzeuge des Bundes zur Verfügung. 1 625 Berufsfeuerwehrmänner und 2 900 Freiwillige sorgen für die personelle Besetzung von Fahrzeugen und Funktionen. In den Abteilungen erledigen zusätzlich 200 Zivilkräfte die Verwaltungs- und Versorgungsaufgaben.

In dieser Ausgabe des „ZS-Magazin“ stellen wir das aktuelle Thema „Katastrophenschutz“ heraus, in dem es wörtlich heißt:

Am 1. Juli 1969 wurde in konsequenter Durchführung der Grundzüge des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes vom 9. 7. 1968 der ausübende Katastrophenschutz in Hamburg der Feuerwehr übertragen.

Diejenige staatliche Einrichtung, die tagtäglich die kleinen Katastrophen des täglichen Lebens beseitigt oder verhütet, nämlich die Feuerwehr, hat damit in logischer Konsequenz diese Aufgabe auch für den Katastrophenfall übernommen. Damit sind zumindest in Hamburg die Streitigkeiten um Führungskompetenzen unter den

einzelnen Fachdiensten aus der Welt geräumt.

Die Feuerwehr als staatliche Einrichtung nimmt wesentliche Aufgaben des Hauptverwaltungsbeamten im Sinne des Katastrophenschutzgesetzes wahr, u. a. die Verantwortung für Aufstellung, Ausbildung und Führung aller Katastrophenschutzorganisationen. Die neue Aufgabe hat zur Folge, daß auch die Amtsleitung der Feuerwehr lernen mußte, sich für die Funktionsfähigkeit und Lebensfähigkeit anderer privater und öffentlicher Organisationen im Rahmen des Katastrophenschutzes verantwortlich zu fühlen.

Es ist das Ziel der Feuerwehr, bei allen Organisationen, die im Katastrophenschutz mitwirken, ein vertrauensvolles Zusammenwirken zu erreichen.

### Empfang bei der Bundeswehr

Die gute Zusammenarbeit zwischen militärischen und zivilen Stellen zeigt sich alljährlich bei einem Empfang in der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg-Blankenese. In Gesprächen und gegenseitigem Gedankenaustausch werden die Fragen der Gesamtverteidigung angesprochen. Nicht zuletzt ist der persönliche Kontakt bei solchen Empfängen von großem Nutzen. Sogar

über Landesgrenzen hinaus trifft man immer wieder gute Bekannte unter den Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

### Auf der Straße diskutiert

Es ist Sonnabend, 7.00 Uhr morgens. Der Harburger BVS-Beauftragte Wolfgang Stünkel trifft mit seinen Aufklärungshelfern in der Dienststelle ein. Das Material für eine Aufklärungsveranstaltung muß in Privat-PKW verladen werden. Es geht zum Hamburger Wochenmarkt. Der INFO-Stand wird aufgebaut. Um 7.30 Uhr ist es soweit, die Diskussion mit der Bevölkerung beginnt wieder einmal. Sie wird teilweise sehr lebhaft



BVS-Stand auf dem Wochenmarkt in Hamburg-Harburg.

geführt. Die eingesetzten Helfer zeigen sich aber der Situation gewachsen. Mit Ausnahme von einigen negativen Stimmen hält die Bevölkerung die Aufklärung über Selbsthilfemaßnahmen für notwendig.

In der Zwischenzeit haben sich auch Aufklärungshelfer vor den umgestalteten Fenstern in der Wilstorfer Straße 100 aufgestellt. Auch hier wird das Gespräch gesucht. Die 1 400 vorbereiteten Tüten mit Aufklärungsmaterial sind trotz des naßkalten Wetters bald vergriffen.

### Anerkennung für alle Helfer

Der Präses der Behörde für Inneres empfing die Leiter der Hilfsorganisationen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes im Gästehaus des Senats. Als Vertreter des BVS nahm Landesstellenleiter Ludwig Müller teil. In einer Ansprache würdigte Senator Heinz Ruhнау die ehrenamtliche Tätigkeit der Helferinnen und Helfer in der Stadt Hamburg und bat, allen Helfern den Dank des Senats zu übermitteln.

### Wir gratulieren

Am 18. April konnte unser langjähriger Mitarbeiter Friedrich Born seinen 70. Geburtstag feiern. Schon im Jahre 1955 führte ihn der Weg zum damaligen BLSV. Für seine besonderen Verdienste wurde ihm 1960 die Ehrennadel verliehen.

### Günter Samel †

Am 12. Februar ist der Beauftragte der BVS-Dienststelle Hamburg-Mitte, Günter Samel, verstorben. Er wurde am 21. Dezember 1926 in Elbing (Ostprien) geboren. Seit dem 11. April 1965 ist er ea. Helfer und hat sich neben seiner beruflichen Tätigkeit als Zollbeamter insbesondere in der Öffentlichkeitsarbeit sehr verdient gemacht. Sein Einsatz in der Deichverteidigung war für ihn eine persönliche Verpflichtung.



Gäste der Bundeswehr (v. l.): Leiter des Warnamtes I, Ing. Kneppenber, BVS-Landesstellenleiter Müller, THW-Landesbeauftragter Ing. Trautvetter, BVS-Fachgebietsleiter Bochert, (etwas verdeckt) Ministerialrat Dr. Weiss und Ministerialrat Dedekind.

## Leistung und Erfolg 1972

### Organisation:

- 16 hauptamtlich besetzte Dienststellen
- 36 ehrenamtlich besetzte Dienststellen
- 120 hauptamtliche Mitarbeiter
- 2580 ehrenamtliche Mitarbeiter
- 10 fahrbare Ausbildungs- und Informationseinrichtungen

### Ausbildungswesen:

- Selbstschutz-Grundlehrgänge:
- 2 756 Veranstaltungen
- 61 679 Teilnehmer

### Fachausbildung Brandschutz, Bergung, Sanitätshilfe:

- 506 Veranstaltungen
- 8282 Teilnehmer

### Öffentlichkeitsarbeit:

- Informationsvorträge:
- 702 Veranstaltungen
- 34 870 Teilnehmer

### Fachliche Unterrichtung:

- 135 Veranstaltungen
- 3063 Teilnehmer

### Informationsseminare:

- 27 Veranstaltungen
- 955 Teilnehmer
- 34 Ausstellungen
- 240 Artikel in der Lokalpresse

## Helfer im Einsatz

Am Montag, 13. 11. 72, richtete ein über Wolfsburg wütender Sturm so starke Zerstörungen an, daß die örtlichen Katastrophenschutzorganisationen herangezogen werden mußten. Gegen 11.30 Uhr klingelte auch auf der BVS-Dienststelle das Telefon.

Einige Helfer konnten sofort zusammengefaßt werden, während die übrige Helferschaft durch stillen Alarm herbeigerufen wurde. Schon wenige Minuten nach dem Alarm rückte die erste Gruppe aus, um eine in das Dach eines Kinderheimes gestürzte Linde zu entfernen und das Dach notdürftig abzudecken. Vor eine besondere Schwierigkeit wurden die

Helfer durch die unglückliche Lage des in mehreren Teilen herabgestürzten Baumes gestellt. Die in sich verkeilten Teile drohten die Fensterfront des Kinderheimes einzudrücken. Dies machte besondere Sicherungsvorkehrungen notwendig. Durch die umsichtige Arbeit konnte größerer Schaden abgewendet werden.

Während diese Einsatzgruppe durch neu eintreffende Kräfte ihre Arbeit verstärkt fortsetzte, kamen vier weitere Gruppen an verschiedenen Stellen des Stadtgebietes zum Einsatz. 42 Helfer taten ihren Dienst bis 21.00 Uhr. Sie beseitigten u. a. Bäume von Straßen, geknickte und absturzgefährdete Antennen sowie Verkehrshindernisse. Außerdem deckten sie behelfsmäßig zahlreiche Dächer ab. So halfen sie vielen Bürgern der Stadt nach dem Grundsatz: „Helfen wollen ist gut, helfen können ist besser“.

## Interesse gewachsen

Wie im vorangegangenen Jahr konnte die BVS-Dienststelle Hameln auch 1972 die tausendste Lehrgangsteilnehmerin ehren. Dienststellenleiter Jordan überreichte einer 15jährigen Schülerin Blumen und ein Verbändekissen, Ausbildungsleiter Draheim ein Kochbuch. Jordan führte aus, daß der Bundesverband in Hameln sehr erfolgreich gewesen sei, denn etwa 4 000 Bürger der Stadt haben an einer Grundausbildung teilgenommen. Rektor Sosada, an dessen Volksschule 70 Jungen und Mädchen der neunten Klassen Lehrgänge für Selbstschutz absolvierten, lobte das Verhalten und das große Interesse der Schüler. Er überreichte zwei umfangreiche Mappen, in denen die Lehrgangsteilnehmer anschaulich in Schrift und Bild das Erlernete niedergelegt hatten. Bei dieser Gelegenheit wurde dem Mitarbeiter Arwed Thiele die BVS-Ehrendadel überreicht. Landesstellenleiter Jörn würdigte in seiner Ansprache die Verdienste des früheren Sachbearbeiters für Zivilschutz bei der Stadtverwaltung Hameln, der seit 1961 für den BVS tätig ist. Es sei ihm gelungen, dank seiner Initiative und der Unterstützung

der Stadt Hameln, dem Gedanken der Selbst- und Nächstenhilfe einen gebührenden Platz in der Gesellschaft zu verschaffen.

Der Dezernent für den Zivilschutz in der Stadt Hameln, Stadtrat Belau, fand lobende Worte für die Tätigkeit des BVS und der Katastrophenschutzorganisationen des Stadtbereichs.

## Gemeinsam an einem Strang

In guter Zusammenarbeit mit dem Deutschen Roten Kreuz veranstaltete der BVS im Februar eine Katastrophenschutzausstellung, die zur Mitarbeit anregen, das Gefahrenbewußtsein wecken und zur Teilnahme an den Ausbildungsveranstaltungen von DRK und BVS auffordern sollte.

Nachdem der Gemeindedirektor die von ihm eingeladenen Gäste begrüßt und seine eigenen Aufgaben aufgrund der Vwv-Selbstschutz erläutert hatte, sprach der Fachgebietsleiter der Landesstelle. Unter Hinweis auf die hohe Zahl von Unfallopfern führte Bredemeier aus: „Wir nehmen geradezu mit Gleichmut die Zahl von jährlich 19 000 Verkehrstoten zur Kenntnis. Einer der Gründe für die erschreckend hohe Zahl ist die mangelhafte Hilfe der nichtausgebildeten Mitmenschen. Fachleute sprechen von über 8 000 Menschen, die Jahr für Jahr auf den Straßen sterben, weil sie in den ersten Minuten allein und ohne Hilfe bleiben. Eine erschreckende Erkenntnis und eine ernste Mahnung an alle Menschen, bei denen Gleichgültigkeit und Disengagement schon so sehr die Freizeit beherrschen.“

In der anschließenden Pressebesprechung forderten Gemeindedirektor und Fachgebietsleiter alle Katastrophenschutzorganisationen auf, verstärkt mit den für sie spezifischen Mitteln das Wissen um die Gefahr und das Verantwortungsbewußtsein des Bürgers zu wecken. Den Pressevertretern wurde dabei anhand der Ausstellung eindringlich und plastisch aufgezeigt, daß die Vielfalt der in der Bundesrepublik vorhandenen Katastrophenschutzorganisationen jedem die Möglichkeit biete, nach seiner Veranlagung für die Gemeinschaft tätig zu werden.

## Pressekonferenz

Der Aufruf des Innensenators Helmut Fröhlich und die Aufforderung an die Bevölkerung, an einer Selbstschutzgrundausbildung teilzunehmen, waren für die Landesstelle Anlaß zu einer Berichterstattung vor Presse und Hörfunk im Bremer Rathaus. Hier gaben Landesstellenleiter Hans Umlauf und die Leiter aller Fachgebiete einen ausführlichen Überblick über die Arbeit des BVS. Auf Grund dieser Aufforderung durch den Hauptverwaltungsbeamten werden zusätzliche Grundlehrgänge vorbereitet; schwerpunktmäßig in einzelnen Stadtteilen, in denen entsprechende Ausbildungsräume zur Verfügung gestellt werden.

## Ernst Lindemann geehrt

Mit der Ehrennadel des Verbandes ausgezeichnet wurde der ehemalige Leiter der Fachgebiete Organisation und Öffentlichkeitsarbeit in der Landesstelle, Ernst Lindemann, der nach Erreichen der Altersgrenze im Sommer 1972 in den Ruhestand trat. Lindemann war Mitbegründer des Bundesluftschutzverbandes im Lande Bremen.

Die Auszeichnung wurde Lindemann durch Landesstellenleiter Hans Umlauf und Sachgebietsleiter Erich Broders für seinen vorbildlichen Einsatz bei der Erfüllung seiner Aufgaben im BLSV/BVS in seiner Wohnung überreicht. Seine Ausarbeitungen und Fachvorträge auf allen den Zivilschutz betreffenden Gebieten haben auch außerhalb Bremens Beachtung und Anerkennung gefunden.

## 20 Jahre BVS in Bremerhaven

Der Anteil der freiwilligen Helfer, die noch nicht 25 Jahre alt sind, ist in Bremerhaven auf 53 % gestiegen, teilte Dienststellenleiter Wilhelm Eckhoff mit, als er vor Repräsentanten aus Behörden und dem öffentlichen Leben anlässlich des 20jährigen Bestehens des BVS in Bremerhaven im „Haus des Handwerks“ sprach. Unter den Gästen befanden sich Oberbürgermeister Selge, Stadtverordnetenvorsteher Bernhardt, leitende Herren vom Zivilschutzamt, Persönlichkeiten aus Politik, Handwerk und Industrie, der frühere Landes-

stellenleiter Martin Hecht und der neugewählte BVS-Helfervertreter Dirk-Jans Stelter.

Einen kurzen geschichtlichen Rückblick über die Anfänge des BVS gab Landesstellenleiter Ludwig Müller (Hamburg), der lange Jahre in Bremerhaven wohnhaft und tätig gewesen war. Oberbürgermeister Selge stimmte mit Müller und Eckhoff darin überein, daß die Zusammenarbeit zwischen der „bundesunmittelbaren Körperschaft des öffentlichen Rechts“ und der Stadt nicht besser sein könnte. Hans Umlauf, Leiter der Landesstelle Bremen, der die gute Zusammenarbeit bestätigte und die bisherigen Leistungen der Dienststelle hervorhob, ging in seinem Referat auf die humanitäre und caritative Aufgabe des Selbstschutzes und die politische Aufgabe des BVS ein. BVS-Fachlehrer Peter Freisem versicherte in einem Gespräch vor der Presse, daß neben der Information großer Wert auf die praktische Ausbildung gelegt wird. So haben die Informationsausstellungen der Dienststelle Bremerhaven in Schulen und Berufsschulen zu einer Reihe von Grundlehrgängen innerhalb der Schülerschaft geführt.

## Vor dem ev. Frauenkreis

Die BVS-Dienststelle Wuppertal pflegt seit vielen Jahren Kontakte mit konfessionellen Organisationen. Da hier eine direkte Ansprache der Bevölkerung gegeben ist, will die Dienststelle weitere Kreise erfassen. Als Anfang stand im Januar ein Aufklärungsvortrag vor dem ev. Frauenkreis Wuppertal-Langerfeld. Der Vortrag wurde von 39 Frauen besucht. Die Veranstaltung endete mit dem Ergebnis, daß sich alle Teilnehmerinnen für einen Grundlehrgang meldeten. Zum ersten Lehrgang kamen 21 Frauen, denen sich sieben Ehemänner angeschlossen hatten. Die restlichen Teilnehmer des Aufklärungsvortrages haben ihre Zusage für einen folgenden Lehrgang abgegeben, zu dem weitere Gemeindeglieder erwartet werden.

## „Wie sind unsere Bürger geschützt?“

Ende Januar veranstaltete die Volkshochschule Remscheid im Rahmen der Reihe „Aktuelles Forum“ eine Diskussionsveranstaltung unter dem Thema „Wie sind unsere Bürger geschützt?“ Als Diskussionspartner waren eingeladen: Oberbürgermeister Hartkopf, Bürgermeister Bona, Dienststellenleiter Ehrlich vom BVS und Amtsleiter Ackermann vom Amt für Zivilschutz. Kompetenter Gast des Abends war Ministerialdirektor Hans Arnold Thomsen, Leiter der Abt. ZV im Bundesministerium. Gunter Spies von der Volkshochschule eröffnete die Veranstaltung im Foyer der Stadtbücherei vor etwa 40 Zuhörern. Um den Zuhörern einen Überblick über die Thematik zu geben, bat er die Referenten um einen kurzen Abriß

ihres Aufgabengebietes. Min Dir. Thomsen sprach über die gesetzlichen Grundlagen des Zivilschutzes. Er stellte dabei anfangs besonders heraus, daß alle Zivilschutzmaßnahmen als Vorsorge gedacht und deshalb rechtzeitig, d. h. vor einer Katastrophe, zu planen und durchzuführen sind. Amtsleiter Ackermann sprach über die Aufgaben des Amtes für Zivilschutz. Er wies darauf hin, daß Remscheid über zwei öffentliche Mehrzweck-Schutzanlagen verfüge. Die Stadt habe auch die Folgekosten übernommen, die jährlich zwischen 30 bis 40 000 DM betragen. Den BVS unterstütze die Stadt durch kostenlose Überlassung eines Unterrichtsraumes sowie eines Übungsgeländes. Weiterhin würden monatlich die Termine der Selbstschutz-Grundlehrgänge unter „Amtliche Bekannt-

machungen“ in der Presse bekanntgemacht.

BVS-Dienststellenleiter Ehrlich erläuterte die Aufgaben seines Verbandes. Die Tatsache, daß die Gemeinde für den Aufbau, die Förderung und die Leitung des Selbstschutzes verantwortlich ist, wurde von ihm besonders herausgestellt.

In der anschließenden Diskussion gelang es Min Dir. Thomsen immer wieder, Ansichten aufzuhellen, Mißverständnisse auszuräumen und den Weg aufzuzeigen, der gegangen werden muß, wenn es gelingen soll, unserer Bevölkerung eine Überlebenschance zu geben. Er machte aber deutlich, daß dies ohne bauliche Schutzmaßnahmen nicht möglich ist.

Die Wünsche der drei Diskussionsredner des Forums am Schluß: Weniger Papierkrieg, seufzte der Amtsleiter, mehr Koordination wünschte sich der Vertreter des BVS, mehr Realitätsdenken bei der Beurteilung des Problems durch die Kommunalpolitiker, so Ministerialdirektor Thomsen.

### Oberschüler informiert

Seit Januar ist der BVS Gast im Otto-Hahn-Gymnasium in Herne und hat dort mit Tonbildschauen, Filmen und Referaten 250 Schüler der oberen Klassen über den Zivil-, Katastrophenschutz und Selbstschutz informiert. Die anschließenden Diskussionen bewiesen viel Interesse zu diesem Themenkreis. Erstaunlich hoch war die Zahl der Oberschüler, die sich spontan bereit erklärten, schon am nächsten schulfreien Samstag an einer Selbstschutzausbildung teilzunehmen, so daß die Dienststelle Herne mehrere Unterweisungen einlegen muß.

### Junge Union in Körtlinghausen

In einem verschneiten Sauerland lernten Mitglieder der Jungen Union Solingen den Umgang mit dem Feuerlöscher; lernten, wie man mit einer Decke einen in Flammen lodernden Menschen rettet, und wurden über die Aufgaben des BVS unterrichtet. Fachbearbeiter Volker Cabel von der BVS-Dienststelle Solingen berichtete auf einem Wochenendseminar des BVS auf der Landesschule Schloß Körtlinghausen



Die Gäste aus Solingen lernen einen Feuerlöscher richtig einzusetzen.

von seiner Arbeit in der Klingensstadt. Schulleiter H. D. Awiszus diskutierte mit der politischen Jugendorganisation in der „Düsseldorfer Ecke“ des Schlosses über den Sinn von Selbsthilfemaßnahmen beim Einsatz von modernen Waffen. H. Klesper, Fachlehrer der Schule, und BVS-Lehrer Kersting demonstrierten auf dem Übungsplatz Selbstschutztechniken. Schulleiter Awiszus hielt am zweiten Tage des Seminars einen Vortrag zum Thema Schutzraumbau. Die Mitglieder der Jungen Union waren von der Notwendigkeit von Schutzräumen überzeugt und anerkannten die Notwendigkeit des Selbstschutzes der Bevölkerung.

### Rolle der Architekten

Der BVS hat es sich zur Aufgabe gemacht, nicht nur die Bürgerschaft zu beraten, sondern gezielt auch Behörden, Betriebe und Architekten. Die letztgenannte Gruppe war es, die über die Stadtverwaltung eingeladen worden war, sich an einer derartigen Informationsveranstaltung zu beteiligen. Stadtdirektor Schröder hatte es übernommen, die etwa 20 erschienenen Architekten und selbständigen Ingenieure zu begrüßen. BVS-Dienststellenleiter Edgar Jansen (Düren) wies darauf hin, daß eine wesentliche Unterstützung bei der Verwirklichung von Schutzbauten durch die Architekten ermöglicht werden könne, wenn sie die Bauherren über Art und Kosten eines Schutzraumes beraten. Die vielfältigen Probleme einer solchen Maßnahme zeichnete dann in einem längeren Referat Dipl.-Ing. Potthast auf. Er sprach dabei gleichermaßen über Neubau und Einbau in bestehende Gebäude, Belüftungsprobleme, Wärmeableitung und Notversorgung, Baukosten, Finanzierung und Zuschüsse zum Schutzraumbau.

Für die Architekten mag es besonders interessant gewesen sein, welche baulichen Voraussetzungen für einen theoretisch sicheren Schutzraum berücksichtigt werden müssen; der Bauherr hingegen hat mehr ein offenes Ohr für die Frage, ob es überhaupt eine Überlebenschance gibt.

### Briefe, die uns erreichten

Die Oberpostdirektion Köln schrieb an die örtliche BVS-Dienststelle: „Wir haben für die örtlichen Ausbildungsmaßnahmen unsere Ämter, die zu ihrer Dienststelle orientiert sind, in zwei Ausbildungsgruppen — rechtsrheinisch und linksrheinisch — eingeteilt. Danach sollen alle unsere Dienststellen Kontakt mit Ihnen pflegen, wie es in vielen Fällen der zurückliegenden Zeit bereits mit Erfolg der Fall war.

Damit sie nun nicht stets mit allen Amts-Selbstschutzleitern korrespondieren müssen, haben wir je Gruppe einen federführenden und koordinierenden A-Sel benannt.

Wir nehmen diese Gelegenheit zum Anlaß, Ihnen und Ihren Mitarbeitern für die gute Zusammenarbeit im letzten Jahr besonders zu danken. Die von Ihnen über das übliche Maß hinausgehenden Mühen haben sich in einem guten Ausbildungsgrad unserer bei Ihnen ausgebildeten Helfer niedergeschlagen.“

✱

Oberkreisdirektor Dr. Jansen (Aachen) schrieb an BVS-Dienststellenleiter Janke:

„Ich danke Ihnen für die Übersendung des Leistungsberichtes des Bundesverbandes für den Selbstschutz — Dienststelle Aachen — für das Jahr 1972.

Der Bericht gibt mir Aufschluß darüber, wie tatkräftig und erfolgreich Sie mit Ihrem hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterteam die Herren Stadt- und Gemeindedirektoren des Kreises Aachen in deren Eigenschaft als örtliche Zivilschutzleiter bei der Durchführung der Selbstschutzaufgaben nach dem KatS-Gesetz im vergangenen Jahr unterstützt haben. Ich weiß den persönlichen Einsatz aller Betroffenen des BVS bei der Wahrnehmung des Dienstes zu schätzen und zu würdigen. Ich bitte, allen meinen besten Dank und meine Anerkennung für die erbrachten Leistungen auszusprechen.“



## Info-Tagung für DAG

27 Betriebsratsmitglieder, darunter 4 Damen, des alliierten Dienstes nahmen an einer 16stündigen Informationstagung in Johanniskreuz bei Kaiserslautern teil. Alle gehören der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft an und kommen aus Dienststellen in Kaiserslautern, Zweibrücken, Pirmasens und Kusel. Abteilungsleiter Dieter Renk vom Landesverband Rheinland-Pfalz-Saar der DAG begrüßte die Teilnehmer und wünschte BVS-Fachlehrer Georg Mörscher (Birkenfeld) einen guten Erfolg.

Da es sich bei den Zuhörern um Angehörige betrieblicher Einrichtungen handelte, wurden die Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz besonders beachtet.

Das Thema „Der Zivilschutz in der öffentlichen Meinung“ veranlaßte Teilnehmerinnen zu einer Reihe von Fragen so u. a. warum Frauen so wenig einbezogen würden in den karitativen Dienst des Selbstschutzes. Anscheinend gehe man von der Überlegung aus, Helfen und Leiten seien in erster Linie Männersache. Man habe sie bisher weder im Betrieb noch privat wegen einer Mitarbeit angesprochen. In dieser Informationstagung habe man sie zum ersten Male mit all diesen Gedanken in Berührung gebracht. Sie seien nun gerne bereit, in irgendeiner Form aktiv mitzuarbeiten.

Zum Abschluß der Informationstagung faßte Fachgebietsleiter Viktor Schwarz die einzelnen Punkte noch einmal kurz zusammen.

## Kontakte in Birkenfeld

Zu einem Informations- und Kontaktgespräch über die Aufgaben des BVS trafen sich an der BVS-Schule in Birkenfeld Persönlichkeiten des politischen Lebens, der Verwaltung und des BVS. Neben MdL Jürgen Henze sowie den Herren Horst Stein, Eugen Frühauf und Kurt Hub aus den Vorständen der Regionalvereine der SPD, den Verbandsbürgermeistern Mörschdorf und Schäfer nahm auch der SPD-Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises Bad Kreuznach-Birken-



Landesstellenleiter Kunde (r.) mit dem Bundestagsabgeordneten des Wahlkreises, Staatssekretär a. D. Ahlers.

feld, Staatssekretär a. D. Conrad Ahlers, teil.

Zu Beginn der Tagung behandelte Landesstellenleiter Heinz Kunde wesentliche Punkte der Organisation des BVS und wies auf die Schwierigkeiten des Verbandes bei der Durchführung des gesetzlichen Auftrages hin. Er wisse auch aus unzähligen Gesprächen mit ehrenamtlichen Mitarbeitern im ganzen Land, daß diese vor allem die aktive Unterstützung ihrer Arbeit durch ihre Politiker vermissen. Aber er hoffe, daß die Referate und die darauf folgenden Diskussionen die notwendigen Informationen vermitteln und somit zu einer nutzbringenden Kontaktpflege beitragen würden.

Schulleiter Willi Schnittker sprach über die gesetzlichen Aufgaben des BVS und die Bedeutung der BVS-Schule.

Die sich daran anschließende Besichtigung der Lehr- und Unterkunftseinrichtungen vertiefte sinnvoll das vorher Gesagte. Den Abschluß der Informationstagung bildete eine über Stunden gehende Aussprache, in deren Verlauf alle Anwesenden zu Wort kamen.

## Grundstock gelegt

Ende November/Anfang Dezember 1972 fanden im Bereich der Verbandsgemeinde Boppard zwei Informationsabende statt. BVS-Bezirksstellenleiter Erich Schlicke und

BVS-Lehrer Merten (beide aus Koblenz) gaben im Verlauf ihrer Vorträge einen Einblick über den Aufbau und die Aufgaben des Erweiterten Katastrophenschutzes. Besonders wurde die Selbsthilfe der Bevölkerung im Rahmen des Selbstschutzes behandelt.

Die den Veranstaltungen zahlreich beiwohnenden Bürgermeister der Gemeinden, wie auch die übrigen Teilnehmer begrüßten diese Anregungen, und es ist zu hoffen, daß schon in absehbarer Zeit eine Reihe von Ausbildungsveranstaltungen durchgeführt wird.

## Wahl der Helfervertretungen

Die ehrenamtlichen Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Trier wählten ihre Helfervertretung im Hotel Christoffel. Gewählt wurde Karl Ried, (Saarburg), als Vertreter Hans Schreiner und Alfred May (beide Trier).

\*

Die BVS-Dienststelle Neustadt/Weinstr. hat im Januar die Wahl der Helfervertreter vorgenommen. Das Wahlergebnis konnte in kurzer Zeit der Versammlung bekanntgegeben werden. Gewählt wurden Hilmar Schurig sen. (Bad Dürkheim), Hans Preßmann (Neustadt/Wstr.) und Hans Gottschalk (Neustadt 14).

## Im Ruhestand

Anfang des Jahres ging Josef Rosenkranz in den Ruhestand. Er wurde 1907 im Sudetenland geboren. 1956 wurde er ehrenamtlicher Helfer im BVS, der ihn wenig später als Hilfslehrkraft und Geräteverwalter hauptamtlich anstellte und 1961 mit der Aufgabe des Sachbearbeiters der Landesstelle betraute. Sein sprichwörtlicher Fleiß und seine gute Kameradschaft machten ihn zu einem wertvollen Mitarbeiter, so daß Landesstellenleiter Heinz Kunde bei einer kleinen Abschiedsfeier mit Recht sagen konnte, daß das Ausscheiden von Josef Rosenkranz einen echten Verlust darstelle.

## 80 Lehrgänge geplant

Dank mehrerer Kontaktgespräche mit Dienststellen des „US-Army Engineer District Hessen“ erhielt die BVS-Dienststelle Frankfurt eine Einladung zu einer Sicherheitskonferenz. Den dort anwesenden Führungskräften und Sicherheitsbeauftragten der US-Army konnten auf diese Weise die Anliegen des Bundesverbandes für den Selbstschutz vorgetragen werden.

Bei der sich anschließenden Diskussion wurde beschlossen, zunächst sämtliche Zivilbedienstete in Frankfurt in Aufklärungsvorträgen und Grundlehrgängen zu schulen.

Nachdem die ersten Lehrgänge in Frankfurt zum Jahresende 72 durchgeführt waren, wurde begonnen, die Ausbildung auf Darmstadt, Hanau, Gießen und Fulda auszuweiten. Insgesamt sind rund 80

Lehrgänge vorgesehen. Gute Zusammenarbeit mit der amerikanischen Berufsfeuerwehr ermöglicht es, auf Besonderheiten der Brandverhütung und Brandbekämpfung im Dienstbereich der Angestellten einzugehen.



V. I.: BVS-Dienststellenleiter Kirsch, Colonel Sontag und Safetymanager Lippert.

Die Ausbildung findet großen Anklang, was schon aus der Tatsache hervorgeht, daß mehrere Lehrgangsteilnehmer ihre Familienangehörigen ebenfalls ausbilden lassen.



Das Foto zeigt, wie Zivilbedienstete der US-Army das Aufnehmen eines Verletzten üben.

## Ausbildung meines Schäferhundes zum Rettungshund

Angeregt durch eine Zeitungsanzeige des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Dienststelle Reutlingen, hatte ich mich entschlossen, meinen Schäferhund „Lexa von der Rappeshalde“ nach Ablegung der Schutzhundeprüfung I, der Hund erhielt für seine Nasenarbeit 97 Punkte von 100 möglichen, zur Ausbildung als Rettungshund anzumelden.

Die Zeit bis zu meinem Termin an der BVS-Schule in Tutzing am Starnberger See konnte ich gut nutzen, so daß wir noch die Schutzhundeprüfung II mit vollem Erfolg ablegen konnten.

Endlich war es soweit. In Tutzing empfing uns Ausbildungsleiter und Richter Mußgiller freundlich. Die Hunde der 8 Teilnehmer wurden sofort in die sehr schönen Zwinger gebracht. Wir Hundeführer bezogen die guten Zweibettzimmer. Anschließend erfolgte die Begrüßung durch Schulleiter Bild. Nach der theoretischen Einführung

durch Herrn Mußgiller mit Filmvorführung über die Ausbildung der Rettungshunde ging es sofort in das Übungsgelände.

1. Jeder Hundeführer hatte mit seinem Hund alle im Kreis aufgestellten Hundeführer zweimal links herum zu umgehen (damit die Hunde sehr nahe aneinander vorbei mußten) und vorzusitzen. Dann wurde, während sich die Hunde im Kreis bewegen mußten, mehrmals geschossen, um das „Wesen“ jedes Hundes zu prüfen.

2. Jeder Hund mußte ein Brett von 5 m Länge, das an den Enden 1/2 m hoch unterlegt war, zuerst mit und dann ohne Leine überschreiten, wobei der Hund in der Mitte stehenbleiben mußte. Das Brett wurde angekippt, damit es stark schaukelte.

3. Der Hundeführer beging mit seinem angeleiteten Hund ein Trümmerfeld, überquerte dieses der Länge nach, und ließ den Hund durch eine Dachluke ein- und ausspringen, leinte den Hund ab und ging das Trümmerfeld mit dem angeleiteten Hund zurück. Der Hund

wurde wieder angeleint und in eine Hausruine geführt. Dort wurde er auf einem provisorischen Aufgang nach oben und über eine steile, offene Treppe wieder nach unten geführt. Der Hund mußte durch ein Fenster hinaus- und wieder hineinspringen und dann abgeleint alles wiederholen.

4. Das Trümmergelände ist mit einer „Spinne“ aus Betonröhren unterbaut. Jeder Hund muß, um mit solchen Schwierigkeiten vertraut zu werden, diese „Spinne“ durch Einspringen und Ausspringen durch verschiedene Schächte durchstößern.

5. Um dem Hund klarzumachen, was nun seine Aufgabe ist, wird zunächst sein eigener Herr in einem dieser Schächte versteckt und mit Steinen abgedeckt. Der Hund wird dann von einem Hundeführer (dem der Hund vorher zu übergeben ist) auf das Trümmergelände geführt und angewiesen, sein Herrchen zu suchen. Dies ist mit den meisten Hunden sehr gut gegangen, und auch mein Hund hat mich sofort gefunden. Der Hund zeigt durch starke Rutenschläge und Scharren

sehr deutlich an, wenn er seinen Herrn gefunden hat.

6. Es wird nun ein Schacht durch einen Helfer besetzt und sehr gut abgedeckt. Der Helfer muß eine gewisse Zeitspanne im Versteck sein, damit sich für den Hund genügend Witterung ansammelt. Danach meldet sich der Hundeführer mit seinem Hund zum Einsatz bereit. Er bekommt den Auftrag, den Hund auf das Trümmergelände zu führen, ihn abzuleinen, das Halsband abzunehmen, den Hund über das Gelände zu führen und eine verschüttete Person zu finden, wobei der Hund die Anweisung erhält: Such! Hilf! Wenn dann der Hund an einer Stelle gut und deutlich anzeigt, daß er etwas gefunden hat, leint der Hundeführer den Hund an. Die Helfer kommen, öffnen das Versteck, und der Hund bekommt eine Belohnung.

7. Jetzt werden zwei Helfer versteckt, natürlich an verschiedenen Stellen und jeder Hund hat diese, wie unter 6 beschrieben, zu finden.

8. Es werden wieder zwei Helfer versteckt, wobei die Verstecke immer gewechselt werden. Hinzu kommen Feuer, starker Rauch und ständiges Schießen während der Rettungssuche.

9. Der Schwierigkeitsgrad wird erhöht. Zwei Helfer werden im Haus und außerhalb des Trümmerberges versteckt und müssen wiederum unter Feuer, Rauchen und Schießen gefunden werden.

Nachdem unsere Hunde durch die unter 1—9 beschriebenen Übungen genügend geschult waren, wurde die Rettungshunde-Vorprüfung durchgeführt.

Wir Hundeführer mußten, während auf dem Übungsgelände die Vorbereitungen getroffen wurden, im Schulgebäude bleiben. Es wurden 2 Helfer versteckt, wir durften jedoch nicht wissen, wo diese waren. Die Reihenfolge wurde ausgelost, und wir mußten zu einer festgelegten Zeit mit unserem Hund am Übungsgelände eintreffen. Dort bekamen wir den Auftrag, mit unserem Hund zwei verschüttete Personen zu suchen, was wiederum durch Feuer, Rauch und Schießen erschwert wurde. Diese Verschütteten-darsteller hat mein Hund in kurzer Zeit gefunden und damit die RH-Vorprüfung bestanden.

Nachdem unsere Schulung mit RH-Vorprüfung gut verlaufen war, konnte Herr Mußgiller allen 8 Hundeführern zu der bestandenen Prüfung

gratulieren. Nun wurden die Hundezwinger gereinigt, die Arbeitskleidung wieder abgegeben, wir erhielten unsere Papiere und konnten nach dem Mittagessen die Heimreise antreten.

Da die Ausbildung zum RH aus zwei Abschnitten besteht, hatte mich Herr Mußgiller zur zweiten Schulung mit RH-Prüfung, die einen Monat später stattfand, eingeladen.

Der Schulungsablauf mit den Übungen erfolgte etwa in der gleichen Weise. Die Hunde mußten nun zeigen, was sie gelernt hatten, denn der Schulungsablauf und besonders die Prüfung waren für sie schwerer zu bewältigen.

Bei der Prüfung mußte der Hund drei verschüttete Personen innerhalb von 20 Minuten finden, wobei noch mehr Erschwernisse durch Feuer, Rauch und Schießen angewendet wurden. Mein Hund Lexa hat diese drei Helfer in etwa 6 Minuten gefunden und somit die RH-Prüfung gut bestanden.

Da ich mit meinem Hund beide Male mit etwas gemischten Gefühlen nach Tutzing gefahren bin, konnte ich nach dem abschließenden Mittagessen mit gutem Gewissen die Heimreise antreten. Denn ein Rettungshund soll ja im Ernstfall retten können, und ich hoffe, daß mein Hund nach diesem Prüfungsablauf dazu auch fähig ist.

Abschließend will ich nicht versäumen noch zum Ausdruck zu bringen, daß die Unterbringung und auch die Verpflegung in der BVS-Schule in Tutzing sehr gut waren, ebenfalls verdient Herr Mußgiller Dank, denn er hat die Schulungen sowie die Prüfungen in sehr fairer Weise durchgeführt. Hundebesitzern kann ich die Teilnahme an der RH-Ausbildung nur empfehlen.

Hans Müller

### **Arbeitstagung der Bediensteten**

Die hauptamtlichen BVS-Dienststellenleiter, Fachbearbeiter und Schreibkräfte der Landesstelle waren zu einer Arbeitstagung in die BVS-Schule Birkenfeld gekommen.

Im Eröffnungsreferat würdigte Landesstellenleiter Görnemann die durch persönliches Engagement der Bediensteten erreichten Leistungen des vergangenen Jahres. Mit Interesse folgten alle Teilnehmer seinen Ausführungen zur gegenwärtigen Situation des Verbandes und den richtunggebenden Anweisungen für die zukünftige Arbeit.

Die Referate der Fach- und Sachgebietsleiter sollten Hilfen zum Verständnis der vielen, z. T. auf Grund der neuen Rechtslage notwendig gewordenen Anordnungen vermitteln. Diesem Ziel dienten in hervorragender Weise auch die Ausführungen von Verwaltungsrat Schröder (BHSt) und des Vorsitzenden Straube vom Hauptpersonalrat.

Erstmals nahmen auch die Schreib- und Bürohilfskräfte an einer derartigen Tagung teil. Den Damen wurde — in gesonderter Unterrichtung — der große Rahmen der BVS-Tätigkeit vorgestellt, damit ihnen die Zusammenhänge geläufig, Interesse und Verständnis geweckt würden. Der Erfahrungsaustausch kam nicht zu kurz, so daß als sicher angenommen werden kann: Jeder Teilnehmer hat neue Anregungen und Impulse für die Arbeit in seiner Dienststelle empfangen.

Der letztmals in diesem Kreise anwesende Fachbearbeiter der Dienststelle Ulm Ewald Gürntke, der nach 14-jähriger Tätigkeit wegen Erreichens der Altersgrenze als hauptamtlicher Mitarbeiter ausscheidet, wurde bei dieser Gelegenheit vom Landesstellenleiter mit Anerkennung seines Wirkens verabschiedet. Er wird, so versicherte er, weiterhin — nun ehrenamtlich — tätig bleiben.

### **Nächtliche Einsatzübung**

Am Anfang war es nur eine Idee: Man sollte doch einmal mit den Rettungshunden an einer richtigen Trümmerstelle arbeiten. Eines Tages war es soweit. In einem Konstanzer Vorort sollten zwei Häuser abgebrochen werden. Der Unternehmer zeigte Verständnis für unser Vorhaben und gab die Erlaubnis, vor Beginn der Abbrucharbeiten dort die Rettungshundeübung durchzuführen.

Wände wurden von uns zum Teil herausgeschlagen, Decken durchbrochen, Türen und Fenster zerstört. Außerdem wurde das Treppenhaus mit Trümmern belegt. Eine Stunde vor Übungsbeginn wurden fünf Helfer in die Verstecke in drei Stockwerken gebracht.

Die Dunkelheit war hereingebrochen, die Verstecke gut verwittert, der erste Hund konnte angesetzt werden. Vom Keller bis zum Speicher wurde Raum für Raum abgesucht. Auf der stark vertrümmerten Treppe bewegten sich die Hunde, als sei es ebenes Gelände. So wurden nach und nach die Verstecke aufgespürt. Die Helfer

gingen wieder in die Verstecke. Das wurde noch viermal wiederholt. Welche Erfahrungen brachte nun diese nächtliche Übung in einem Trümmerhaus?

1. Hundeführer und Hunde arbeiten in völlig fremder Umgebung.
2. Die Zusammenarbeit zwischen Hundeführer und Hund wird vor ganz andere Probleme gestellt als im BVS-Übungsgelände.
3. Die Ablenkung ist besonders groß, sei es durch nachrutschende Trümmer, durch Handscheinwerfer von Hundeführern und Helfern und deren Zurufe in der Dunkelheit, durch blendende Straßenlaternen oder durch neugierige Straßenpassanten. Allen Dienststellen mit Rettungshunden bleibt nur zu raten, auch einmal eine solche Übung im unbekannten Trümmerhaus bei Nacht zu machen.

### 15.000. Teilnehmerin

Die Dienststelle Reutlingen konnte in Mittelstadt beim sechshundertfünfzigsten Lehrgang den fünfzehntausendsten Teilnehmer begrüßen.



In Mittelstadt konnte die Dienststelle Reutlingen die 15 000. Teilnehmerin an einem Lehrgang begrüßen.

Für Autofahrerin Ottilie Kühnel war der überreichte Verbandkasten ein geradezu ideales Präsent. In einer kurzen Ansprache wies Dienststellenleiter Holder nochmals auf die Wichtigkeit dieser Kurse hin. Ein Vertreter der Gemeinde überreichte im Namen von Bürgermeister Drissner Blumen.

### Selbstschutz Ulm zog Bilanz

Die Helfer der Dienststelle Ulm trafen sich in der „Krone“ in Söflingen. Dienststellenleiter Helmut Falk konnte neben den Vertretern der BVS-

Landesstelle auch Oberbürgermeister Dr. Lorenser und Udo Botzenhart begrüßen.

Das Beisammensein, so Helmut Falk, diene in erster Linie der Kontaktpflege, aber es solle auch an ein 20jähriges Wirken in Ulm erinnern. Heute wie damals gelte es, die Bevölkerung über Maßnahmen im Selbstschutz aufzuklären und zu unterrichten.

Seinem Katalog der Veranstaltungen war zu entnehmen, daß zwischen dem 1. 1. 1968 und dem 30. 6. 1972 103 Informations- und Aufklärungsveranstaltungen mit 6636 Teilnehmern, zwei Ausstellungen mit 54 000 Besuchern, aktives Mitwirken an drei Nabada-Wasserfestzügen mit 140 Leuten des BVS stattgefunden hatten. Außerdem seien bei 187 Lehrgängen für Grundausbildung 3939 Teilnehmer, bei 87 Fachausbildungskursen mit jeweils 16 Stunden 1454 Teilnehmer registriert worden.

Als schönes Ergebnis könnten auch die 247 zweistündigen Fachunterrichtungen für Schüler des neunten Schuljahres im Stadt- und Landkreis Ulm mit 5929 Teilnehmern gewertet werden. Ferner seien 302 Arbeitsgemeinschaften und Selbstschutzübungen von jeweils 34 ehrenamtlichen Helfern besucht worden. Immerhin könne die Dienststelle heute 120 aktive Helfer aufweisen.

Nachdem Fachgebietsleiter Friedrich Zürcher die neue Satzung und die darin enthaltene Helfervertretung eingehend erläutert hatte, nahm Fachgebietsleiter de la Porte eine Reihe von Ehrungen verdienstvoller Aktiver und Bediensteter vor. So erhielten Hella Dronia, Ausbildungsleiterin in der Laienhilfe; Dietmar Greißing, Fachlehrer für Brandschutz, und Robert Schlaier, Fachlehrer für Bergung, die Ehrennadel des BVS. Ausbildungsleiter Ewald Gürntke wurde für seine 25jährige Dienstzeit im Öffentlichen Dienst mit Urkunde und Dankschreiben ausgezeichnet; außerdem erhielt Heinrich Wacker, der aus gesundheitlichen Gründen aus dem aktiven Dienst als hauptamtlicher Ausbilder ausscheidet, eine Urkunde.

Oberbürgermeister Dr. Lorenser würdigte die Arbeit des BVS und die seiner aktiven und ehrenamtlichen Helfer. Die Bilanz der Veranstaltungen zeige, daß dank der Initiative der Ulmer Dienststelle der Gedanke des Selbstschutzes ein gutes Stück weitergekommen sei.

### Einspruch, lieber Kollege!

Neugierig gemacht durch die Überschrift „Aufklärung“ im Unterricht in Heft 12/72 (Seite 37) unseres ZS-Magazins wandelte sich diese Neugier bei weiterem Lesen von „Dienstüberwachung“ und „argwöhnisch lauerndem Bleistift“ zunächst in gelindes Erstaunen. Als ich dann von Verfügungen und Verboten lesen mußte, die das Üben mit Vertreterinnen des anderen Geschlechts ganz streng untersagen, mußte ich mich der eigenen Unwissenheit (und einiger hierorts befragter Kollegen) zutiefst schämen. War mir doch derartiges in all den Jahren seit 1961 restlos entgangen.

Wer, wie ich, in einigen hundert Lehrgängen mit Teilnehmerinnen im Alter von 14 bis 75 Jahren zu tun hatte, der kommt zu der Überzeugung, daß die „Tanzstundenetikette unserer Großmütter“ hierbei nicht mehr am Platze ist.

Wir bemühen uns, in Aufklärung und Ausbildung dem anderen Geschlecht im Zeichen der Gleichberechtigung die zwingende Verpflichtung zur Hilfeleistung allen Hilfsbedürftigen gegenüber einzupflanzen. Dies aber ohne Ansicht des Geschlechts, der Hautfarbe, des Parteibuchs oder der Haarlänge. Im Ernstfalle fragt kein Opfer, wie sein Helfer aussieht, und fühlt sich ganz bestimmt nicht „unsittlich“ berührt. Es ist nur froh, daß ihm oder ihr geholfen wird. Diese Hilfe aber muß geübt werden, immer und immer wieder. Daß es dabei nicht zu Mißgriffen kommt, ist Sache des Lehrers oder Fachlehrers. Die Teilnehmer selbst, besonders in den gemischten Klassen unserer Schulen finden beim gemeinsamen Üben gar nichts Außergewöhnliches.

Was mir aber bei den oben erwähnten „Verfügungen und Verboten“ besonders bedenklich erscheint, ist die dadurch bewirkte Verunsicherung unserer Lehrkräfte, besonders der neu eingesetzten, die dann nur noch demonstrieren, während das Üben aller Teilnehmer bei Brustbund, Seitenlage, Rautegriffen, Atemspende usw. zwingend vorgeschrieben ist. Dabei muß man korrigierend eingreifen können, was nicht ohne Berührung möglich sein wird. Oder müßte man dazu noch eine Lehrerin bei sich haben?

Als Glosse und als heiterer Ratgeber zur Frage der Geschlechtsbestimmung gefällt mir der Artikel sehr. Sachlich jedoch kann ich diese „Rühr-mich-nicht-an-Taktik“ nicht unwidersprochen hinnehmen.

H. Bastian

## Zur Nachahmung

Das Amts- und Mitteilungsblatt des Landkreises Ansbach gab im Februar einen Überblick über das Wirken und die Aufgaben des BVS. In dieser Bekanntmachung wird die Aufgabe des BVS als bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts, die Gemeinden bei der Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz zu unterstützen, unterstrichen und das Ausbildungsprogramm umrissen. Abschließend wird auf den kostenlosen und freiwilligen Besuch solcher Kurse hingewiesen, die auch als Nachweis über die Unterweisung in Sofortmaßnahmen am Unfallort gelten. Nachahmenswert ist auch das Ersuchen, den Besuch solcher Kurse zu fördern.

## Bürger hat Rechtsanspruch

Dienststellenleiter, Selbstschutzlehrer und Beauftragte des BVS aus ganz Niederbayern tagten in Deggendorf-Fischerdorf. Der Einladung der Bezirksstelle Niederbayern waren neben dem Leiter der Landesstelle Bayern, Frhr. v. Leoprechting, auch Kommunalpolitiker gefolgt, so u. a. Oberbürgermeister Heckscher (Deggendorf), MdB Handlos (Regen), MdB Dittmeier und MdB Praml (Plattling) sowie Kreisrat und Fraktionsführer Götze und Bundeswahlkreisführer Wallner.

Bezirksstellenleiter Zimmermann (Landshut) wies in seiner Einführung auf die gute und gedeihliche Zusammenarbeit mit allen Behörden und Dienststellen seines Bereichs hin. In seinen Ausführungen stellte er den klaren gesetzlichen Auftrag des Verbandes als Grundlage der zivilen Verteidigung heraus und erläuterte die dem BVS nach dem Katastrophenschutzgesetz und nach den Richtlinien und Weisungen vom Bundesminister des Innern übertragenen Aufgaben. Landesstellenleiter Frhr. v. Leoprechting nahm in seinem Vortrag zu den Leitmotiven der BVS-Arbeit und zu aktuellen Anlässen Stellung. Er hob hervor, wie wichtig es sei, daß der Bürger erkenne, daß er einen Rechts-

anspruch auf Selbstschutzausbildung habe. Um diese Erkenntnis dem Bürger näherzubringen, müsse der Selbstschutzgedanke mit mehr Nachdruck in die Öffentlichkeit getragen werden. Die Kreisreform bringe eine Umstruktuirung der BVS-Dienststellen mit sich; die Arbeit gehe weiter. Mehr Verständnis und Mitarbeit aus den Reihen der Bevölkerung seien erforderliche Voraussetzungen. Es sei darum notwendig, durch stete Werbung neue freiwillige Helfer für den BVS zu gewinnen.

## Unermüdlich aktiv

Im Rahmen der monatlichen Arbeitsgemeinschaft aus dem westlichen Dienstbereich der Dienststelle Ansbach wurden Dr. Georg Birnbach und Michael Moll in Anerkennung ihrer beispielgebenden Mitarbeit für 10- bzw. 15jährige Tätigkeit im Verband durch Bezirksstellenleiter Breu ausgezeichnet.

Dienststellenleiter Peter würdigte ihre unerermüdliche Arbeit, ihre Einsatzbereitschaft und ihr Können, das sie dem Verband und der Dienststelle über viele Jahre hinaus gegeben haben. Mit einem Geschenk wurden beide Mitarbeiter, die nun in den verdienten Ruhestand treten, verabschiedet.

Wie sehr sich Dr. Birnbach und Michael Moll im Bereich der Dienststelle Ansbach Achtung und Wertschätzung erfreuen, zeigte sich daran, daß sich eine große Anzahl der ehrenamtlichen Mitarbeiter zu dieser Arbeitsgemeinschaft eingefunden hatten.

## Mitarbeit gewürdigt

Im Rahmen einer Feierstunde wurden in Lauf verdiente Mitarbeiter für langjährige ehrenamtliche Tätigkeit im BVS geehrt. Außerdem wurde der Film „Und wer hilft dann?“ vorgeführt. Heinz Lenneps, der Leiter der BVS-Dienststelle Erlangen, überreichte Ehrenurkunden an die Beauftragten Walter Dahl (Altensittenbach), Hans Raum (Lauf) und Rudolf Rauch (Röthenbach) für 15 Jahre sowie an

Alfred Prassek (Lauf) für 10 Jahre treue Mitarbeit in der Rettungsstaffel des Selbstschutzzuges. Der besondere Dank galt Walter Dahl, der sich schon in den Gründungsjahren des Verbandes verdient gemacht hat. Walter Dahl bedankte sich im Namen der Geehrten. Er bedauerte, daß der Verband immer noch im Schatten der Öffentlichkeit stehe und sprach den Wunsch aus, dem BVS möge es mit der Zeit gelingen, eine größere Aufwertung seiner Tätigkeit bei der Bevölkerung zu erlangen.

## Langzeitplanung lohnt

Schon Jahre vor der im vergangenen Jahre durchgeführten Verwaltungsreform hatte die Landesstelle Bayern vorausschauend eine Neugliederung und Zusammenfassung von hauptamtlichen Dienststellen verwirklicht. Somit gehören zu dem neu geschaffenen Landkreis „Ostallgäu“ die Landkreise Kaufbeuren, Marktoberndorf und Füssen; sie decken sich mit dem Bereich der BVS-Dienststelle mit Sitz in Kaufbeuren. Bei der Jahresschlußbesprechung gab Dienststellenleiter Erwin Elbl den Tätigkeitsbericht bekannt. So wurden 1972 102 Grundlehrgänge mit 2429 Teilnehmern durchgeführt. 501 Helfer beteiligten sich an 32 Fachlehrgängen. An 122 Informationsveranstaltungen nahmen 3840 Interessenten teil, 23 Mitarbeiter besuchten die Landes- bzw. Bundeschule.

Dienststellenleiter Elbl sprach den hauptberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern Dank und Anerkennung aus. Vor allem aber wies er darauf hin, daß diese erfolgreichen Ausbildungs- und Informationsergebnisse nur erzielt werden konnten, weil eine sorgfältig vorbereitete „Langzeitplanung“ von der aufopfernden Bereitschaft jedes einzelnen Mitarbeiters zur tätigen Mitarbeit ergänzt worden sei.

## Bürgermeister in Tutzing

33 Bürgermeister und deren Vertreter aus dem Großlandkreis Amberg/Opf. wurden erstmals in einer Informations-tagung mit den neuen Verwaltungs-

vorschriften über den Aufbau, die Förderung und die Leitung des Selbstschutzes bekannt gemacht. Dabei wurde die Verantwortlichkeit des Bürgermeisters herausgestellt, die sich aus der Notwendigkeit der zivilen Verteidigung ergibt.

Wilhelm Ritzmann (Fürth) erläuterte die Neuerungen, die sich für den einzelnen Bürgermeister aus dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes ergeben. Er hob hierbei besonders den Katalog der Aufgaben einer Gemeinde zur Vorbereitung und Durchführung des Zivilschutzes hervor und betonte, daß auch die besondere Leistungsfähigkeit der Frau mit einbezogen werden müsse. Selbstschutz sei aus der Gemeinde für die Gemeinde zu besorgen. Kernproblem für die Bürgermeister sei es, einen guten Selbstschutzberater, der innerhalb einer Gemeinde Gewicht haben müsse, zu gewinnen. Es sei daran gedacht, diesen Personenkreis in den nächsten Jahren an der BVS-Schule Bayern entsprechend heranzubilden. Initiativen hierfür ergäben sich aus der Zusammenarbeit zwischen Landratsamt und der BVS-Dienststelle Amberg. Gerhard Bild und Eberhard Bär sprachen über die Wirkung moderner Angriffswaffen. Die Zuhörer erfuhren interessante Details über biologische, chemische und nukleare Waffen und die erforderlichen Schutzvorkehrungen. In diesem Zusammenhang wurde auch der Schutzraumbau in Einzelheiten besprochen.

Amtmann Erich Hiltl, Leiter der dreitägigen Informationsfahrt, bedankte sich im Namen aller Teilnehmer bei den Referenten und versprach, sich um einen verstärkten Aufbau des Selbstschutzes im Landkreis Amberg zu kümmern.

### Helfer geehrt

Im Bereich der Dienststelle Eggenfelden führte Dienststellenleiter Max Müller mehrere Arbeitstagungen durch, um Bürgermeister und Helfer des Verbandes auf die Aufgaben aufmerksam zu machen, die jetzt im Laufe der kommenden Zeit zu lösen sind. Im besonderen befaßte sich der Dienststellenleiter mit der Gewinnung von Selbstschutz-Beratern in den Gemeinden. Ein Höhepunkt dieser Tagungen war die Verleihung von Ehrenurkunden an verdiente Helfer. Es sind dies Güther Hampel (Jägerndorf),

Ludwig Straubinger (Sattlern), Johann Unertl (Roßbach), Josef Bürkl (Falkenberg), Michael Gremmelsberger (Rimbach), Georg Heiß (Kohlstorf), Alois Hintereder (Schönau), Josef Huber (Massing), Josef Schifer (Zell), Theodor Baumgartner (Taufkirchen), Johann Kagerer (Thanndorf), Erwin Michler (Reicheneibach), Josef Putz (Schönau) und Rudolf Wende (Anzenkirchen). Aus der Hand des Landesstellenleiters Frhr. von Leoprechting erhielten Ehrenurkunden anlässlich der Selbstschutztage in Landshut bereits Dienststellenleiter Müller für 20jährige und Karl Egglhuber (Unterstock) für 15jährige Arbeit im BVS.

### Mit 1972 zufrieden

Die Helfer der Dienststelle Deggendorf versammelten sich im Lehrsaal der Diensträume. Dienststellenleiter Koitek wies darauf hin, daß der BVS einen besonders schwierigen Auftrag zu erfüllen habe. „Wir sind auch 1972 unseren Aufgaben und Pflichten, die mit der Aufklärung und der Ausbildung der Bevölkerung im Selbstschutz gegeben sind, voll und ganz nachgekommen. Unsere Leistungen konnten nur durch kameradschaftliche Arbeit bewältigt werden.“ Seine Dankadresse an die Mitarbeiter dehnte er aus auf den Landrat, den Oberbürgermeister, das Stadtbauamt, mehrere Deggendorfer Firmen und das Pionier-Btl. Bogen, die allesamt beim Ausbau des Übungsplatzes in der Eginger Straße mitgewirkt haben. Anschließend würdigte Landrat Fritsch die Leistungen des BVS im abgelaufenen Jahr. Als besondere Anerkennung überreichte er das große Landkreiswappen. Auch Oberbürgermeister Heckscher fand anerkennende Worte. Er dankte allen Mitarbeitern für die aufopfernde Tätigkeit und erklärte, daß er weiterhin wie bisher den BVS unterstützen werde. Anschließend gab Fachbearbeiter I/II Alfred Bandemer seinen Tätigkeitsbericht ab. Dabei brachte er zum Ausdruck, daß ihm weiter daran gelegen sei, neue Mitarbeiter zu gewinnen. Allerdings habe er dabei einen strengen Maßstab angelegt; denn ihm liege nur an der Mitwirkung von Leuten mit Interesse, die auch bei der Sache bleiben. Die Personalkartei ist deshalb etwas kleiner geworden, dafür aber „inhaltsreicher“.

Als bedauerlich bezeichnete es der Fachbearbeiter, daß sich die Gebietsreform noch nicht beim Selbstschutz ausgewirkt habe, wodurch die gesamte Organisationsarbeit erschwert werde.

Ausbildungsleiter Rudolf Hackl zeigte anhand von Dias den weiträumigen Dienstbereich, was die oft langen Anfahrten zu Veranstaltungen erklärt. In insgesamt 197 Veranstaltungen konnten 4679 Teilnehmer ausgebildet werden. Dabei wurde besonders die Arbeit der Verantwortlichen der Fahrbaren Schule, Herbert Haas und Herbert Unverdorben, gewürdigt. Besonderer Dank wurde auch den ehrenamtlichen Mitarbeitern Willi Volkmer, Frau Reitberger und der Sekretärin Frau Vogl abgestattet.

Ferdinand Ehrhardt berichtete über die Öffentlichkeitsarbeit. Insgesamt waren es neun Veranstaltungen ohne Film mit 511 Teilnehmern und 31 Veranstaltungen mit Film mit 1200 Besuchern.

Auch über den vorbildlichen Stand in der Bauberatung und in der Frauenarbeit wurden lobende Worte gefunden.

Dienststellenleiter Koitek dankte abschließend allen seinen Mitarbeitern und konnte als besondere Anerkennung dem Fachbearbeiter I/II Alfred Bandemer für seine langjährige Tätigkeit eine Ehrenurkunde überreichen.

### Uns unvergessen

Die Dienststelle Fürth hat am 5. Februar einen ihrer ältesten Mitarbeiter verloren. Nach längerer Krankheit starb im Alter von 67 Jahren Karl Kröller. Er wurde im September 1955 Helfer im BLSV und erwarb im Juni 1958 die Lehrberechtigung. Zu seiner Lehrtätigkeit übernahm er 1959 die Tätigkeit des Fachbearbeiters V (II 3). Am 1. April 1961 wurde er im Einvernehmen mit der Stadt Fürth zum BVS-Beauftragten für den ZS-Teilabschnitt I Fürth berufen. Allen Mitarbeitern der Dienststelle war Karl Kröller ein aufrichtiger und liebenswerter Kamerad.

Dienststellenleiter Kammerlohr begleitete mit vier seiner Mitarbeiter Karl Kröller zur letzten Ruhe. Wilhelm Ritzmann (früher Leiter der BLSV-Ortsstelle Fürth) sprach die Dankesworte für die langjährige Mitarbeit und legte als äußeres Zeichen des Gedenkens einen Kranz nieder.

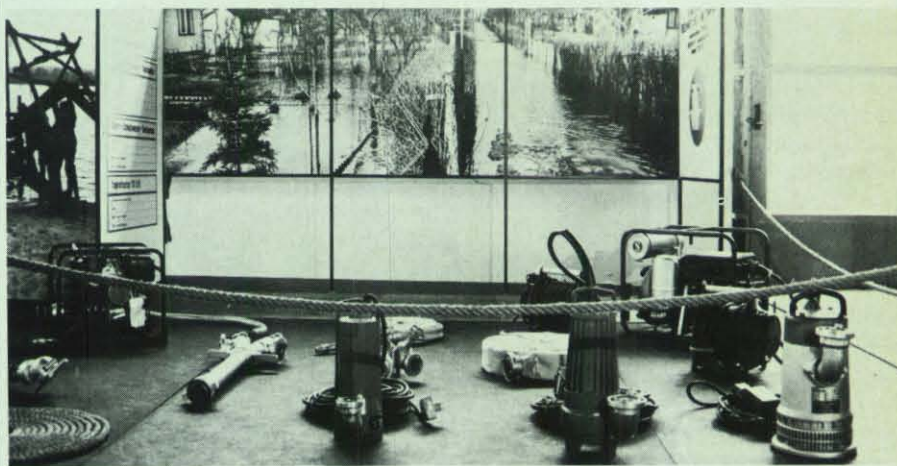
## THW auf der Internationalen Boots- und Freizeitschau 1973

Berlin ist eine Messestadt. 16 verschiedene Messen und Ausstellungen werden in diesem Jahr in den Messehallen unter dem Berliner Funkturm veranstaltet. Anschließend an die weltbekannte „Grüne Woche“ ziehen die Aussteller der „Internationalen Boots- und Freizeitschau“ in die Messehallen ein. Es ist schon eine jahrelange Tradition, daß im Rahmen dieser Ausstellung auch die Sicherheitsbehörden, die Berliner Feuerwehr und sämtliche Hilfsorganisationen sich darstellen. Entsprechend dem Ausstellungscharakter „Wasser und Freizeit“ ist man bestrebt, solche Gebiete herauszustellen, die diesem Motto im weitesten Sinne entsprechen. Auf 150 qm Ausstellungsfläche haben wir versucht, das THW der Öffentlichkeit noch besser bekanntzumachen, mit den Besuchern ins Gespräch zu kommen und nicht zuletzt natürlich auch Helfer zu werben.

In den Mittelpunkt des ausgestellten Gerätes stellten wir die neuen P-Sätze mit den Elektro-Tauchpumpen und die Trinkwasseraufbereitungsanlage. Vor einem Breitwandfoto mit dem Motiv eines überschwemmten Wohn- und Freizeitgebietes in Berlin-Neukölln wurden die Pumpen mit sämtlichem Zubehör aufgebaut. Da Pumpen auf dem Trockenen zwar sehr hübsch aussehen mögen, die Beschreibungen der Leistungen für den Fachmann auch noch recht interessant sein können, sagen sie dem Laien jedoch recht wenig. Nun ist es natürlich auch nicht ganz einfach, eine 1000-Liter-Pumpe in einer Messehalle im Betrieb zu zeigen. Aber es geht doch. In einem Rohwasserbehälter (8 m<sup>3</sup>) der Trinkwasseraufbereitungsanlage wurde eine 1000-Liter-Pumpe eingebracht. Auf ein Steigrohr 65 mm wurde eine B-Kupplung mit Innengewinde geschraubt, das dann mit der Pumpe verbunden wurde. Oben auf das Steigrohr wurde ein T-Stück mit zwei 90°-Bögen angeschraubt, so daß das gepumpte Wasser direkt wieder in den Behälter zurückfloß. Auf diese Weise arbeitete die Pumpe elf Stunden je Ausstellungstag und bot den Besuchern ein interessantes und geheimnisvolles Wasserspiel,



THW Berlin mit Tauchpumpen und TS 2/5 auf der Internationalen Boots- und Freizeitschau 1973.



Teilansicht vom THW-Ausstellungsstand im Messegelände am Funkturm.

da viele vergeblich nach dem nicht vorhandenen Zu- und Abfluß dieser riesigen Wassermengen suchten.

In Endlos-Projektion wurden auf einer großen Mattscheibe 100 verschiedene Farbdias von Ausbildungen, Übungen und Einsätzen des Berliner THW gezeigt. Die bisherige Praxis, THW-Filme laufen zu lassen, haben wir aufgegeben, da die Ausstellungsbesucher sich nicht die Zeit nehmen, einen Film anzusehen, andererseits jedoch einige Minuten verweilen, um einige Dias zu betrachten. Nach neun Messetagen schlossen sich die Pforten der Ausstellungshallen. Weit über 100 000 Menschen strömten an unserem Stand vorbei. Viele

haben vielleicht heute das THW schon wieder aus ihrem Gedächtnis verdrängt und erinnern sich erst wieder, wenn sie bei anderer Gelegenheit vom THW wieder etwas sehen oder hören.

Manche waren interessiert und haben sich über unsere Aufgaben und unsere Arbeit erkundigt. Einige haben jedoch auch den Anstoß bekommen, aktiv bei uns mitzumachen. Vielleicht wird der eine oder der andere dieser jetzt gewonnenen Kameraden schon im Herbst bei der Deutschen Industrie-Ausstellung auf dem THW-Stand als Standbetreuer auftreten und sich dabei erinnern, wie er vor kurzer Zeit selbst den Weg zum THW fand.



## Neue Glocken für den St.-Petri-Dom

Das Geläut des Fritzlarer St.-Petri-Domes hat in diesen Tagen zwei neue Glocken erhalten. Mitarbeiter des Technischen Hilfswerkes Homburg brachten sie nach Fritzlar, und die Mitarbeiter des THW Fritzlar sorgten am Wochenende für den Transport der 3,3 bzw. 1,2 Tonnen schweren Klangkörper von der „Waage“ durch das „Paradies“ des Domes bis unter die Orgelempore.

Seit langem sind Fachleute der Meinung, daß das unvollständige Geläut des Fritzlarer Domes in der bisherigen Zusammensetzung nicht schön klingt. Nachdem die außerordentlich großzügigen Stiftungen vor einiger Zeit getätigt und die Finanzierung der Einbauarbeiten gesichert waren, konnten die Glocken in Auftrag gegeben werden.

Die größere soll „Martinsglocke“ und die kleinere „St.-Wigbert-Glocke“ genannt werden. Die erstgenannte trägt neben der in lateinischer Sprache abgefaßten Inschrift „Heiliger Martinus beschütze deine Stadt Fritzlar“ und der Jahreszahl 1972 das Martins-Relief, das man auch über dem Eingang des Fritzlarer Rathauses sieht. Die ebenfalls lateinische Inschrift der anderen Glocke lautet: „Heiliger Wigbert bitte für uns. Gib' Frieden in unseren Tagen, du unser Herr und Gott“.

Möglichst bald nach der Weihe sollen die beiden Glocken im Südturm des Domes aufgehängt werden. Dazu sind allerdings umfangreiche Vorarbeiten notwendig, die schon vor längerer Zeit mit den statischen Berechnungen für den Turm und der Prüfung des Untergrundes begannen.

Wie wir von Dechant Ludwig Vogel dazu weiter erfahren, muß für den neuen stählernen Glockenstuhl ein Betonring in den Turm eingebaut werden. Dazu kommen weitere technische Einrichtungen, zu denen auch das elektrische Läutwerk gehört. Technische Probleme entstanden beim Transport der 3,3 bzw. 1,2 Tonnen schweren neuen Glocken für den Fritzlarer Dom. Das THW Fritzlar setzte am Wochenende fast 20 Mitarbeiter ein, als die beiden bronzenen Klangkörper von der „Waage“ am Domplatz und durch das „Paradies“ bis unter die Orgelempore geschafft wurden. Schwierig war vor allem die



Zwei 3,3 bzw. 1,2 to schwere Glocken transportierten Helfer des THW bis unter die Orgelempore des St.-Petri-Domes in Fritzlar.

Überbrückung der Treppen am Paradies- und Domeingang. Die Glocken des Fritzlarer Domes haben eine lange und interessante Geschichte. Bis zum Zweiten Weltkrieg bestand das Geläut aus elf Glocken. Fünf davon mußten im Kriege zum Einschmelzen abgegeben werden.

Die verbliebenen sechs haben alle ein hohes Alter, die älteste stammt aus dem Jahre 1369. Drei weitere Glocken stammen vom berühmten Meister Goswin und wurden in den Jahren 1456 bzw. 1466 vermutlich in Fritzlar gegossen.

## Technisches Hilfswerk bewies Leistungsfähigkeit

Zufrieden über den Ausbildungsstand seiner freiwilligen Helfer zeigte sich Zugführer Egon Lindner vom Fuldaer Ortsverband des Technischen Hilfswerks. Seine 50 Männer haben in einer fast siebenstündigen Katastrophenübung bei einem angenommenen Hauseinsturz ihre Leistungsfähigkeit bewiesen. Zu den fünf Teilen dieses „Katastropheneinsatzes“ auf dem eigenen Gelände in der Ludwig-Beck-Straße gehörten neben dem Aufstellen eines etwa sechs Meter hohen Mastkrans auch der Bau eines Trümmersteges und die Aufbereitung von 2000 Litern verschmutzten Fuldawassers zu

keimfreiem Trinkwasser.

Die beiden ersten Übungsteile zeigten den Bau eines Trümmersteges und eines trümmerfreien Ganges. Der Steg führte über das Trümmergelände zu einem Keller.

Nach dem Anheben der zentnerschweren Kellerdecke mit hydraulischem Gerät konnten die „Verschütteten und Verletzten“ geborgen werden. Wirklichkeitsnah ging es auch bei der Schaffung eines trümmerfreien Ganges in einem Kellergeschoß zu.

Mit größter Vorsicht wurden zunächst trotz Staub und Schutt die größten Steine mit Winden herausgeholt. Erst anschließend konnten die „Verschütteten“ auf Tüchern herausgezogen werden.

Höhepunkt des Übungsablaufs war die Aufstellung eines Mastkrans von sechs Metern Höhe mit vier Greifzügen. Mit einem Personenwagen als Demonstrationsobjekt zeigten die freiwilligen Helfer, daß damit bis zu einer Höhe von 4,50 m Lasten bis zu einem Gewicht von 4,5 t abgehoben werden können. Wo der Einsatz eines Kranwagens unmöglich wird, kommt dieser Mastkran zum Einsatz. Während sich ein Teil der Helfer mit der Aufstellung des Mastkrans beschäftigte, fuhr ein Aufbereitungsfahrzeug zur Fulda und saugte dort 2000 Liter schmutziges Wasser auf. Durch das komplizierte Filtersystem des Wagens ist die Aufbereitung von stündlich 3000 Litern keimfreien Trinkwassers möglich.



Die Tragfähigkeit von 4,5 to wurde bei der Demonstration nicht ausgelastet.



## Eishockey für humanitäre Zusammenarbeit

Nicht nur im Ernstfall anlässlich eines Katastropheneinsatzes ist eine gute Zusammenarbeit zwischen Feuerwehr und Technischem Hilfswerk möglich, denn die beiden Katastrophenschutz-Organisationen können auch im bürgerlichen Zusammenleben einer Stadt viel durch Gemeinsamkeit erreichen.



**1 500,— DM Reinerlös erbrachte das Eishockeyspiel THW gegen Freiwillige Feuerwehr in Rosenheim.**

Rund 1500 Mark Reinerlös brachte ein Eishockeyspiel zwischen der Rosenheimer Freiwilligen Feuerwehr und dem Technischen Hilfswerk. Das Geld wurde dem heilpädagogischen Zentrum für behinderte Kinder zum Kauf von Lehr-, Bastel-, Spiel- und Sportmaterial zur Verfügung gestellt. Die Veranstalter hatten für ihr Wohltätigkeitsspiel kräftig die Werbetrommel gerührt, um möglichst viele Zuschauer ins Rosenheimer Eisstadion zu bringen. Noch vor Beginn des Spiels ließen sie einen Kombiwagen des THW und das neue Tanklöschfahrzeug hinter der Jugendblaskapelle zur Werbung durch Rosenheim fahren. Leider machte das Wetter einen Strich durch die Rechnung, denn heftiges Schneetreiben hielt sicher viele Zuschauer ab, nicht aber Schirmherr Oberbürgermeister Dr. Steinbeißer sowie den Landtagsabgeordneten Neubauer und mehrere Stadträte. Der Flockenwirbel behinderte auch die Aktiven ein wenig, so daß sie neben den geplanten auch ein paar unvorhergesehene Gaudi-Einlagen für das Publikum boten. Trotz einer geradezu profihaft ins-

zenierten Massenrauferei auf dem Eis — die Zuschauer wußten auf Anhieb nicht, ob es Scherz oder vielleicht doch Ernst war — verlief das Spiel freundschaftlich bis zum Ende der regulären Spielzeit, in der beide Mannschaften je drei Tore erzielt hatten. Da es einen Sieger geben mußte, wurde eine Verlängerung nötig, in der die Mannen des Technischen Hilfswerks ihren Gegnern noch zweimal die Scheibe ins Tor setzten. So mußte der Feuerwehrkommandant Josef Schnitzelbaumer den von der Sparkasse gestifteten Wanderpokal für ein Jahr dem THW überlassen. Der Vorstand des Vereins „Lebenshilfe für das geistig behinderte Kind“ hat sich bereits schriftlich für die Initiative der beiden Hilfsorganisationen bedankt: „Wir sind glücklich zu wissen, daß edel denkende Menschen mit ihrer Hilfe hinter uns stehen.“

## Verkehrshilfsdienst auf bayerischen Straßen

Schadensfälle auf stark befahrenen Bundesstraßen und Autobahnen sind sehr oft gekennzeichnet durch Auffahrunfälle nach Pannen oder nach Unfällen. Es kommt in vielen Fällen zu Massenkarambolagen durch nachfolgende Wagen. Daher ist es dringend erforderlich, bei liegengebliebenen Fahrzeugen die Stelle sofort durch Aufstellen von Warnschildern und Leuchten in genügendem Abstand abzusichern und den Wagen möglichst umgehend von der Fahrbahn zu schaffen. Die Polizei verfügt nicht über Einrichtungen, um schwere Lkw von der Straße zu räumen. Die gewerblichen Abschleppdienste stehen auch nicht immer zeitlich so schnell zur Verfügung, um eine zügige Räumung der Fahrbahn vorzunehmen. Deshalb werden durch die Landespolizei oder den Polizei-Verkehrszug sehr oft die Ortsverbände des THW in der Nähe der Unfallstellen um Hilfe gebeten. Das THW führt hierbei nur die Räumung der Fahrbahnen und die Hilfe für verunglückte Personen durch. Das Abschleppen von Fahrzeugen zur nächsten Werkstatt ist Aufgabe der gewerblichen Abschleppdienste.

Am frühen Morgen des 22. Januar stellte der Fahrer eines Tanklastzuges den plötzlichen Ausfall der elektrischen Anlage seines Fahrzeugs fest, als er auf der Autobahn München-Nürnberg in Richtung Nürnberg fuhr. Er mußte seinen Lastzug stoppen, und drei nachfolgende LKW-Fahrer brachten ihre schweren Züge rechtzeitig zum Stehen. Auf diesem Autobahnabschnitt können sehr plötzliche und starke Nebel einbrüche auftreten; so auch zum geschilderten Zeitpunkt, wobei Sicherungen so schnell nicht aufgestellt waren. Ein schwerer Lastzug fuhr im Nebel auf das letzte Fahrzeug auf. Beide Züge waren schwer beschädigt und ineinander verkeilt, die Fahrer waren verletzt. Die Fahrzeuge blockierten quer zur Fahrbahn stehend den gesamten Verkehr Richtung Nürnberg. Durch die sich aufstauende Kolonne kam es noch zu weiteren Auffahrunfällen. Da ein Fahrzeug mit Munition beladen war, die durch den Aufprall weit verstreut auf der Fahrbahn lag, bestand besondere Gefahr. Die am Unfallort erschienene Polizei alarmierte nach der Schadensfeststellung sofort den THW-Ortsverband Freising. Da dort die Helfer durch die Häufigkeit der Schadensfälle auf diesem Autobahnabschnitt auf diese Art der technischen Hilfeleistung vorbereitet waren, rückte in kürzester Zeit ein 10-to-Kranwagen und ein Kombi mit einer Besatzung von 8 Helfern aus. Am Unfallort wurde zunächst durch den auf dem Kombi montierten Halogen-Scheinwerfer die Schadensstelle ausgeleuchtet. Gleichzeitig wurde der mitgeführte Hydroheber angesetzt und die beiden Fahrzeuge aus der Verkeilung befreit. Anschließend wurden dann die Lastzüge durch den schweren Kranwagen von der Fahrbahn geräumt. Hierbei bewährte sich das schwere Gerät außerordentlich gut. Mit den üblichen leichten Abschleppwagen wäre eine so schnelle Räumung der Straße kaum möglich gewesen. Den Helfern blieb dann noch die Räumung der Fahrbahn von den Munitionskartons und dem Waschmittel der Ladung des aufgefahrenen Lkw. Die verletzten Fahrer der am Unfall beteiligten Fahrzeuge wurden durch das ebenfalls alarmierte Notarztteam des BRK ins Krankenhaus

gebracht. Die Autobahn konnte nach zwei Stunden wieder für den Verkehr freigegeben werden.

Auch in diesem Falle hat sich wieder die gute Zusammenarbeit zwischen der Bayerischen Landespolizei, dem THW und dem BRK im Verkehrshilfsdienst auf unseren Straßen bewährt.

### **Katastrophenschutzübung der Stadt Erlangen**

Im Rahmen des Gesetzes über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) werden alle Hilfsorganisationen im Falle einer Katastrophe für den Bereich der ihnen zugeteilten Fachdienste tätig. Der Einsatzleiter ist der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte des Landkreises oder der kreisfreien Stadt mit seinem Stab.

Um optimale Wirkungen in einem Katastrophenfall zu erzielen, ist es erforderlich, daß neben einer guten Ausbildung Übungen abgehalten werden, bei denen der Ernstfall geprobt wird. Ein wesentliches Moment ist hierbei das Zusammenwirken aller beteiligten Hilfsorganisationen.

Eine derartige Katastrophenschutzübung wurde durch die Stadt Erlangen angeordnet. Die Lage wurde wie folgt dargestellt:

Ein Tanklastzug ist auf der Brücke über den Europa-Kanal, der den Main zukünftig mit der Donau verbinden soll, bei Herzogenaurach umgekippt und in Brand geraten. Weiterhin fließt Heizöl in den Kanal.

Die Polizei unterrichtet das Sicherheitsreferat der Stadt. Dieses ordnet die sofortige Alarmierung der beteiligten Hilfsorganisationen — Feuerwehr, BRK, Wasserwacht und THW — an. Nach dem Zusammen-treten der Einsatzleitung, bestehend aus dem Sicherheitsreferenten der Stadt, Dr. Schropp, und den Vertretern der einzelnen Organisationen, wurden die Aufgaben verteilt:

Feuerwehr: Brand löschen und Bergen des Fahrers aus dem Führerhaus,  
BRK: Versorgung und Abtransport von Verletzten,  
Wasserwacht: Sicherung im Wasser und Bergung eines in den Kanal gestürzten Verletzten,  
THW: Aufbau einer Ölsperre im Kanal,  
dazu Polizei: zur Absicherung und Verkehrsumleitung.



**Eine Ölsperre legten THW-Helfer bei einer Übung nahe Herzogenaurach aus.**



**Hier umwickeln Helfer Kanthölzer mit PVC-Folie.**

Die Feuerwehr rückte mit zwei Rüstwagen zur Unfallstelle aus, während das BRK einen Rettungswagen und die Wasserwacht ein Boot und zwei Taucher einsetzte. Das THW fuhr mit einem Kombi und einem LKW, beladen mit Kanthölzern, der Brückenstrecken und Bauklammern sowie Bindedraht einschließlich mehrerer Gerätesätze zur Unfallstelle. Außerdem wurde ein A-Boot mit

Aubo mitgeführt. Zwei Gruppen des Bergungszuges gingen zügig an die Arbeit.

Die Kanthölzer waren schnell ausgelegt, mit Schlaufen aus Bindedraht und Bauklammern beweglich verbunden, in die Bauklammern ein Drahtseil des Greifzuges eingefädelt und die Balkenstöße mit PVC-Folie umwickelt.

An das in der Zwischenzeit zu Wasser gelassene A-Boot wurde das freie Ende des Drahtseils übergeben, mit der Weisung, dieses zur anderen Uferseite des annähernd 40 m breiten Stillwasser-Kanals zu bringen. Das Auslegen der Ölsperre war schnell erledigt, und der Einsatzleitung konnte gemeldet werden: „THW-OV Erlangen hat Aufgabe erfüllt“. Zwischenzeitlich hatten auch die anderen Organisationen ihre Aufgaben erledigt. Die Straße konnte wieder freigegeben werden.

Einige Tage später folgte die Kritik der Übung im Rathaus Erlangen. Es zeigte sich, daß die Alarmierung bei Vorhandensein von Alarmweckern schneller und mit größerer Erfolgsquote möglich gewesen wäre. Die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Organisationen und mit der Einsatzleitung zeigte auch noch Schwächen auf. Der Ausbildungsstand der beteiligten Helfer hat sich jedoch als besonders gut erwiesen. Es wurde der Beschluß gefaßt, in Zukunft öfter gemeinsame Übungen aller Katastrophenschutz-Organisationen durchzuführen, um die Zusammenarbeit zu fördern.



## „Gasexplosion“ zum Stadtfest in Müllheim

Anlässlich des Stadtfestes in Müllheim gab der dortige OV des THW gemeinsam mit dem DRK ein Übungsbeispiel nach folgender Meldung: „Im staatlichen Vermessungsamt in der Wilhelmstraße ist durch entströmendes Gas eine Explosion eingetreten.“

Aufgabe: Bergung und Versorgung der Verletzten, die im Gebäude eingeschlossen waren. Die Bergung war äußerst schwierig, weil sich die Verletzten in der oberen Etage des Gebäudes befanden und das Treppenhaus zusammengebrochen war. Nach kurzer Beratung der Einsatzleiter (für das THW Bau-Ing. Messner, für das DRK Kreisbereitschaftsführer Pfunder), wurde beschlossen, eine Seilbahn zu bauen. Die Verantwortung übernahm Zugführer Lindemer aus Müllheim.

Trotz unvorhergesehener Schwierigkeiten gelang es innerhalb fünfzehn Minuten, mit nur sieben Helfern die Seilbahn fertigzustellen. Nacheinander konnten die Verletzten aus etwa acht Meter Höhe geborgen und sofort vom DRK versorgt werden. Allerdings erwiesen sich die Verletzungen der Personen als so schwer, daß ein Klinomobil sowie ein Rettungshubschrauber der SAR-Staffel aus Bremgarten angefordert werden mußten.

Schnell brachte der Hubschrauber einen Verletzten mit schweren Verbrennungen ins Verbrennungszentrum nach Ludwigshafen. Den übrigen Verletzten wurden im Klinomobil, noch während des Transportes ins Krankenhaus, die ersten Infusionen verabreicht. Kommentiert wurde diese Übung, zu der sich inzwischen mehrere Hundert Zuschauer eingefunden hatten, vom Oberarzt des Bezirkskrankenhauses Müllheim, Dr. Hennig.

Großes Interesse bei der Bevölkerung fand auch die anschließende Geräteschau, die gemeinsam vom THW, DLRG und DRK durchgeführt wurde.

Zum Schluß wäre noch die gute Zusammenarbeit der einzelnen Hilfsorganisationen untereinander hervorzuheben. Daß es darüber hinaus eine hervorragende Werbung war, versteht sich von selbst.

## Betriebsübung mit der TWA

Um die ständige personelle und gerätetmäßige Einsatzbereitschaft der im Frühjahr zugewiesenen Trinkwasseraufbereitungsanlage (TWA) zu gewährleisten, werden in Zeitabständen von etwa zwei Monaten Betriebsübungen durchgeführt. So wurde eine Übung als unmittelbare



Rohwasserbehälter und Förderpumpe der Trinkwasseraufbereitungsanlage.



Bürgermeister Dieter probiert das „erneuerte Naß“.

Einsatzvorbereitungsmaßnahme im 900 Einwohner zählenden Ortsteil Reusten der Gemeinde Ammerbuch, Landkreis Tübingen, abgewickelt, da dort mit Störungen in der Trinkwasserversorgung gerechnet werden muß. Durch schädliche Umwelteinflüsse hervorgerufen, dringt verschmutztes Grundwasser zeitweise in die Quelfassung ein, so daß die Ortswasserversorgung dann abgeschaltet werden muß.

Der Geschäftsführer des THW-Betreuungsgebietes hatte von dieser Lage Kenntnis erhalten und nach Absprache mit den Behörden eine Übung für das dazu eingeteilte Fachpersonal des OV Tübingen (Standort der TWA) angeregt.

Bei dieser Betriebsübung wurde das Rohwasser aus einem naheliegenden See (Grundwasser eines aufgelassenen Steinbruchs) gefördert und durch entsprechende Vorbehandlung, Filterung und Chlorung zu Trinkwasser aufbereitet.

Der Gemeindevorsteher sowie ein leitender Bediensteter des Wasserwirtschaftsamtes Reutlingen waren zugegen, um sich über die Verwendung der TWA für Notversorgungszwecke direkt zu informieren und mit dem zuständigen Mitarbeiter des Landesbeauftragten bzw. Geschäftsführer einen eventuellen Einsatz festzulegen. Dabei reichte der Führer des TWA-Trupps den Anwesenden aufbereitetes Wasser in einem Bierkrug zur Kostprobe. Um der Gemeinde über die Qualität des Trinkwassers Aufschluß zu geben, wurden während der Laufzeit verschiedene Proben entnommen und dem Hygiene-Institut in Tübingen zur amtlichen Analyse übergeben.

## Die Karlsruher üben

Es war Samstag — der Himmel war bedeckt, und so blieb es den ganzen Tag. Wie man schon erwartet hatte, gab es auch diesmal keine „Schau“, dafür aber eine ausgezeichnete Gelegenheit, bei dieser stadtinternen Übung das Zusammenspiel der einzelnen Gruppen zu praktizieren. Nachdem in den Unterkünften Kußmaulstraße die LKW und MKW von den Helfern beladen waren, rückte der OV Karlsruhe um 7.30 Uhr aus.

Das „Katastrophengelände“ lag zwischen Appenmühle und Sportplatz an der Alb (Flußbreite ca. 20 m), ein ideales Übungsgelände mit guter Zufahrt. Beteiligt waren vom THW der Bergungsdienst mit seinem Zugführer Georg Hintz, der E-Dienst mit den Zugführern Enulatt und Kaiser, der Technische Dienst mit den Gruppenführern Damman und Udo Krum. Ferner: der Fernmeldedienst des ZS unter der Leitung des Zugführers Mohr und Hugo Schaible am Funkgerät HEROS I Karlsruhe. Nach Ankunft auf dem Gelände ging es sofort an die zugeteilten Aufgaben: Bau einer 8-Tonnen-Brücke mit



**Bau einer 8-to-Brücke.**

Steidle-Trägern, eines Hänge- und eines Bretter-Schnellsteges. Die Fernmelder legten eine Leitung von der Katastropheneinsatzleitung zu der Einsatzleitung an der Alb, während die E-Gruppe die Stromversorgung vom einen Ufer zum anderen herstellte. Die E-Leitungen wurden u. a. mittels Dreiböcken über den Fluß gespannt.

Kurz vor der Halbzeit kamen auch der Leiter des Amtes für den Katastrophenschutz (Zivilschutz), Oberbaurat Dipl.-Ing. E. Ulbrich, sowie der Aufstellungsleiter Gerhardt, um sich von dem reibungslosen Ablauf der Übung zu überzeugen.

### **Sturm über Zeltlager**

„Bei Weidach hat ein orkanartiger Sturm ein Zeltlager zerstört!“, lautete der Anruf der Ulmer Polizei beim THW Ulm. Was war geschehen? Wenige Minuten vor dem Anruf der Polizei brach ein Gewitter los, wie es Ulm selten erlebt hat. Dieses Gewitter, das seltsamerweise von Süden her aufgezogen war, tobte jedoch erst richtig auf der Hochfläche der Schwäbischen Alb, zwischen der Herrlinger Teilgemeinde Weidach und Bermaringen. Besonders betroffen war das Zeltlager der Evangelischen Jungschar Göppingen. Dort waren 98 Jungen im Alter von 9 bis 14 Jahren in 30 Wohnzelten untergebracht.

Über die Hälfte der Zelte riß der Sturm fort, das Essenszelt landete in einem zwölf Meter hohen Baumwipfel, Küchenzelt und Vorratzzelt fegten 200 Meter über freies Feld, ehe sie zerfetzt auf einer Wiese liegenblieben.

Der Mannschaftslastwagen und der MKW begegneten am Ortsausgang von Ulm der „Roten Lisel“, dem Notarztwagen des Rettungszentrums Ulm. In dem NAW und in dem nachfolgenden Sanka befanden sich glücklicherweise nur ein leichtverletzter Junge und drei weitere im Schockzustand.

In Weidach angekommen — die Jungen waren inzwischen durch das THW Ulm in die „Weidacher Hütte“ des Schwäbischen Albvereins evakuiert worden — gingen die zwanzig THW-Helfer und dreizehn Lagerbetreuer daran, die Zelte wieder einzusammeln und aufzubauen. Scheinwerferlicht strahlte über nasse Schlafsäcke, Decken, Rucksäcke, Kochgeschirre. Ein MLW fuhr nach Ulm zurück, holte vom Roten Kreuz und von der Bundeswehr trockene Decken und vier große Zelte vom THW.

## HEINLAND~PFALZ



### **Alarmübung des THW-Ortsverbandes Ahrweiler in Bad Neuenahr**

Ende des Jahres 1972 wurde morgens ein 3-Familien-Wohnhaus in Bad Neuenahr durch eine Gasexplosion zerstört. Die ersten Ermittlungen hatten ergeben, daß die Explosion durch eine undichte Gasleitung im ersten Stock ausgelöst worden war. Drei Schwerverletzte konnten durch die Feuerwehr sofort geborgen werden.

Das THW, Ortsverband Ahrweiler, wurde gegen 7.30 Uhr alarmiert.

Unter der Führung des Ausbildungsleiters und stellv. Ortsbeauftragten Klawonn traf der Ortsverband nach einer Viertelstunde mit einem VW-Kombi, einem Geräte- und Mannschaftswagen an der Unglücksstelle ein. Nach einer kurzen Befragung der Nachbarn wurde festgestellt, daß noch sieben Personen vermißt wurden. Ein Suchtrupp entdeckte dann in dem noch stehengebliebenen Teil der zweiten Etage drei Verletzte. Ein weiterer Suchtrupp fand die restlichen vier Verletzten in der 1. Etage. Alle Verletzten



### **Mit Leitern bargen Ahrweiler THW-Helfer Verletzte in Bad Neuenahr.**

waren durch herabstürzende Trümmerteile verschüttet worden. Durch die Explosion waren die Treppen so stark beschädigt, daß die Verletzten nur durch Abseilen über eine Seilbahn und Leitern geborgen werden konnten. Nach der Bergung wurden die Verletzten dem DRK übergeben. Diese Übung hat wieder gezeigt, wie wichtig eine intensive Ausbildung an den Übungsabenden ist, damit im Ernstfall alles klappt.

### **OV Lahnstein hielt Rückblick**

Auf der gut besuchten Helferversammlung konnte Ortsbeauftragter Dieter Bröder wiederum Vertreter des Landesverbandes aus Mainz begrüßen. Der Ortsbeauftragte dankte zunächst für die Hilfe des Landesverbandes, die dem Ortsverband im vergangenen Jahr zuteil wurde. So wurde Anfang des Jahres 1972 ein Übersetzboot mit 40-PS-Aubo auf Anhänger für den Wasserdienst beim Ortsverband stationiert. Ferner wurde im ersten Halbjahr 1972 der Fahrzeugpark um einen VW-Kombi sowie einen Anhänger erweitert, der mit Bergungsgeräten ausgerüstet ist.

Im Dezember wurde dem Ortsverband Lahnstein eine Pumpengruppe zugeführt. Sie besteht aus 2 Anhängern mit 7 Pumpen, 2 Notstromaggregaten und erheblichem Schlauchmaterial und soll bei Hochwasser örtlich und überörtlich, d. h. auch bei anderen Ortsverbänden und Städten sowie in den von Hochwasser bedrohten Gebieten eingesetzt werden.

Als besonderen Höhepunkt im vergangenen Jahr bezeichnete Dieter Bröder die Mitwirkung beim 100jährigen Bestehen der Freiwilligen Feuerwehr Lahnstein, Wache Süd. Hier bot sich eine gute Gelegenheit zur Festigung der Kameradschaft. Ein gutes Beispiel gab die Zusammenarbeit bei der Ausstellung.

Am Tag der „Offenen Tür“ zeigte das THW seine Gerätschaften sowie seine Modelle, Aufnahmen von den Einsätzen der letzten Zeit, eine Funkstation und einen in Originalgröße aufgebauten Schwimmsteg und vieles mehr. Außerdem wurde in der Feldküche des THW eine Erbsensuppe zubereitet. Bei der Großübung der Feuerwehr am Rhein baute das THW eine Seilbahn zum Sandkran, um einen Verletzten zu bergen, und sicherte mit seinem Boot vom Wasser her die Bergung eines Ertrunkenen und eines Kfz.

Beim 20jährigen Bestehen des OV Mainz, bei dem auch einige Helfer aus Lahnstein anwesend waren, konnten diese in einem Wettbewerb, zu dem alle Ortsverbände aus Rheinland-Pfalz eingeladen waren, den 3. Platz belegen und einen Pokal mit nach Hause bringen. Die Einsätze des OV Lahnstein im Jahr 1972 dienten vorwiegend der Kameradschaftshilfe, der Unterstützung der Feuerwehr und des DRK. Der letzte Großeinsatz erfolgte im Vorjahr beim Brand eines landwirtschaftlichen Anwesens. Hier leuchtete der OV mit dem bei der Feuerwehr stationierten Notstromsatz die Einsatzstelle aus und schaffte in kameradschaftlicher Zusammenarbeit die vereisten und eingefrorenen Schläuche zum Feuerwehrgerätehaus.

Der Ortsbeauftragte verlas der Helferversammlung ein Dankschreiben des Wehrleiters und gab der Hoffnung Ausdruck, daß auch 1973 die gute Zusammenarbeit mit den örtlichen Hilfsorganisationen weiterbestehe.

Anschließend richtete der Vertreter des Landesverbandes, Dipl.-Ing. E. Meyer, Grußworte an die THW-Helfer und dankte für die erbrachten Leistungen. Der LV sei auch weiterhin bemüht, den OV nach Möglichkeit zu unterstützen. Nach einigen Erläuterungen zur Neugliederung des Katastrophenschutzes fand die Ehrung verdienter THW-Helfer statt.

Für 10jährige Verdienste um das THW, insbesondere den Aufbau

des OV Lahnstein, wurde OB Bröder mit einer Urkunde ausgezeichnet, nachdem er bereits 1966 die Helfernadel in Gold und 1971 die Helfernadel in Gold mit Kranz erhalten hatte.

Nach Worten des Dankes für seine Auszeichnung verlieh OB Bröder dem Ausbilder Jörg Bethmann als Anerkennung für die Aufbauarbeit im OV das Helferzeichen in Gold mit Urkunde. Dabei führte er aus, daß Bethmann sich besonders durch die Schulung neuer Helfer verdient gemacht habe und wünschte ihm für die weitere Arbeit viel Erfolg.

Den Alterskameraden und Mitbegründern des OV, Franz Weinbach und Ludwig Weller, die auf eine 20jährige Zugehörigkeit im THW zurückblicken konnten, überreichte Dieter Bröder ein Buchgeschenk: „Die Geschichte der Stadt Lahnstein“.

### **Bergungseinsatz des OV Worms**

Anfang des Jahres wurde der OV Worms durch die Stadtverwaltung zu einem Einsatz im Vorort Pfeddersheim gerufen. Durch einen Wasserrohrbruch in der St.-Georgenstraße war ein Wohnhaus unterspült worden. Teile der Kellerdecke waren heruntergebrochen, eine Treppenhausewand eingestürzt, die Treppe zum 1. Obergeschoß nicht mehr begehbar, breite Risse klafften im Mauerwerk, und die Giebelwand zur Straße neigte sich nach außen, mit 20 Helfern kam das THW zur Hilfe.

Da die Bewohner des Hauses zum Zeitpunkt des Deckeneinsturzes noch in tiefem Schlaf lagen und dann fluchtartig das Haus verließen, konnten sie es danach nicht mehr betreten. Bei einem Hauseinsturz wäre das gesamte Hab und Gut der Bewohner verloren gewesen.

Es wurde deshalb sofort mit der Abstützung der Giebelwand begonnen. Eine Arbeit, die durch den Umstand, daß die Straße unterspült war und nur mit äußerster Vorsicht begangen werden konnte, noch erschwert wurde. Nachdem die ersten Streben eingebaut waren, wurden durch einen Bergungstrupp die Geschoßdecken abgespießt.

Gegen 16 Uhr waren alle Abstützungen eingebaut, eine weitere Absenkung und Rissebildung konnte nicht festgestellt werden, und alle THW-Helfer gingen an die Bergung des Hausrates. Dabei



**THW-Helfer stützen die Fassade des unterspülten Hauses ab.**

wurden die am Einsatzort befindlichen THW-Fahrzeuge eingesetzt. Bei Beginn der Dämmung wurden der Beleuchtungssatz und ein Notstromaggregat in Betrieb genommen, da die Stromzuführung zum Haus vorsorglich abgetrennt worden war. Um 20 Uhr war das gesamte Haus geräumt, der Einsatz beendet und die Helfer wieder in der Unterkunft. Dank der schnellen und guten Arbeit des OV Worms war es möglich, das Haus vor dem Einsturz zu bewahren und großen Schaden von den Bewohnern abzuwenden.

### **Verwaltungsführer E. Ludwig Spieß im Ruhestand**

Der langjährige Verwaltungsführer beim Landesverband Rheinland-Pfalz, Ernst Ludwig Spieß, wurde am 6. Februar mit Erreichen der Altersgrenze in einer Feierstunde vom LV VII verabschiedet.

Der mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragte Landesbeauftragte, Gerhard Reimann, Saarbrücken, unterstrich in seiner Rede, daß Ernst Spieß in seiner Tätigkeit die Verwaltung vorbildlich geführt hat. Die Bereitschaft, den Ortsverbänden und der Helferschaft auch in seiner Freizeit oft zur Verfügung stehen, hat ihm viele Freunde eingebracht. Als Vorsitzender des örtlichen Personalrates ist er für die Kollegenschaft des Landesverbandes stets korrekt und mit viel Geschick eingetreten.

Ein besonderer Dank galt auch seiner Ehefrau, die immer Verständnis aufbrachte, wenn ihr Mann in seiner Freizeit dem THW zur Verfügung stand. In Anerkennung seiner Verdienste wurden ihm das THW-Helferabzeichen in Gold mit Kranz und die Dankesurkunde der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Von den Bediensteten des Landesverbandes erhielt er eine Erinnerungsgabe.

## Katastrophenschutzübung des OV Völklingen

Der THW-Ortsverband Völklingen führte unter der Leitung des Ausbildungsleiters Werner Bard und seines Stellvertreters Herbert Knauf im Beisein des Ortsbeauftragten H. Specht und des stellvertretenden OB H. Hecht mit 60 Helfern an der Saar bei Dreisbach eine Katastrophenschutzübung durch, um die Einsatzbereitschaft der Helfer zu überprüfen. Die Beurteilung des Leistungsstandes stand dabei im Vordergrund. Auf Grund der kürzlich statt-

gefundenen Werbeveranstaltung des OV Völklingen war eine ganze Reihe junger Männer dem THW beigetreten, die gleichzeitig mit der Arbeit des THW, vor allem mit den Gefahren des Wassers, vertraut gemacht werden sollten.

Nachdem am ersten Tag mit insgesamt fünf Einsatzfahrzeugen und zwei Schaluppen mit Außenbordmotor die Übungsstelle erreicht war, wurde das Lager errichtet. Eine Gruppe des OV Mettlach, die sich an der Übung beteiligte, um die Zusammenarbeit der Ortsverbände untereinander zu fördern, war bereits eingetroffen und hatte einen Teil des benötigten sperrigen Materials mitgeführt, um dem OV Völklingen, der einen erheblich weiteren Anreiseweg hatte, zusätzliche Beladepazitäten zu ersparen.

Aus der Gegebenheit heraus, daß die Stadt Völklingen wie das gesamte untere Saartal schon des öfteren – letztmalig im großen Umfang anlässlich der Hochwasserkatastrophe im Mai 1970 – vom Hochwasser der Saar teilweise überschwemmt worden ist, lag der Schwerpunkt der diesjährigen Übung beim Wasserdienst.

Als der Landesbeauftragte G. Reimann, der am Nachmittag der Übung beiwohnte, eintraf, waren die 1,5-to-Fähre und die beiden Anlegestege fertiggestellt.

Anschließend nahmen die Gäste an einer Fahrt teil, wobei die Behelfsfähre, von einem Stahlboot mit Außenbordmotor angetrieben, sie sehr beeindruckte.

Am zweiten Tag der Übung stand der Waldlagerbau im Vordergrund. Hier wurde angenommen, daß nach einer

Katastrophe eine erhebliche Anzahl von Menschen über die Saar übergesetzt und behelfsmäßig untergebracht sowie versorgt werden mußte. Bei der abschließenden Besprechung dankte OB Specht allen Helfern für die Arbeit während der beiden Übungstage und sprach die Hoffnung aus, daß die Helfer des OV Völklingen, getragen von einem beispielhaften Kameradschaftsgeist, auch weiterhin ihren Dienst im THW zum Wohle der Allgemeinheit wie bisher verrichten werden.

## Brücken für Wanderer in Nonnweiler

Das Naherholungsgebiet des Kurortes Nonnweiler, das von den Gästen des Sanatoriums und den Einheimischen stark besucht wird, konnte dank der Hilfe des THW-Ortsverbandes Nonnweiler wieder erweitert werden.

Inmitten des schon teilweise mit Wanderwegen ausgebauten Waldes, nahe einem als Schutz vor Schnee und Regen erbauten Pavillon, errichtete die Behelfsbrücken-Baugruppe unter der Leitung des stellvertretenden Ortsbeauftragten Edgar Peter und der beiden Gruppenführer Harald Krämer und Georg Wagner in den Sommermonaten an neun Tagen unter Beteiligung von 27 Helfern eine Brücke von 12 m Länge über die Prims und eine weitere von 9 m Länge über den Mühlenteich. Beide Brücken verbinden zwei Wanderwege miteinander und fügen sich auf Grund ihrer Holzkonstruktion harmonisch in die Landschaft ein.

Bürgermeister Gärtner, der sich bei der Übergabe auch im Namen der Mitglieder des Gemeinderates und aller Erholungssuchenden bei OB Franz Kasper und den freiwilligen Helfern bedankte, hob die vorzügliche Arbeit und das Entgegenkommen des OV Nonnweiler besonders hervor.

## OV Ludweiler erstmalig an die Öffentlichkeit

Der jüngste Ortsverband des Landesverbandes Saarland, Ludweiler, der erst am 20. Januar 1972 als 27. Ortsverband gegründet wurde (s. ZS-Magazin III/72), trat

erstmals an die Öffentlichkeit. Auf Veranlassung des Bürgermeisters für Ludweiler stellten an diesem Tag die Katastrophenschutzorganisationen THW, Feuerwehr und DRK aus



Ein THW-Helfer mit LB Reimann (r.) und MdL OB Wahlen (Mitte).

Ludweiler ihre Fahrzeuge und Geräte aus, um die Bevölkerung über die Aufgaben und Möglichkeiten im Katastrophenschutz zu unterrichten. Die Ausstellung des THW, die unter der Leitung des Ortsbeauftragten, MdL Bürgermeister Heinrich Wahlen, und Ausbildungsleiter Ing. Ludwig Leick am Rande des Naherholungsgebietes von Ludweiler aufgebaut und durchgeführt wurde, fand große Beachtung bei den vielen Besuchern. Besonders hervorzuheben sind die gute Organisation und die vorzügliche Art, mit der die interessierten Zuschauer informiert wurden.

Der Landesbeauftragte G. Reimann fand daher lobende Worte für die Helfer, wobei er die gute Zusammenarbeit des THW mit der Freiwilligen Feuerwehr und dem DRK in Ludweiler besonders hervorhob.

## THW bei Saarlouiser Woche

Die Saarlouiser Woche, die schon seit Jahren von der Verwaltung der Kreisstadt Saarlouis in der letzten Maiwoche durchgeführt wird und den Bürgern sowohl Einblick in die verschiedenen kommunalen Einrichtungen wie auch eine Fülle von sonstigen Darbietungen kultureller und sportlicher Art bietet, wird auch regelmäßig vom THW-Ortsverband Saarlouis, der ein außerordentlich gutes Verhältnis zur Stadtverwaltung unterhält, benutzt, um den Bürgern Gedanken und Ziele des THW und somit des

Katastrophenschutzes näherzubringen.

Während das THW in den letzten Jahren vorwiegend durch Ausstellungen und Übungen seinen Beitrag zur Saarlouiser Woche leistete, half es in diesem Jahr zusammen mit den Ortsverbänden Dillingen und Saarwellingen an den ersten beiden Tagen, indem sich über 100 Helfer an Absperrmaßnahmen und am Ordnungsdienst während zweier Autorennen beteiligten.

Am letzten Tag der Veranstaltung stand ein Volksmarsch auf dem Programm, doch der vorgesehene Wanderweg sollte von der Sporthalle im Stadtpark über den Flußlauf der Saar hinwegführen. Hier erbot sich der OV Saarlouis, einen Tonnensteg zu errichten. Da die Kapazität dieses Steges nicht ausreichte, war weiterhin geplant, eine Behelfsfähre zu bauen und mit einem Außenbordmotor auszurüsten. Weil die Wanderung zwischen 7 und 10 Uhr gestartet werden sollte, mußten die Arbeiten am Vortag durchgeführt werden.

Unter der Leitung des stellvertretenden Ortsbeauftragten

A. Thöne begannen frühmorgens die Helfer mit den Arbeiten. Sie rodeten beidseitig der Saar sowohl für den Tonnensteg als auch für die Anlegestelle der Fähre die Zugangswege und bauten an den Böschungen Treppen, da die Saar an dieser Stelle 6 m hohe Steilufer hat. Im Anschluß daran wurden die am Ufer vorgefertigten Schwimmsteg-elemente eingefahren, so daß zur Mittagszeit bereits der etwa 50 m lange Tonnensteg mit einer Nutbreite von 1,25 m fertiggestellt war. Der Landesbeauftragte G. Reimann sowie sein Vertreter A. Schillo und der zuständige Geschäftsführer für den Betreuungsbereich III — Saarlouis, R. Werth, die zu dieser Zeit den Arbeiten beiwohnten, äußerten sich lobend über die schnelle und präzise Arbeit der Helfer. Am Nachmittag wurden die Fähre und die beiden Anlegestege errichtet.

Am folgenden Tag, der als Wandertag vorgesehen war, bewährte sich die Arbeit der Helfer, da ungefähr 1200 Personen über den Tonnensteg gingen bzw. mit der Behelfsfähre innerhalb von drei Stunden das andere Ufer sicher erreichten.

## Nachruf



Am 27. Januar 1973 verstarb nach langer, schwerer Krankheit der ehemalige hauptamtliche Geschäftsführer für den THW-Betreuungsbereich II — Völklingen

Ing. Karl Texter im Alter von 67 Jahren.

Als Karl Texter am 16. Oktober 1958 im Alter von 53 Jahren als Geschäftsführer seinen Dienst antrat, war der Landesverband Saarland erst neun Monate vorher gegründet worden. Er setzte seine ganze Kraft in den Aufbau der fünf Ortsverbände des Betreuungsbereiches Völklingen, bis er nach Erreichung der Altersgrenze am 31. März 1970 in den verdienten Ruhestand trat. Dem THW war er weiter verbunden geblieben. Seine Persönlichkeit wird unvergessen bleiben.

Der Landesbeauftragte für das Saarland

# SCHLESWIG~HOLSTEIN



## THW half „Gemeinnützigem Verein Haidburg“

Dreißig Helfer des THW-Ortsverbandes Niebüll haben im Rahmen einer Übung unter Leitung von Zugführer Armin Szeimis Arbeit geleistet, mit der sie dem „Gemeinnützigem Verein Haidburg“ sehr geholfen haben.

An einem Sonntag im Februar gingen die Helfer daran, den Anfahrtsweg von der Straße Süderlügum-Leck zur Haidburg gut befahrbar zu machen. Auf diese Idee, die Ausbildung mit einer technischen Hilfeleistung zu verbinden, war der THW-Ortsbeauftragte für Niebüll, Heinz Günter Fuhrhop, gekommen.

Im Sommer zuvor war ihm aufgefallen, daß die Versorgungsfahrzeuge, die Lebensmittel und dergleichen zur Haidburg bringen, nur mühsam von der Straße her ihr Ziel erreichen konnten. Ja, auch die nähere Umgebung des auf einem kleinen Berg gelegenen Gebäudes war nur unzureichend befestigt. Der Wind fraß sich in den Hügel ein und wehte den Sand über das Gelände. Hier bot sich die Möglichkeit an, die

verschiedensten Arbeitsgänge zu üben — und außerdem ein gutes Werk zu tun.

So rückten die Helfer des OV Niebüll mit Geräte- und Mannschaftswagen an. Mit der Motorsäge fällten sie Bäume, die den Weg verengten und rodeten die Stubben, die dann mit großer Mühe abtransportiert wurden. Den Hang befestigten die Helfer terrassenförmig mit Faschinen.

Am Nachmittag wurde dann auch noch die Zufahrt durch den Wald bis zur Haidburg hoch planiert. Nach zehnstündiger Übung kehrten die Helfer vom THW-Niebüll mit der Gewißheit nach Hause zurück, an diesem Sonntag nicht nur allerhand dazugelernt, sondern obendrein auch etwas Gutes getan zu haben.

## Wachwechsel beim OV Heide

Fritz Jatho, der die Geschicke des Heider Ortsverbandes seit den Tagen der Sturmflutkatastrophe im Februar 1962 leitete, hat dieses Amt abgegeben, um nicht mit einem anderen Ehrenamt zu kollidieren: denn er ist auch noch Kreisbeauftragter des Technischen Hilfs-



KB Fritz Jatho (stehend vorn) verabschiedete sich als Ortsbeauftragter vom OV Heide.

werke für den Landkreis Dithmarschen. Den Ortsverband Heide leitet vorübergehend kommissarisch Peter Waßmann, zusätzlich zu seinen Aufgaben als hauptamtlicher Geschäftsführer im Betreuungsbereich Dithmarschen/Westküste. Auf der ersten Helferversammlung dieses Jahres verabschiedete sich Fritz Jatho in seiner Eigenschaft als OB. Der stellvertretende Ortsbeauftragte Hinrich Timm dankte ihm im Namen der THW-Kameraden und überreichte Blumen sowie ein Buchgeschenk.



## Chronik des THW-Spielmansszuges „Blau-Gold“ Rheine

Am 1. März 1968 wurde während einer Helferversammlung des OV Rheine durch die Initiative des Zugführers Franz Edler der Spielmansszug „Blau-Gold“ Rheine gegründet. Spontan haben einige Helfer die erforderlichen Geldmittel zur Beschaffung der Grundinstrumente geliehen. Durch intensive Werbung wurde der Spielmansszug schon im ersten Jahr erheblich verstärkt, so daß weitere Instrumente beschafft werden mußten. Für die Ausbildung wurden Angehörige anderer Spielmanszüge herangezogen und als erster Tambourmajor Ernst Elfers für das THW und den Spielmansszug verpflichtet.

Im Jahre 1969 kamen dann die ersten Auftritte in der Öffentlichkeit und zwar beim Rosenmontagszug in Rheine sowie anlässlich zweier Schützenfeste. Auch der erste Auftritt außerhalb Rheines fand im Jahre 1969 statt. Im Jahre 1970 war eine weitere Verstärkung des Spielmansszuges zu verzeichnen und zwar insbesondere durch Jugendliche. Auch trat der Spielmansszug in diesem Jahr erstmalig zu einem Musikwettbewerb an und erreichte in der Wertung einen 7. Platz.

1971 kam es zu einigen Schwierigkeiten, da die bisherigen Ausbilder nicht mehr zur Verfügung standen. Durch Initiative Franz Eblers wurde dann der Leiter des Spielmansszuges „Emsklänge“, Erich Greve, als Ausbilder verpflichtet. Mit dieser Verpflichtung hatte der Spielmansszug einen Volltreffer gelandet, nahm er doch ungeahnten Aufschwung in den musikalischen Ausführungen und in seiner Mitgliederzahl. Hierzu trug vor allem das gute Abschneiden bei einem weiteren Musikwettbewerb bei, an dem bekannte Spielmanszüge aus der Bundesrepublik teilnahmen.

Im Jahre 1972 hatte der Spielmansszug bereits 34 Mitglieder, darunter 17 Jugendliche im Alter von 12 — 14 Jahren. Das bedingte eine erhebliche Verstärkung der Instrumente, so daß der Spielmansszug jetzt über 10 Trommeln, 24 Flöten, 3 Lyren, 1 Pauke, 2 Paar Becken, 1 Tambourin



„Bitte recht freundlich“ für den THW-Spielmansszug „Blau-Gold“ Rheine.

und einen großen Schellenbaum verfügt.

Im Frühjahr konnte der bisherige Tambourmajor aus privaten Gründen sein Amt nicht mehr ausüben, so daß zum neuen Tambourmajor der Helfer Herbert Edler einstimmig gewählt wurde. Da die Schrittführung großen Umfang annahm, wurde der Helfer Friedhelm Hintz mit dieser Aufgabe betraut, der seine Arbeit gewissenhaft und erfolgreich durchführt. Zum Jugendwart wurde der Helfer Walter Perrevoort ernannt. Im Laufe des Jahres 1972 wurde der Spielmansszug zu zahlreichen Veranstaltungen eingeladen, unter anderem zu THW-Veranstaltungen in Aachen und in Lüdenscheid sowie zur internationalen Musikparade nach Rastede/Niedersachsen. Erstmals erhielt der Spielmansszug im Jahre 1972 eine Einladung nach Belgien zu einem großen Musikwettbewerb, bei dem der Spielmansszug in seiner Klasse den 1. Platz belegte. Für das Jahr 1973 stehen schon jetzt eine Reihe von Einladungen an.

### Zum Wochenende nach Hoya

Die Ortsverbände Gelsenkirchen, Gladbeck und Bottrop führen Wochenendausbildungen an der Katastrophenschutzschule des Bundes — Außenstelle Hoya durch. Diese Wochenendausbildungen sind aus folgenden Gründen für die Ortsverbände von besonderer Bedeutung:

a) Da die Ortsverbände über zu wenig Brennerwarte verfügen, welche mit der Bedienung der Feldkochgeräte M-37 vertraut sind, ist geplant, durch den Gerätehandwerker des OV Gladbeck, Heinz Blömer, mehrere geeignete Helfer in Gelsenkirchen für die Bedienung der Feldkochherde vorzubereiten.

Bei der KSB-Außenstelle Hoya soll das so vorgeschulte Personal im Rahmen dieser Wochenendausbildungen die Brennerscheinprüfung ablegen. Es ist beabsichtigt, für die vier teilnehmenden Ortsverbände 15 - 17 Helfer für die Bedienung der Brenner vorzuschulen. Die Helfer sollen dann im Rahmen der Wochenendausbildung fortgebildet und geprüft werden.

b) Weiterhin sollen während der Wochenendausbildungen die Kenntnisse im Behelfsbrückenbau aufgefrischt werden. Dies ist nur in Hoya möglich, da den Ortsverbänden nicht genügend Baumaterial für Behelfsbrücken zur Verfügung steht.

c) Natürlich soll auch die Ausbildung im Wasserdienst verstärkt vorangetrieben werden. Da Gelsenkirchen und Gladbeck Helfer für den Wasserdienst bereitstellen sollen, ist es notwendig, die Helfer mit dem in Hoya zur Verfügung stehenden Gerät weiterzubilden.

d) Zusätzlich ist beabsichtigt, die Kraftfahrer der beteiligten Ortsverbände für Fahrten im Gelände fortbilden zu lassen.

e) Ferner wird angestrebt, die bereits im Besitz des Aubo-Scheins befindlichen Helfer weiterzuschulen und sie die mindestens erforderlichen 12 Fahrstunden je Jahr ableisten zu lassen.

f) Die in Hoya durchgeführten Ausbildungsveranstaltungen tragen zur Förderung der Zusammenarbeit der verschiedenen Ortsverbände wesentlich bei.

An den geplanten Veranstaltungen werden voraussichtlich vom OV Gelsenkirchen 25 Helfer, vom OV Gladbeck 20 Helfer, vom OV Bottrop 10 Helfer, vom OV Essen 10 Helfer, insgesamt 65 Helfer, teilnehmen. Die Leitungsaufgaben teilen sich die Geschäftsführer Mardorf und Grütter.



## Aus der Praxis im Wasseraufbereitungszug des OV Wuppertal

An einem Freitagnachmittag traten sich der Zugführer sowie die Helfer Krohn, Westermann, Schneppen-siefen, Gembruch und Kagel in der THW-Unterkunft Hatzenfelder Straße in Wuppertal-Barmen.

Am Dornloh in Langerfeld — Standort des Wasserwagens — bereiteten sich zur gleichen Zeit die Helfer Feußner und Schillings auf den Abmarsch vor. Der Wasserwagen wurde schon in den Wochen vorher an den Ausbildungsabenden für die große Übung „fertig gemacht“, so daß nur noch einige Kleinigkeiten verladen und noch einmal alles überprüft werden mußte.

Auf Hatfeld jedoch ging es rund. Die gesamte Küche sowie Halteleinen, Scheinwerfer, ein Schlauchboot und sonstige Materialien mußten verladen werden.

Nach einer guten Stunde war alles verstaут. Der Lastwagen, ein Leihwagen der Firma Dürdoth, und der THW-Kombi setzten sich in Richtung Dornloh in Bewegung. Beim Wasserwagen war inzwischen auch alles klar, so daß alle drei Fahrzeuge gemeinsam die Fahrt in Richtung Bevertalsperre antreten konnten.

Hier wurden wir bereits von unseren Leverkusener Kollegen, mit denen wir diese Gemeinschaftsübung durchführen wollten, erwartet. Die Leverkusener waren mit insgesamt sieben Helfern vertreten. Sie rückten mit zwei MKW, einem Fukow, einem Notstromaggregat und dem Wasserwagen an.

Nach einigen Minuten der Begrüßung wurden schnell Schlaf- und Küchenzelt aufgestellt und komplett eingerichtet. Der Wuppertaler Wasserwagen wurde währenddessen zur Wasserversorgung vorbereitet. Zwischen Schlafzelt und den beiden Wasseraufbereitungsanlagen wurden Telefonverbindungen hergestellt. Das fahrbare Notstromaggregat aus Leverkusen sorgte für die erforderliche Energie, um das Übungsgelände ausleuchten zu können.

Nach Stunden harter Arbeit machte sich der Hunger bemerkbar. Unser Chefkoch Lindner hatte vorgesorgt: Handschnittchen und Tee waren vorbereitet. Gegen 23 Uhr kehrte Ruhe im Lager ein. Die Wachen drehten ihre Runden.

Am Samstag schlüpfte um 6.30 Uhr alles aus den Schlafsäcken und begab sich zur Waschanlage. Man

kann sagen, daß an diesem „kühlen“ Morgen das aufbereitete Wasser ziemlich „frisch“ war.

Nach dem Frühstück wurden alle Helfer für bestimmte Dienste eingeteilt. Die Wasseraufbereitungsanlagen liefen den ganzen Tag. Im Laufe des Tages kamen weitere Helfer dazu. Als Besucher wurden Vertreter der Stadt Leverkusen und der Ortsbeauftragte des THW Wuppertal, Trauzettel, begrüßt. Zaungäste waren übrigens auch reichlich vertreten, da die Bevertalsperre bekanntlich ein beliebtes Ausflugsziel ist.

Der Sonntag begann mit einem reichhaltigen Frühstück. Während die Wasseraufbereitungsanlagen ununterbrochen liefen, wurde ein erstklassiges Mittagessen zubereitet. Sämtliche Gerätschaften wurden dann auf die Fahrzeuge verladen. Die Abfahrt beider Züge erfolgte um 17.30 Uhr.

Ausbildungsmäßig war diese Übung eine gelungene Sache (einschl. Wetter). Solche Gemeinschaftsübungen müßten öfter durchgeführt werden, um den Ausbildungsstand der Helfer der Wasseraufbereitungszüge immer aktuell zu halten.

### Gemeinsame Übung

Das technische Hilfswerk, die Feuerwehr und der Fernmeldezug Wanne-Eickel probten gemeinsam den Ernstfall. Mit insgesamt 115 Einsatzkräften und 25 Fahrzeugen rückte man aus zu einer 2-Tage-Übung in die Borkenberge/Haardt. Als Übungsanlage wurde angenommen, daß der erste Zug des THW einen achtzehn



Als Zuschauer dabei (von r. nach l.): Bereitschaftsführer Joachim Steinrotter, Oberbürgermeister Manfred Urbanski, Zugführer Karl-Heinz Umbreit, Parlamentarischer Staatssekretär Heinz Westphal und Stadtbrandmeister Alfons Stolze.

Meter hohen Feuerwachturm so abzubauen hatte, daß er an einer anderen Stelle wieder aufgebaut werden kann. Hierbei zeigten sich nach einiger Zeit schon Schwierigkeiten, denn die verrosteten Schrauben mußten mit Schweißbrennern gelöst werden. Um Waldbrandgefahr zu vermeiden, stellte die Freiwillige Feuerwehr einen Löschzug bereit. Zwei weitere Wagen des THW hatten die Aufgabe, vier Schießstände einzureißen und planzuebnen. Diese Aktion schien sogar dem Landtagsabgeordneten Helmut Hellwig interessant, denn er verfolgte die Ausführungen mit Aufmerksamkeit. Nachdem diese Einsätze erfolgreich über die Bühne gelaufen waren, schöpften die Akteure bei der traditionellen Erbsensuppe neue Kräfte.

Parlamentarischer Staatssekretär Heinz Westphal, Oberbürgermeister Urbanski sowie Mitglieder von Rat und Verwaltung ließen sich die „Ernstfall-Luft“ um die Nase wehen. Sie beobachteten voll Spannung vierzehn Männer des Fernmeldezuges beim Verlegen einer Feldtelefonanlage und sahen sie eine Funkbrücke aufbauen, die bis Wanne-Eickel reichte und an beiden Tagen nicht unterbrochen wurde. Für die Helfer des Fernmeldezuges war es eine Routine-sache, für die anderen Teilnehmer eine nützliche Einrichtung.

Nach der harten Arbeit am Samstagabend wurden alle 115 Einsatzkräfte mit Spielfilmen unterhalten. Dann tauchte für die Wehrmänner ein großes Problem auf, denn zum ersten Male mußten sie Wache schieben, während sich die anderen in ihre Schlafsäcke unter den Übungszelten zum Schlaf verkrochen.

Am nächsten Morgen wurde die Übung fortgesetzt, wobei die Feuerwehr mit drei Angriffszügen einen angenommenen Waldbrand zu löschen hatte. Die Einsatzkräfte des THW dagegen konnten anhand eines Wettbewerbes zeigen, was sie innerhalb eines Jahres an Theorie und Praxis erlernt hatten. So wurden u. a. im Panzerübungsgelände der Borkenburg abgestellte Panzer mit Hydropressen angehoben. Die Kraftfahrer sollten hier mit den schweren Lkw ihre Fahrkünste unter Beweis stellen. Als Anreiz hierzu waren Preise ausgesetzt. THW-Bereitschaftsführer Joachim Steinrotter und Feuerwehrbereitschaftsleiter A. Voss waren mit der gesamten Übung und der Zusammenarbeit im Katastrophenzug vollauf zufrieden.



## Neue Führung im Wittlager THW

Auf der Jahreshauptversammlung konnte der bisherige Zugführer Tuschkowski neben vielen Helfern die Vertreter des Kreises Osnabrück, Oberamtmann Rohling und Oberinspektor Marx, sowie THW-Hauptgeschäftsführer Schönbrunn begrüßen.

In seinem Rückblick wies der Zugführer auf die vielen Einsätze und Übungen hin, bei denen der THW-Ortsverband nahezu 5 000 Stunden Dienst für das Gemeinwohl geleistet habe.

Zugführer Tuschkowski stellte dann den bisherigen Ortsbeauftragten Frank als neuen Einheitsführer vor.

Der als Maschinenbaumeister und Betriebsleiter tätige Frank bringt alle nötigen Voraussetzungen für diese verantwortungsvolle Aufgabe mit, zumal er bereits viele Jahre als Orts- und zuletzt als Kreisbeauftragter Erfahrungen sammeln konnte.

Der LS-Bergungsdienst, bisher von THW-Helfern besetzt, wird nach den Ausführungen des Geschäftsführers Schönbrunn aus Osnabrück in das THW eingeordnet. Die Verwaltungsgeschäfte gehen dann auf den Ortsverband über. Diese Aufgabenverlagerung verursacht zusätzliche Arbeit. „Selbstverwalten“ lautet also die künftige Devise, doch diese „Freiheit bringt auch große Verantwortung“, erklärte Schönbrunn.

Er hofft jedoch, den Anforderungen und Wünschen des Ortsverbandes auch weiterhin gerecht werden zu können.

Als neuen Ortsbeauftragten stellte Zugführer Frank den bisherigen Gruppenführer Rainer Michaelis, von Beruf Finanzbeamter, der versammelten Helferschaft vor.

Michaelis versicherte, sich für die Belange des Ortsverbandes und der Helfer einzusetzen, um so eine gedeihliche Entwicklung zu fördern.

Der Leiter des Ordnungsamtes würdigte in seiner Ansprache die Arbeit des Ortsverbandes. Es sei wichtig, Vorsorge für einen Notfall zu treffen. Gerade die schweren Novemberstürme seien bezeichnendes Beispiel für die Härte, mit der Naturgewalten an der Menschheit, mit allen seinen Lebensgütern, Schaden nehmen könnten, stellte Rohling fest.

Den neuen Führungskräften wünschte Oberamtmann Rohling alles Gute in ihrer neuen Funktion.

## 20 Jahre Technisches Hilfswerk in Cloppenburg

Der OV Cloppenburg veranstaltete aus Anlaß seines 20-jährigen Bestehens eine Ausstellung auf dem Marktplatz der Kreisstadt. Mehr als 10 benachbarte Ortsverbände mit über 50 Einsatzfahrzeugen nahmen daran teil und boten mit Vorführungen aus der Ausbildung ein eindrucksvolles Bild.

In einer kleinen Feierstunde im Sitzungssaal der Kreisverwaltung begrüßte Kreisbeauftragter Hase zahlreiche Ehrengäste aus Behörden, Bundeswehr und befreundeten Organisationen. Er gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Ortsverbandes aus kleinsten Anfängen bis zum heutigen Stand und begrüßte besonders den früheren Ortsbeauftragten Jäger, der sein Amt aus beruflichen Gründen zur Verfügung stellen mußte. Trotzdem ist er bis heute dem THW eng verbunden geblieben und ein oft und gern gesehener Gast im OV. Hase betonte, daß Nachwuchssorgen kaum beständen, da ständig Helfer aus der Jugendgruppe in die Einsatzgruppen nachrückten.

Landrat Niermann lobte die Aktivität der Cloppenburgener Helfer und

sicherte auch für die Zukunft die tatkräftige Unterstützung des Kreises zu. Der OV besitzt seit zwei Jahren ein vom Kreis beschafftes Ölwehrfahrzeug, daß schon häufig eingesetzt werden mußte. Erst vor wenigen Wochen wurde dieses Spezialfahrzeug durch den Kreis mit einem Funkgerät ausgestattet und damit noch besser für den Einsatz gerüstet.

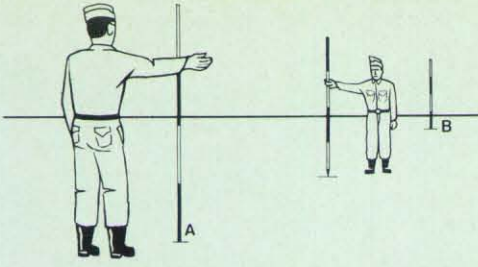
Der Landesbeauftragte für Niedersachsen, Dipl.-Ing. Schneider, sorgte für eine freudig aufgenommene Überraschung, als er dem Kreisbrandmeister Reuding das vom Direktor des THW verliehene Helferzeichen in Gold überreichte.

Er betonte in seinen Glückwünschen die gute Zusammenarbeit mit der Feuerwehr, die nicht zuletzt der Initiative des Kreisbrandmeisters zu verdanken sei, und stellte sie als vorbildlich hin. Nicht minder groß war die Überraschung und die Freude, als dem Sprengmeister und stellvertretenden Kreisbeauftragten Dieter Rux die gleiche Auszeichnung zuteil wurde. Die Ausstellung einer eigenen Sprenggruppe und zahlreiche erfolgreich durchgeführte Sprengungen hatten die Aktivität von Rux unter Beweis gestellt. In seinem Schlußwort betonte der Kreisbeauftragte die Notwendigkeit der Einsatzbereitschaft, die sich wiederholt bewährt habe.

Im Laufe des frühen Vormittags hatte Sprengmeister Rux mit seinen Kameraden die Sprengung von vier großen Baumstubben vorbereitet. Nach einem Rundgang durch die Ausstellung fuhren die Ehrengäste zum Sprengobjekt, wo der Sprengmeister die Art der Sprengung erklärte. Nach dem Verlassen der Sicherheitszone erklang das Warnsignal und kurz danach waren die einstmals großen Stubben nur noch Kleinholz.

Den Abschluß bildete ein gemeinsames Essen, das im Küchenwagen des OV Delmenhorst zubereitet worden war. Insgesamt haben rund 200 Helfer an dieser Veranstaltung teilgenommen.

Abb. 44



Einweisen von Fluchtstäben

Das Einweisen des Stabes in die Flucht der Strecke erfolgt auf Zeichen oder durch Kommandos des Einweisenden (vgl. Ziff. 105). Dieser visiert an den Seiten der bereits aufgestellten Stäbe entlang und korrigiert den Haltearm des Einzuweisenden, bis sich die Außenkanten des einzuweisenden Fluchtstabes mit den Kanten der stehenden Stäbe decken. Der in die Flucht neu einzuweisende Fluchtstab ist richtig eingewiesen, wenn der Einweisende in gebückter Haltung überprüft hat, ob sich die Stäbe auch unten decken.

Sowie der neue Stab korrekt in der Flucht der Strecke sich befindet, läßt ihn der Einzuweisende durch die Haltefinger gleiten und markiert durch Eindrücken der Stabspitze den Fluchtpunkt. Dann tritt er selbst mit gespreizten Beinen in die Flucht (Blick zum Einweisenden) und dreht oder stößt den Stab in den Boden.

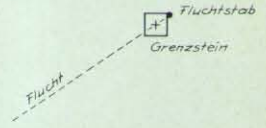
Um den Fluchtstab lotrecht zu stellen, visiert der Einweisende erneut an den Außenkanten entlang und stellt fest, ob diese sich decken. Der Einzuweisende nimmt auf seine Zeichen (oder Kommandos) die erforderlichen Korrekturen vor.

Festlegung eines Punktes im Gelände

[101] Ein Punkt wird im Gelände durch einen Fluchtstab gekennzeichnet. Dieser wird lotrecht exakt in der Mitte des zu kennzeichnenden Punktes aufgestellt.

Zur Aufstellung des Fluchtstabes über Festpunkten und Grenzsteinen verwendet man einen Fluchtstabhalter. Steht ein solcher nicht zur Verfügung, so ist der Stab hinter dem Grenzstein (oder dem Festpunkt) genau in Fluchtichtung aufzustellen.

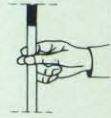
Abb. 39



Fluchtstab an einem Grenzstein

Durch Anlegen eines Schnurlotes von zwei im rechten Winkel zueinander liegenden Seiten ist zu überprüfen, ob der Fluchtstab senkrecht steht. Ist kein Lot zur Hand, so läßt sich der Stab behelfsmäßig durch Vergleich mit Häuserkanten oder Pfeilern lotrecht aufstellen.

Abb. 40



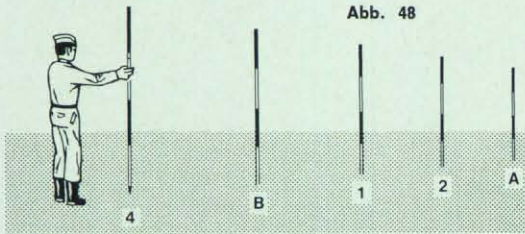
Halten eines Fluchtstabes mit drei Fingern

Als Behelfsrot kann auch ein zweiter Fluchtstab benutzt werden. Man hält diesen mit drei Fingern im oberen Drittel, läßt ihn auspendeln (seine Spitze schwebt frei über dem Boden) und richtet den ersten Fluchtstab nach ihm aus.

Verlängern einer Strecke durch Selbsteinweisen:

Der Helfer legt zunächst den Zwischenpunkt 4 fest, indem er den Fluchtstab über die Punkte B, 1, 2 und A ausfluchtet. Sodann weist er nach dem gleichen Verfahren die Punkte 3 und C ein.

Abb. 48



Verlängern einer Strecke durch Selbsteinweisen

Beachte: Beim Verlängern einer Strecke durch Selbsteinweisen ist grundsätzlich zuerst der Punkt auszuflichten, der dem Endpunkt der zu verlängernden Strecke am nächsten liegt.

Fluchten aus der Mitte

[107] Die Methode des Fluchtens aus der Mitte muß angewendet werden, wenn eine Gerade an beiden Enden durch Gebäude begrenzt wird oder wenn beide Endpunkte nicht einzusehen sind. In einem solchen Fall ist es unmöglich, die Endpunkte der Geraden von einem Punkt in Verlängerung der Geraden zur Deckung zu bringen.

Das Fluchten aus der Mitte kann mit Hilfe von Fluchtstäben oder von Winkelprismen durchgeführt werden. Bei längeren Strecken können Punkte auch mit dem Theodoliten zwischengefluchtet werden. Hierzu zielt man die Fluchtstäbe an den Spitzen an und erhält dadurch eine größtmögliche Genauigkeit.

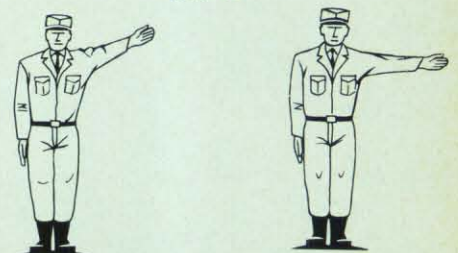
[105] Kommandos und Zeichen beim Einweisen (Ausfluchten) von Fluchtstäben: Der Einweisende übermittelt seine Anweisungen an den Einzuweisenden durch Zuruf (Kommando) oder über größere Entfernungen durch Zeichen.

Auf kurze Entfernung bedeutet das Kommando:

- „Vom“ = Fluchtstab vom Einzuweisenden weg
- „Zum“ = Fluchtstab zum Einzuweisenden hin
- „Stab — fest!“ = Haltefinger öffnen und Fluchtstab zu Boden gleiten lassen
- „Stab — fertig“ = Fluchtstab steht lotrecht in der Flucht und darf nicht mehr berührt werden.

Zur Verständigung außer Hörweite und über größere Entfernungen dienen Handzeichen. Es bedeutet:

Abb. 45



Arm seitwärts (rechts oder links):

Ganzer Stab seitwärts in Richtung Arm

Arm schräg oben (rechts oder links):

Stab oben „Vom“ oder „Zum“ Körper des Einzuweisenden

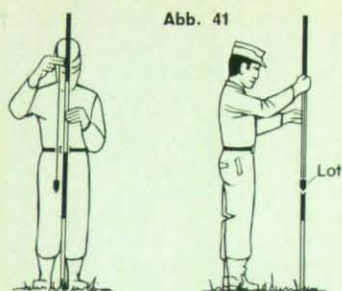


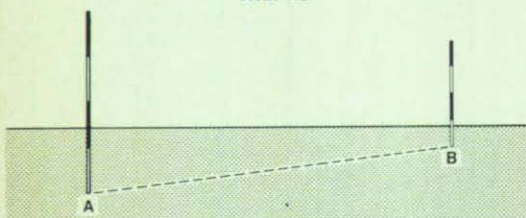
Abb. 41  
Ausrichten eines Fluchtstabes von zwei Seiten mit Hilfe eines Lotes

Fluchtstäbe, die nicht gebraucht werden, sind nicht auf der Erde abzulegen (Gefahr des Liegenlassens!), sondern stets schräg durcheinander (niemals senkrecht) hinzustellen, damit sie mit eingesetzten Stäben nicht verwechselt werden.

#### Festlegen einer Strecke im Gelände

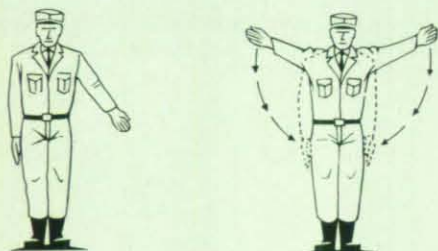
[102] Die Strecke ist eine Gerade, die durch zwei Punkte begrenzt wird. Sind im Gelände beide Punkte von einem Standort aus gleichzeitig einzusehen und durch lotrecht stehende Fluchtstäbe markiert, so gilt die Strecke als festgelegt (abgesteckt).

Abb. 42



Kennzeichnung einer Strecke

60



Arm schräg unten (rechts oder links):

Stab unten „Vom“ oder „Zum“ Körper des Einzuweisenden

1. Beide Arme schräg oben: „Stab in Flucht“

2. Beide Arme gleichmäßig herunterschlagen: „Stab — fest!“

3. Arme dreimal heben und nach unten schlagen: „Stab — fertig!“

#### Einweisen von Fluchtstäben durch Zeichen

Beim Einweisen mehrerer Zwischenpunkte ist zu beachten:

- Mit den Punkten beginnen, die vom Einweisenden am weitesten entfernt liegen (vgl. Ziff. 104).
- Fluchtstäbe müssen stets in ihrer gesamten Höhe — also auch am unteren Ende — deckungsgleich stehen.
- Farbe der Fluchtstäbe nach dem Hintergrund wählen: Bei hellem Hintergrund schwarz/weiße, bei dunklem Hintergrund rot/weiße Stäbe.
- Das Ausfluchten von Zwischenpunkten ist mit dem Nivelliergerät nur in ebenem Gelände möglich.

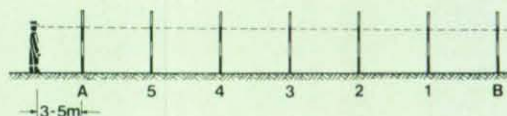
64

#### Einweisen von Zwischenpunkten in eine abgesteckte Gerade (Ausfluchten)

[103] Lange Strecken lassen sich durch zwei Fluchtstäbe nicht ausreichend kenntlich machen. Daher werden in gewissen Abständen innerhalb der Strecke Zwischenpunkte festgelegt und ebenfalls durch Fluchtstäbe gekennzeichnet. Ferner müssen alle Punkte gekennzeichnet werden, in denen Kunstbauten, Durchlässe, Gräben etc. vorgesehen sind.

[104] Zum Einfluchten von Zwischenpunkten sind in der Regel zwei Helfer — der **Einweisende** und der **Einzuweisende** — erforderlich. Sollen mehrere Zwischenpunkte einfluchtet werden, so sind zunächst die vom Einweisenden entfernt liegenden Punkte einzuweisen.

Abb. 43



#### Zwischenpunkte innerhalb einer Strecke

Ausfluchten durch zwei Helfer:

Der Einweisende stellt sich — Blick in Richtung der Strecke — etwa 3,00 bis 5,00 m hinter einen der Fluchtstäbe.

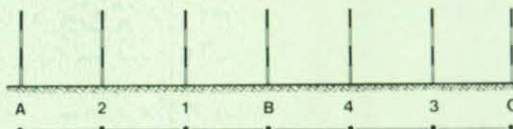
Der Einzuweisende stellt sich innerhalb der Strecke — jedoch außerhalb der Flucht — mit Blickrichtung zum Einweisenden auf. Dabei hält er den einzuweisenden Fluchtstab mit drei Fingern im oberen Drittel (durch sein Eigengewicht pendelt der Stab schnell über dem Boden lotrecht ein).

61

#### Verlängern einer Strecke

[106] Das Verlängern einer Strecke AB mit den Zwischenpunkten 1 und 2 über B (oder A) hinaus kann von einem oder zwei Helfern durchgeführt werden. Um Fehlerquellen zu vermeiden, sollte die Verlängerung BC nicht größer als AB sein.

Abb. 46



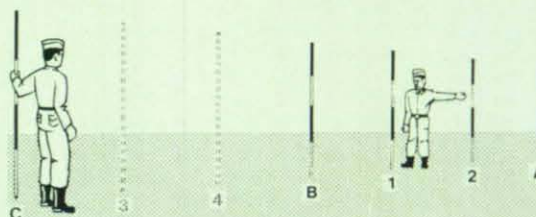
#### Verlängern einer Strecke

Verlängern (Einweisen) durch zwei Helfer:

Der Einweisende steht zwischen den Zwischenpunkten 1 und 2 und weist zunächst Punkt C ein. Er fluchtet dazu über die Punkte 1 und B.

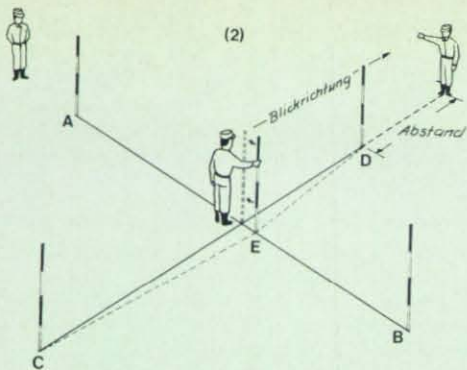
Liegt Punkt C fest, so werden Punkt 3 und dann Punkt 4 eingewiesen und festgelegt.

Abb. 47



#### Verlängern einer Strecke durch zwei Helfer

65



### Bestimmen des Schnittpunktes zweier Geraden durch drei Helfer

Das Einweisen erfolgt abwechselnd in Richtung AB und CD. Der Schnittpunkt ist gefunden, wenn der Fluchtstab E zugleich in der Geraden AB und in der Geraden CD steht.

### Schnittpunktbestimmung durch einen Helfer (Selbsteinweisung):

Zunächst werden die Geraden AB über A hinaus (F) und CD über C hinaus (G) durch Selbsteinweisung verlängert (vgl. Ziff. 106, Abb. 48). Ungefähr an der Stelle, an der später der gesuchte Punkt E sich befinden wird, legt der Helfer als Hilfsmittel einen Fluchtstab auf den Boden und richtet ihn nach CG aus.

Sodann führt er die Spitze des Fluchtstabes E an dem auf dem Boden liegenden Stab entlang und weist Stab E in Verlängerung der Geraden FA selbst ein. Der Fluchtstab E ist dann Schnittpunkt der Geraden AB und CD. Das Ergebnis ist nachzuprüfen.

70

Strecke in der Waagerechten, d. h. staffelförmig, gemessen werden. Hierzu benötigt man außer den beiden Meßblättern eine Wasserwaage, ein Lot sowie mehrere Fluchtstäbe.

Staffelmessungen werden in der Regel von zwei, in stark geneigtem Gelände von vier, Helfern durchgeführt. Es wird möglichst bergab gestaffelt.

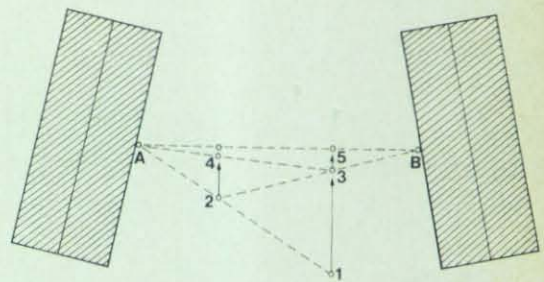
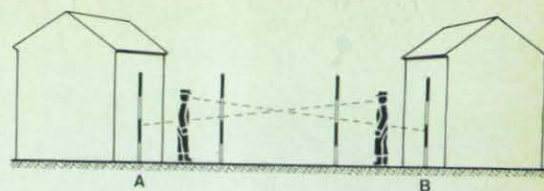
Die rot/weiße Meßlatte wird, beginnend am Ausgangspunkt der Strecke, mit der Wasserwaage horizontal eingerichtet und mit Hilfe eines Fluchtstabes in ihrer Lage festgehalten. Am Endpunkt der rot/weißen Latte wird auf die Erde heruntergelotet und die schwarz/weiße Latte an dem durch Loten ermittelten Punkt angelegt.

Nachdem jetzt die schwarz/weiße Latte mit Hilfe der Wasserwaage horizontal ausgerichtet ist, wird sie ihrerseits durch einen Fluchtstab festgehalten und erneut ein Punkt am Boden ausgelotet.

Der Vorgang ist abwechselnd zu wiederholen, bis die Strecke in ihrer Gesamtheit vermessen ist.

Die Latten sind gemäß Ziff. 110 auszuzählen. Bei der letzten Lattenmessung ist zu berücksichtigen, daß ihr Wert unter einer Lattenlänge liegt.

74



### Fluchten zwischen zwei Gebäuden

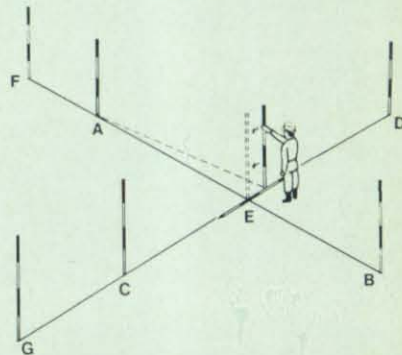
Fluchten aus der Mitte durch zwei Helfer mit Hilfe von Fluchtstäben:

Beide Helfer weisen sich gegenseitig über Hilfspunkte in die Flucht ein. Dazu müssen sie weit genug voneinander entfernt stehen. Der erste Helfer stellt seinen Fluchtstab 1 außerhalb der Flucht AB in Höhe seines späteren Standortes auf und weist den zweiten Helfer mit Stab 2 in die Flucht 1 A ein.

Der zweite Helfer weist sodann den ersten Helfer mit Fluchtstab 1 in die Flucht 2 B ein. Das gegenseitige Einweisen setzen die beiden Helfer fort, bis die beiden Fluchtstäbe 1 und 2 in der Flucht der Geraden AB stehen.

67

Abb. 53



### Bestimmen des Schnittpunktes zweier Geraden durch einen Helfer (Selbsteinweisung)

71

Beim Fluchten über eine Anhöhe wird in gleicher Weise verfahren.

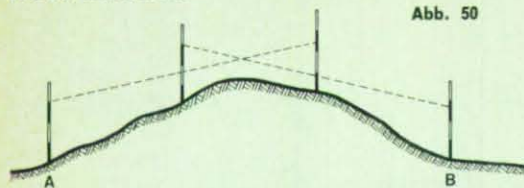
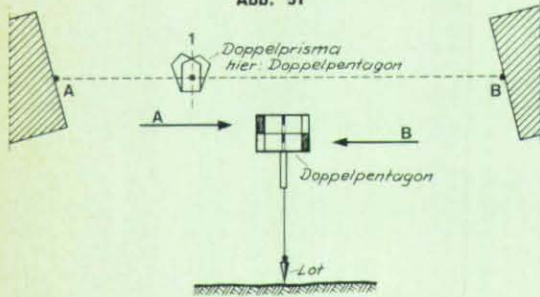


Abb. 50

### Fluchten über eine Anhöhe

Das Fluchten aus der Mitte mit Hilfe von Doppelprismen (Prismenkreuz, Doppelpentagon, Kreuzvisier) durch einen Helfer ist einfacher als das Fluchten mit Fluchtstäben durch zwei Helfer.

Abb. 51



### Selbsteinweisen mit Hilfe von Doppelprismen

Fluchten aus der Mitte (Selbsteinweisen) mit Hilfe von Doppelprismen:

Das Prisma wird mit einem Schnurlot versehen, dessen Spitze nach dem Einweisen den Fluchtspunkt markiert.

Mit dem Prisma stellt sich der Helfer in die Flucht AB und bringt die Fluchtstäbe A und B im Prisma zur Deckung. Damit hat er den

68

### 6.5. Längenmessung

#### Allgemeines

[109] Längenmessungen sind stets in der Waagerechten (Horizontalen) durchzuführen.

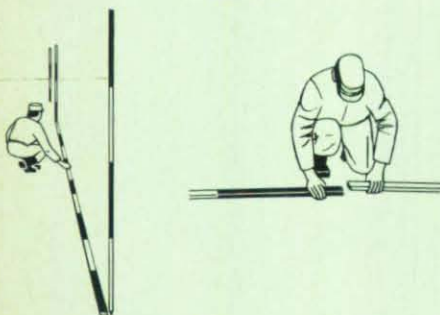
Steigungen oder Gefälle werden in ihrer Länge durch Staffelmessungen vermessen. Dabei braucht der Höhenunterschied nicht berücksichtigt zu werden.

Zum Messen kürzerer Entfernungen kann mit dem Gliedermaßstab oder dem Rollenmeßband gearbeitet werden. Zur genauen Messung langer Strecken sind die Meßlatten 3,00 bis 5,00 m zu verwenden.

#### Längenmessung mit Meßlatten in ebenem Gelände

[110] Für den Meßvorgang werden eine rot/weiße und eine schwarz/weiße Meßlatte mit Maßeinteilung benötigt. Die zu messende Strecke ist an den Endpunkten — bei längeren Strecken auch in Zwischenpunkten — durch Fluchtstäbe zu kennzeichnen. Eine Strecke, die vermessen werden soll, kann aus Geraden und Krümmungen bestehen.

Abb. 54



Längenmessung mit der Meßlatte

72

ersten Zwischenpunkt festgelegt, den er anschließend mit einem Fluchtstab kennzeichnet. Der Stab wird mit einem Schnurlot ausgerichtet.

Nach dem gleichen Verfahren werden weitere Zwischenpunkte eingewiesen, wenn es erforderlich ist.

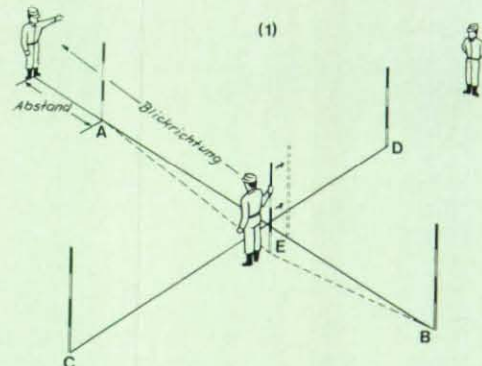
### Bestimmen des Schnittpunktes zweier Geraden

[108] Zum Bestimmen des Schnittpunktes zweier sich schneidender Geraden sind in der Regel drei Helfer erforderlich. Steht nur ein Helfer zur Verfügung, so kann dieser den Schnittpunkt durch Selbsteinweisen bestimmen.

Schnittpunktbestimmung durch drei Helfer:

Grundlage ist das Fluchten über zwei Strecken mit Hilfe von Fluchtstäben und das Einweisen durch zwei Einweisende. Der Schnittpunkt E liegt sowohl auf der Geraden AB als auch auf der Geraden CD.

Abb. 52



69

Längenmessung durch einen Helfer:

Der Helfer legt die rot/weiße Latte in die Flucht der Strecke, geht zum Anfangspunkt der Strecke zurück und läßt ein Lattenende mit der Mitte des Fluchtstabes abschließen.

Nachdem er die schwarz/weiße Latte vorgebracht und ausgerichtet hat, sichert er mit der flachen rechten Hand die rote Latte gegen Verschieben und legt die schwarze Latte mit der roten bündig. Er wiederholt den Vorgang mit beiden Latten abwechselnd, bis die gesamte Strecke aufgenommen ist.

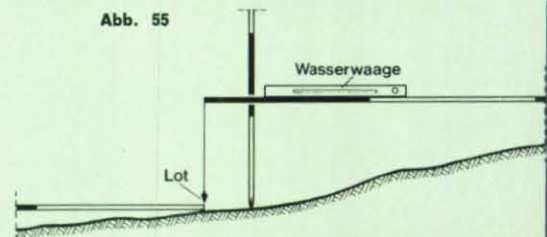
**Beachte:** Mit der rot/weißen Latte wird die 1., 3., 5. (usw.) Messung aufgenommen, mit der schwarz/weißen Latte die 2., 4., 6. (usw.) Messung. — Bei Aufnahme der Latten ist laut zu zählen, und zwar bei der roten Latte 5, 15, 25, 35, usw., bei der schwarzen Latte 10, 20, 30, 40 usw.

Muß innerhalb einer Strecke eine Krümmung vermessen werden, so geschieht es durch allmähliches Zurücknehmen der Meßlatten. Nur dadurch bleibt der Meßfehler geringfügig.

#### Messen einer Strecke in steigendem oder abfallendem Gelände (Staffelmessung)

[111] Auch in geneigtem Gelände muß eine

Abb. 55



Staffelmessung mit Meßlatten 5,00 m

73

Eduard Schott

## Wissenswertes über die Alarmgeräte des Warn- und Alarmdienstes

Die „Allgemeine Verwaltungsvorschrift für den örtlichen Alarmdienst“ (Vwv-Alarmdienst) regelt mit den Bestimmungen über den Probebetrieb im Frieden die Überprüfung der ortsfesten und beweglichen Alarmmittel. Zweimal im Jahr — im März und September — lassen uns deshalb die bereits gewohnten Sirensignale aufhören: Die zum Schutz der Bevölkerung aufgebauten Alarmgeräte werden erprobt. Zur Zeit sind es etwa 60 000 Elektro- und 300 Hochleistungssirenen. Wenn der Aufbau abgeschlossen sein wird, werden — hoffentlich nur zu Erprobungen — 82 000 Elektrosirenen und 500 Hochleistungssirenen einsatzbereit sein. Dann kann jeder Bewohner der Bundesrepublik alarmiert werden.

Für die Alarmierung wurden akustische Signale ausgewählt, die aus möglichst auffälligen und durchdringenden Tönen bestehen. Zahlreiche Messungen ergaben, daß fast alle Menschen auch im Schlaf durch Signale aufgeschreckt werden, die die Häuser mit einer Lautstärke von etwa 60 Phon erreichen und die von einem Heulton von 300 — 420 Schwingungen pro Sekunde gebildet werden. Der Kammerton a in der Musik hat vergleichsweise 440 Schwingungen pro Sekunde und ist damit etwas höher als der Heulton. Beim Probebetrieb erfolgt die großräumige Alarmierung wie im Verteidigungsfall durch die 10 Warnämter der Bundesrepublik. Mit einem Knopfdruck können von dort aus die Sirenen betätigt werden. Jedes Warngebiet ist in mehrere Warngruppen unterteilt, die bei Bedarf auch einzeln vom Warnamt alarmiert werden können. Von besonderen Warnstellen bei den Vermittlungsstellen der Deutschen Bundespost, die auf dem Auslöseweg vom Warnamt zur Sirene liegen, werden die jeweils



Zivilschutzsirene E 57 nach DIN 41096 auf dem Dach eines Gebäudes.

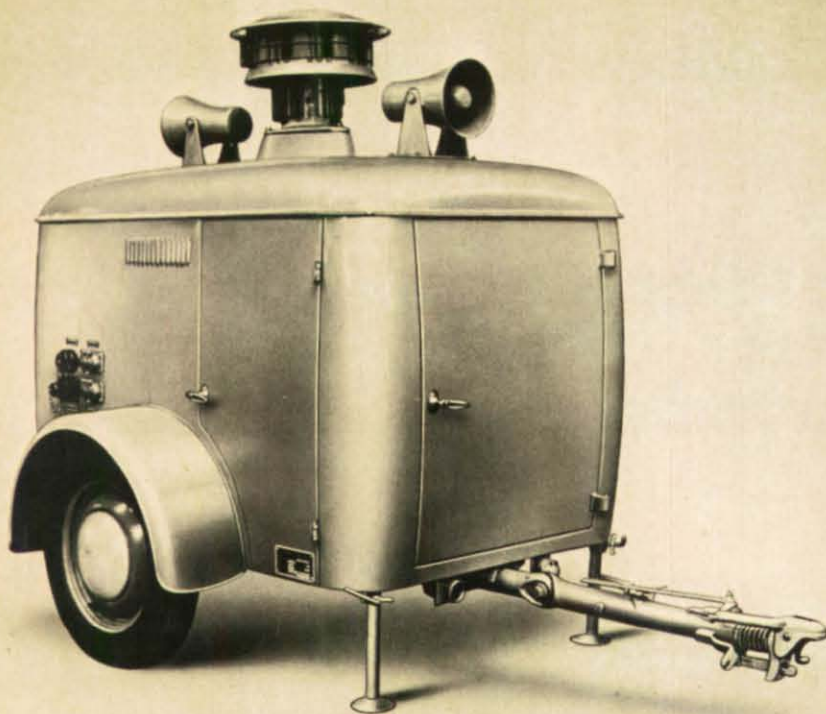
nachgeschalteten Sirenen angesprochen. Auf diese Weise ist es auch möglich, die Sirenen innerhalb kleinerer Gebiete — z. B. einer Großstadt oder eines Ortsnetzbereiches der Post — gesondert auszulösen.

Außerdem sind viele Sirenen mit Handsteuergeräten ausgerüstet, die bei Ausfall der Fernmeldeverbindungen eine Einzelauslösung der Sirene ermöglichen. Dabei wird nach Einschaltung des gewünschten Signalrhythmus dieser selbsttätig erzeugt. Schließlich befindet sich am Schaltkasten jeder Sirene ein Druckschalter, mit dem die Sirene angelassen werden kann, wobei allerdings der Rhythmus des Signals von Hand gegeben werden muß. In einigen Gebieten der Bundesrepublik werden Tonfrequenz-Rundsteueranlagen von Stromversorgungsunternehmen zur Auslösung von elektrischen Sirenen mitbenutzt. Hier können die Sirenen noch betätigt werden, wenn Postleitungen ausfallen sollten. Am häufigsten werden für die Alarmierung Elektrosirenen verwendet. Sie sind auf den Dächern von Häusern oder auf Masten so eingerichtet, daß eine möglichst gute akustische Wirkung erzielt wird. Zu

jeder Sirene gehört ein Schalt-schrank, in dem sich Sicherungen, Schaltschutz und Relais für die Auslösung befinden; daneben bestehen Anschlußmöglichkeiten für Feuermeldeeinrichtungen. Eine Sirene — geliefert, montiert und angeschlossen — kostet je nach den örtlichen Gegebenheiten 3000,— bis 3500,— DM. Der Preisunterschied ergibt sich aus häufig notwendigen Verstärkungen der Dachkonstruktionen und örtlich verschiedenen Aufwendungen für die Erdung der Anlage. Die Wartung kostet z. Z. pro Sirene und Jahr etwa 80,— DM; jedoch laufen Versuche, durch zusätzliche technische Maßnahmen wie verbesserten Korrosionsschutz Wartungskosten einzusparen.

Die elektrische Sirene ist nach DIN 41 096 genormt. Sie benötigt eine elektrische Leistung von 5 kW, ihre Lautstärke beträgt in 30 m Entfernung 101 dBC. Zu ihrer Energieversorgung ist ein intaktes Starkstromnetz, zur zentralen Auslösung sind unversehrte Fernmeldeleitungen der Deutschen Bundespost erforderlich. Gegenüber der Elektrosirene ist die Hochleistungssirene von der öffentlichen Stromversorgung unabhängig. In dieser Anlage erzeugt ein Dieselmotor, der sich bei Bedarf selbsttätig einschaltet, die erforderliche Energie, die elektrisch in Batterien und als Preßluft für die akustische Arbeit in einem Preßluftbehälter gespeichert wird. Diese aufwendigen Einrichtungen lassen sich wirtschaftlich nur vertreten, wenn ein Gerät ein größeres Gebiet alarmieren kann. Daher sind Hochleistungssirenen für eine akustische Leistung von 122 dBC — ebenfalls in 30 m Entfernung gemessen — ausgelegt; das entspricht einer erheblich höheren Leistung als der einer Elektrosirene.

Hochleistungssirenen werden je nach örtlichen Gegebenheiten als 20-m- oder 30-m-Mastanlagen oder auch als Gebäudeanlagen errichtet. Diesel- und Kompressoraggregate, Batterien und Steuerschrank sind in einem unterirdischen Maschinenbehälter untergebracht. Der Preßluftvorratbehälter kann innerhalb des Gittermastes eingebaut werden. Im Sirenenkopf ist der Schallgeber untergebracht; er wird durch einen



**Fahrbare Sirene mit Lautsprecher als Anhänger an ein Kraftfahrzeug.**

von Batteriestrom gespeisten Elektromotor angetrieben. Der erzeugte Ton wird durch Strahler möglichst in horizontale Richtung gelenkt. Mit Hochleistungssirenen lassen sich dieselben Alarmsignale wie mit Elektrosirenen erzeugen. Eine Hochleistungssirene einschl. eines 20m-Mastes — geliefert, montiert und über eine Fernmeldeleitung der DBP an das Warnnetz angeschlossen — kostet in der Regel mehr als das Zwanzigfache des Preises einer Elektrosirene, desgleichen die Wartung und Unterhaltung.

Die Auslösung erfolgt wie bei der E-Sirene über Postleitungen. Trotz der vorteilhaften Unabhängigkeit von der öffentlichen Stromversorgung können Hochleistungssirenen aus wirtschaftlichen Gründen nicht ausschließlich verwendet werden.

So wurde zum Beispiel in einigen Großstädten das Stadtgebiet zunächst mit einem Hochleistungssirenenetz versehen, das so geplant war, daß bei ungestörter Ausbreitung der Schallwellen eine ausreichende Alarmierungslautstärke erwartet werden konnte. Durch Beschallungsversuche und nicht zuletzt durch die Auswertungen der Probetriebe wurden die verbliebenen Beschallungslücken ermittelt, die durch örtlich besonders hohen Verkehrslärm oder durch ungünstige Ausbreitungsbedingungen infolge

Bebauung mit Hochhäusern bedingt waren.

Zur Schließung dieser Beschallungslücken stand man vor der Wahl, jeweils eine weitere Hochleistungssirene oder eine oder mehrere der billigeren Elektrosirenen als „Füllsender“ einzusetzen. Heute besteht deshalb zur Erzielung einer möglichst gleichmäßigen Beschallung in vielen Großstädten meist ein aus Hochleistungssirenen bestehendes Grundnetz, dem ein weiteres aus Elektrosirenen bestehendes Netz überlagert ist.

Sirenen werden so eingerichtet, daß die Signale in bewohnten Straßen mindestens eine Lautstärke von 60 Phon erreichen und den Verkehrslärm möglichst um 5 Phon übertönen. Nach diesen Gesichtspunkten sind in einem großen Teil der Bundesrepublik bereits Alarmgeräte aufgestellt worden, während in kleineren, zum Teil zusammenhängenden Gebieten noch keine Alarmierung mit Sirenen möglich ist. Im Rahmen der verfügbaren Finanzmittel sollen diese Lücken so bald wie möglich geschlossen werden. Mit kleineren Lücken muß allerdings immer wieder gerechnet werden, nämlich wenn neue Siedlungsgebiete erschlossen werden oder der Verkehrslärm steigt.

Der Vollständigkeit halber ist noch zu erwähnen, daß auch einige Ortsrufanlagen zur Alarmierung der Bevölkerung mitbenutzt werden.

Diese Ortsrufanlagen bestehen aus Verstärkeranlagen und über die gesamte Ortschaft verteilte Lautsprecher. Sie haben ähnliche Aufgaben wie örtliche Mitteilungsblätter; mit ihnen werden regelmäßige Durchsagen an die Bevölkerung gegeben. Etwa 60 derartige Anlagen sind mit Zusatzgeräten ausgestattet, die die Alarmsignale erzeugen und über Verstärker auf die Lautsprecher geben. Auch sie haben über Fernmeldeleitungen Anschluß an das Warnnetz.

Alle bisher erwähnten Alarmierungsgeräte erfordern bei zentraler Auslösung unversehrte Fernmeldeverbindungen der DBP. Elektrische Sirenen und Ortsrufanlagen sind darüber hinaus von einer ungestörten Stromversorgung abhängig.

Beide Voraussetzungen bestehen bei fahrbaren Sirenen nicht, so daß der örtliche Zivilschutzleiter — unabhängig von anderen Alarmmitteln — die Bevölkerung jederzeit alarmieren kann. Mit Hilfe der fahrbaren Sirenen werden nicht nur Sirensignale abgegeben, es können auch zusätzlich Durchsagen erfolgen, um gezielte Maßnahmen einzuleiten.

Vor mehreren Jahren sind daher 400 Sirenen beschafft worden, die auf Kraftfahrzeuganhänger montiert sind und beim Einsatz durch einen LKW gezogen werden müssen. Die Technik erlaubt inzwischen kleine und leichte elektronische Ausführungen, die in jedem Pkw mitgeführt und an dessen Stromversorgung angeschlossen werden können. Die benötigten Lautsprecher sollen schnell, ähnlich wie Skier, auf dem Pkw-Dach befestigt werden. Das Bundesamt für zivilen Bevölkerungsschutz hat mehrere Prototypen der elektronischen Sirenen und wird sie nach entsprechender Erprobung einführen. Damit werden strom- und fernmeldenetzunabhängige Alarmierungsmittel zur Verfügung stehen, die beweglich einzusetzen sind. Sobald der Aufbau der Alarmgeräte abgeschlossen ist, kann jeder Bewohner der Bundesrepublik über feste Alarmgeräte, z. B. von einem der Warnämter aus, unmittelbar und schnell auf drohende Gefahren durch Sirensignale aufmerksam gemacht werden. Sollten Stromversorgung oder Fernmeldeverbindungen ausfallen, bleibt immer noch die Möglichkeit der Alarmierung durch fahrbare Sirenen. So wird die Alarmierung der gesamten Bevölkerung mit Sirenen nach Abschluß des Aufbauprogramms in jedem Fall sichergestellt sein.



## Offizieller Besuch



Auch die Ausrüstung eines Rettungstransportwagens interessierte Lady Moyra bei ihrem Besuch in Lintorf.

Vom 9. bis 12. März weilte Lady Moyra Browne, Superintendent-in-Chief der St. John Ambulance Association and Brigade, zu einem offiziellen Besuch bei der Johanniter-Unfallhilfe in der Bundesrepublik. Sie informierte sich über die verschiedenen typischen Dienste der JUH, wie Bluttransporte, Autobahneinsatz der JUH in Zusammenarbeit mit der Polizei sowie über die einzelnen Unterrichtsarten. Sie besichtigte verschiedene Unterkünfte der JUH.

## 50 Prozent der Helfer sind aktiv tätig

Das Jahr 1972 brachte der JUH einen beträchtlichen Mitgliederzuwachs. Dies ist aus Tabelle I ersichtlich. Diese Tabelle sagt jedoch hinsichtlich des Neuzugangs von Helfern nichts aus. Diese Zahl würde wesentlich über dem Zuwachs von 814 Helfern — eine Steigerung von 14 v. H. gegenüber dem Vorjahr — liegen, da die durch Einberufungen zur Bundeswehr, aus Gründen der Berufsausbildung, Ortswechsel u. a. verursachten Austritte von Helfern nicht erfaßt sind. Ein Teil der nicht mehr aktiven Helfer bleibt als passives Mitglied der JUH treu und verstärkt somit die Zahl der Mitglieder.

Mit erfaßt in der Tabelle ist die JUH-Jugend, für die am 1. 10. 1972

eine Gesamtzahl von 883 Jugendlichen (davon 27 in Nordrhein-Westfalen, 148 in Niedersachsen) festgestellt wurde. Der Aufbau von Jugendgruppen könnte wesentlich gefördert werden, wenn genügend Persönlichkeiten, die zur Führung von Jugendgruppen geeignet sind, zur Verfügung stünden.

Das Ergebnis der Erste-Hilfe-Ausbildung (siehe Tabelle II) brachte auch 1972 keinen Aufwärtstrend. Vielmehr zeigt das Ergebnis der letzten vier Jahre, daß die Gesamtausbildungsleistung sich mit geringen Schwankungen zwischen rund 55 000 und 57 000 bewegt.

Dabei zeigt ein Vergleich der Leistungen der einzelnen Landesverbände und erst recht der einzelnen Ortsbezirke ganz erhebliche Schwankungen, wobei sich Mehr- und Minderleistungen im Gesamtergebnis einigermaßen ausgleichen.

Bei dieser Ausbilderleistung ist zu berücksichtigen, daß dieselben Ausbilder, die die Erste-Hilfe-Lehrgänge durchführen, auch die Kurse in „Sofortmaßnahmen am Unfallort“ (SM) abhalten müssen (Tabelle III). Da durch die JUH-Standorte gegenüber bestimmten Fahrschulen eine Verpflichtung eingegangen wurde, die Führerscheinbewerber dieser Fahrschulen in SM zu unterweisen, werden bei einem Mangel an Ausbildern die SM-Informationen den

Erste-Hilfe-Lehrgängen vorgezogen. Die Kurse in Häuslicher Krankenpflege (Tabelle III) werden von anderem Lehrpersonal durchgeführt. Sie bleiben seit Jahren auf gleicher Leistungshöhe, da die hierfür zur Verfügung stehenden Mittel recht knapp sind.

Es scheint ein Widerspruch zu sein, daß bei einem beträchtlichen Zuwachs an Helfern die Erste-Hilfe-Ausbildung seit vier Jahren stagniert. Tatsächlich waren am 1. Oktober 1972 in der Ersten-Hilfe-Ausbildung nur eingesetzt:

- 262 Ärzte,
- 331 Ausbilder,
- 604 Hilfsausbilder.

Obwohl alljährlich 250 bis 300 neue Ausbilder und Hilfsausbilder hinzukommen, bleibt die Zahl annähernd konstant, da etwa die gleiche Anzahl alljährlich für einen Ausbidereinsatz ausfällt. Soweit Ausbilder gleichzeitig Helferführer sind, werden sie von anderen Aufgaben absorbiert, insbesondere von dem in den letzten Jahren stark angewachsenen Rettungsdienst.

Tabelle IV zeigt die gegenüber dem Vorjahr erheblich verstärkten Leistungen auf dem Gebiet des Krankentransportes und der Hilfeleistungen.

Außer den Krankentransporten werden Blutkonserven-Transporte gefahren. Der Standort Köln hat 1972 1 124 und der Standort Lintorf 1 578, insgesamt also 2 702 Blutkonserven, transportiert. Der Standort Köln hat außerdem 28 Nierentransporte gefahren.

Eine kürzlich abgeschlossene Fragebogenaktion ergab interessante Zahlen über den Umfang, den das Rettungswesen mittlerweile in der JUH einnimmt. Es sind im Rettungsdienst der JUH in 86 Standorten im Einsatz

- 30 hauptamtliche Personen
- 47 Ersatzdienstleistende
- 2 888 ehrenamtliche Helfer, insgesamt
- 2 965 Personen.

Hierfür stehen zur Verfügung:

- 23 Rettungs-Transport-Wagen
- 97 Kranken-Transport-Wagen
- 59 Behelfs-KTW, insgesamt
- 179 Fahrzeuge.

Es ist also nahezu die Hälfte der Helferschaft im Rettungswesen aktiv

tätig. Dieser Einsatz ist auch nützlich für die Qualität der Kurse in Sofortmaßnahmen und in Erster Hilfe. Ausbilder, die selbst im aktiven Einsatz im Rettungsdienst Erfahrungen machen konnten, vermitteln einen wesentlich lebendigeren und interessanteren Unterricht als solche, die nur Lehrbuchweisheit weitergeben.

Ein wesentlicher Teil unserer Helferschaft ist zum Einsatz im Katastrophenschutz verpflichtet. Da der Katastrophenschutz in fast allen Bundesländern — mit Ausnahme von Nordrhein-Westfalen — jedoch erst im Aufbau begriffen ist, werden diese Zahlen beträchtlich anwachsen. Mit den Aufgaben wird auch die

JUH-Helferschaft von Jahr zu Jahr weiter wachsen, wobei allerdings daran gedacht werden muß, den organisatorischen Rahmen der JUH, der wegen des Mangels an entsprechenden Mitteln schon jetzt allzu knapp und damit überlastet ist, entsprechend zu verstärken.

Wolf von Zawadzky

**Tabelle I Die Zahl der aktiven Helfer und der Mitglieder am 1. 10. 1972**  
(Vorjahreszahlen in Klammern)

Land	Helfer	Helferinnen	Gesamt	Mitglieder	Prozent
Baden-Württemberg	308 ( 285)	190 ( 160)	498 ( 445)	1 098 ( 933)	10,7 (10,52)
Bayern	523 ( 461)	262 ( 186)	785 ( 647)	1 645 (1 378)	16,0 (15,53)
Berlin	69 ( 80)	18 ( 24)	87 ( 104)	166 ( 181)	1,6 ( 2,04)
Hamburg	180 ( 137)	66 ( 43)	246 ( 180)	375 ( 296)	3,6 ( 3,34)
Hessen, Rheinland-Pfalz	478 ( 409)	164 ( 142)	642 ( 551)	930 ( 782)	9,0 ( 8,82)
Niedersachsen	665 ( 566)	305 ( 272)	970 ( 838)	1 528 (1 297)	14,8 (14,62)
Nordrhein-Westfalen	2 333 (2 194)	720 ( 574)	3 053 (2 768)	4 176 (3 708)	40,5 (41,80)
Schleswig-Holstein	183 ( 138)	104 ( 83)	287 ( 221)	387 ( 295)	3,8 ( 3,33)
Insgesamt:	4 739 (4 270)	1 829 (1 484)	6 568 (5 754)	10 305 (8 870)	

**Tabelle II Übersicht und Ergebnis der Ausbildung in Erster Hilfe im Jahre 1972**  
(Vergleichszahlen 1971 in Klammern)

Land	Ausbilder	Helfer	Laien	Gesamtzahl
Baden-Württemberg	27 ( 36)	112 ( 162)	4 944 ( 4 887)	5 085 ( 5 085)
Bayern	6 ( 34)	356 ( 317)	6 046 ( 7 737)	6 408 ( 8 008)
Berlin	10 ( 4)	31 ( 43)	1 313 ( 1 317)	1 233 ( 1 364)
Hamburg	14 ( 4)	101 ( 100)	6 231 ( 4 908)	6 346 ( 5 012)
Hessen, Rheinland-Pfalz	40 ( 32)	156 ( 286)	3 719 ( 4 341)	3 728 ( 4 659)
Niedersachsen	62 ( 73)	583 ( 660)	9 922 ( 9 572)	10 588 (10 305)
Nordrhein-Westfalen	94 ( 98)	1 424 ( 839)	15 409 (16 361)	16 851 (17 289)
Schleswig-Holstein	15 ( 17)	151 ( 175)	4 793 ( 5 386)	4 959 ( 5 578)
Gesamt:	268 (298)	2 914 (2 582)	52 377 (54 509)	55 239 (57 389)

**Tabelle III Ausbildungsleistung 1972 in „Sofortmaßnahmen“ und „Häuslicher Krankenpflege“**  
(Vorjahreszahlen in Klammern)

Land	Sofortmaßnahmen	Häusliche Krankenpflege
Baden-Württemberg	2 814 ( 2 200)	63 ( —)
Bayern	8 257 ( 8 783)	132 ( 228)
Berlin	2 484 ( 2 893)	18 ( 43)
Hamburg	2 852 ( 3 214)	— ( —)
Hessen, Rheinland-Pfalz	5 418 ( 4 625)	863 (1 158)
Niedersachsen	10 946 (10 616)	109 ( 120)
Nordrhein-Westfalen	13 716 (12 500)	1 167 ( 818)
Schleswig-Holstein	2 250 ( 2 837)	10 ( —)
Gesamt:	48 737 (47 668)	2 395 (2 367)

**Tabelle IV Einsatzleistungen**

Landesbezirk	Krankentransporte		Hilfeleistungen	
	1972	1971	1972	1971
Schleswig-Holstein	843	43	1 369	277
Hamburg	765	569	2 190	762
Niedersachsen	16 392	8 132	14 158	17 914
Nordrhein-Westfalen	14 029	9 847	29 345	24 900
Hessen	3 063	2 856	11 013	9 161
Baden-Württemberg	2 062	1 814	7 425	3 402
Bayern	20 787	10 619	12 635	10 116
Berlin	1 035	—	874	—
Gesamt:	58 976	33 942	79 009	66 532

Hubschrauber-Einsätze Dezember 72 = 70 Einsätze (26 Transporte, 37 Versorgungen am Unfallort, Fehlflüge)

## Ausbildung

### Sofortmaßnahmen am Unfallort

Die Unterrichtung der Führerscheinbewerber in Sofortmaßnahmen am Unfallort ist seit 1969 selbstverständlicher Bestandteil des Ausbildungsauftrages des MHD. Seitdem erwarben durch diese Unterrichtung fast 400 000 Personen beim MHD die Voraussetzung für den Erhalt des Führerscheins. Um diese Ausbildung interessanter zu gestalten, drehte der MHD hierzu einen Film mit dem Titel „Sofortmaßnahmen am Unfallort“, der das Prädikat „Besonders wertvoll“ erhielt.



### Erste-Hilfe

Im Jahre 1973 überschritt die Gesamtzahl der durch den MHD in Erster-Hilfe ausgebildeten Personen die 1 Million (1 041 654). Obwohl seit 1969 die Unterrichtung der Führerscheinbewerber hinzukam, nimmt die Zahl der in der Ersten-Hilfe-Ausgebildeten von Jahr zu Jahr zu. Zu dem besonders interessierten Teilnehmerkreis zählen in verstärktem Maße Schüler und Schülerinnen aller Schulformen.

### Schwesternhelferin

Hinter diesem Namen verbirgt sich eine interessante Ausbildung, die wertvolle Kenntnisse auf den Gebieten der Krankenpflege und der Gesundheitslehre umfaßt. Jährlich lassen sich rund 4500 Frauen und Mädchen als Schwesternhelferin ausbilden, um in Krankenhäusern effektiv helfen zu können.

### Sanitätshelfer

Die aktiven Mitglieder im MHD erhalten außer der Ersten-Hilfe-Grundausbildung eine 24stündige Ausbildung als Helfer im Sanitätsdienst, die als Voraussetzung für die weitere Fachausbildung als Schwesternhelferin oder Rettungssanitäter gilt.



## Einsatz

### Im Sanitätsdienst

Die im freiwilligen Sanitätsdienst bei Veranstaltungen aller Art vorgenommenen Hilfeleistungen sind Ausdruck der Einsatzfreudigkeit und eines uneingeschränkten Idealismus, mit denen die Helferinnen und Helfer des MHD während ihrer Freizeit allein im Jahre 1972 bei 35 090 Einsätzen den Dienst versahen, dabei 70 642 mal Hilfe leisteten und 723 471 Stunden aufwandten.



### Im Krankentransport und Rettungsdienst

Im Jahre 1972 konnten insgesamt im Krankentransport und Rettungsdienst 72 143 Transporte bei einer Fahrtleistung von 2 472 828 Kilometern durchgeführt werden. Diese Zahlen zeigen im Vergleich zu den Vorjahren eine verstärkte Beteiligung des MHD an den Aufgaben des Rettungsdienstes. So kann eine jährliche Zuwachsrate von rund 30 % in diesem Dienst beobachtet werden.



### Im Hubschrauberrettungsdienst

658 Einsätze wurden im Laufe eines Jahres von dem in Köln stationierten Rettungshubschrauber geflogen, bei denen 527 Personen durch den Malteser-Arzt an der Unfallstelle versorgt wurden. Allein bei 107 Einsätzen konnte der Einsatz des Rettungshubschraubers als lebensrettend angesehen werden. In der Zwischenzeit ist dieser Modellversuch als Ergänzung des bodenständigen Rettungsdienstes im Raume Köln nicht mehr wegzudenken.



### Im Auslandseinsatz

Hilfeinsätze bei Katastrophen im Ausland — wie beispielsweise in Rumänien, Indien und Peru — konnten vom MHD spontan übernommen werden, da Ärzte und Helfer für diese Einsätze kurzfristig alarmiert werden können. Seit 1967 leistet der MHD darüber hinaus im Kriegsgebiet von Süd-Vietnam humanitäre Hilfe und konnte im Dezember 1971 das neue Krankenhaus in Da Nang mit seinen Ärzten, Schwestern und Pflegern übernehmen.



### Im Katastrophenschutz

Übungen im Rahmen der Einheiten sowie im Zusammenwirken mit Einheiten anderer Fachdienste garantieren die ständige Schulung von Helfern und Führern sowie die Einsatzbereitschaft der Einheiten des Katastrophenschutzes. 23 Fernmeldzüge, 24 Sanitätsbereitschaften, 17 Krankentransportzüge sowie 11 ABC- und Betreuungseinheiten werden vom MHD zur Zeit personell besetzt. Der MHD-eigene Katastropheneinsatzzug, der neben den Einheiten des Erweiterten Katastrophenschutzes für Katastrophenfälle bereitsteht, verfügt allein über 390 Sonderfahrzeuge, darunter Rettungs-Lastkraftwagen, Wasseraufbereitungsanlagen und Lichtgiraffen.

### Im Fernmeldedienst

Die Fernmeldeeinheiten des MHD wirken bei Veranstaltungen und Übungen als Führungsmittel für den Sanitätsdienst mit. Die Einheiten sind mit Funkgeräten und Fernsprechwagen ausgerüstet.

### Als Schwesternhelferin

In 423 Krankenhäusern sowie bei zahlreichen Veranstaltungen versahen die Schwesternhelferinnen und Pflegediensthelfer ihren Dienst und leisteten eine wirkungsvolle Entlastung des hauptamtlichen Pflegepersonals. Die hierbei im Berichtsjahr 1972 geleisteten 373 425 Dienststunden sind ein eindrucksvoller Beweis für die Hilfsbereitschaft der jungen Malteser-Helferinnen.





## AKTUELLE NACHRICHTEN

### **Nordvietnams Selbstschutz beim Deichbau**

Die Reparaturarbeiten an den durch Bombenabwürfe zerstörten Deichen in Nordvietnam werden nach einer Meldung von Koydo-Reuter aus Hongkong von Selbstschutz-Einheiten durchgeführt. Im Jahre 1972 wurden bis zum Monat Juli nicht nur die zerstörten Deiche wieder instandgesetzt, sondern darüber hinaus über 20 000 000 Kubikmeter Aufschüttungen für Deich-Neubauten vorgenommen.

Damit haben die organisierten Selbstschutz-Sonderkommandos im Deichbau-Programm — sie stehen Tag und Nacht im Einsatz — das Plansoll für die Neuerrichtung von Deichen bereits um das Fünffache erfüllt.

### **Atommüll soll sich selbst versenken**

Die Menge des aus Kernkraftwerken anfallenden Atommülls wird in den nächsten Jahrzehnten erheblich steigen. Man rechnet damit, daß allein in den EWG-Ländern bis zum Jahre 2000 über 100 000 Tonnen dieses Mülls anfallen werden, deren Lagerung in strahlensicheren Stollen aufgelassener Bergwerke nicht überall und nicht auf die Dauer möglich sein wird.

Dieser Müll muß aber, von der Biosphäre abgeschlossen, etwa 250 000 Jahre lang so gelagert werden, daß selbst bei Naturkatastrophen keine von ihm ausgehenden Schäden verursacht werden können.

Man will sich — einem Vorschlag aus dem Bereich der EWG folgend — nun zu einem Verfahren der Beseitigung und Lagerung entschließen, bei dem sich der Atommüll durch seine eigene Wärmeleistung selbst in Salzstöcken

versenkt. In Kugelbehältern von 40 cm Durchmesser untergebracht, würde beispielsweise Atommüll von 0,6 W/cm Wärmeleistungsdichte durch die Wärme in der Kugelwand das Salz in einer Salzlagerstätte um den Behälter herum verflüssigen. Der Behälter würde dabei im Laufe von 6 Monaten in eine sichere Tiefe absinken.

### **Feuerwehr haftet für Tragen des Schutzhelmes**

Von einem Berufungsgericht in England wurde die Feuerwehr von Berkshire und Reading dazu verurteilt, einem Landwirt 2650 englische Pfund als Entschädigungssumme zu zahlen. Der Landwirt hatte einen Schädelbruch erlitten, als er bei einem Brand in seiner Scheune der Feuerwehr bei der Brandbekämpfung half. Dabei hatte er keinen Schutzhelm getragen.

Bei dem Versuch, mit seinem Traktor Stroh aus der brennenden Scheune herauszuschaffen, war der Landwirt von einem herabstürzenden Balken getroffen worden.

Das Gericht stellte in seinem Urteil fest, daß der die Mithilfe zulassende Direktor der Feuerwehr den Landwirt hätte mit einem Schutzhelm ausstatten lassen müssen.

In der ersten Instanz hatte ein Gericht die Klage des Landwirtes abgewiesen und festgestellt, es habe sich um einen tragischen Unglücksfall gehandelt. Die Berufungsrichter waren allerdings der Auffassung, der Feuerwehr-Direktor trage für diesen Unfall die Verantwortung, er hätte dem Landwirt einen Schutzhelm aushändigen müssen.

### **Abfallbörse hilft Umwelt schützen**

Die vom Verband der Chemischen Industrie ins Leben gerufene „Abfallbörse“ ist eine Selbsthilfemaßnahme, die helfen soll, Umweltgefahren durch Abfälle aus dieser Industrie zu beseitigen.

Es fallen bei vielen Unternehmen Stoffe an, die im gleichen Betrieb nicht weiterverarbeitet werden können und daher „Abfall“ sind, die von anderen Unternehmen jedoch noch verwendet werden können. Die Abfallbörse soll also weiter- und

wiederverwertbare Stoffe an die solche Stoffe suchenden Firmen vermitteln. Die Abfallbeseitigung nach dem Abfallbeseitigungsgesetz ist nicht Aufgabe der Abfallbörse, die sich tatsächlich mit Stoffen befaßt, die noch nicht Abfälle im Sinne des Abfallbeseitigungsgesetzes sind. Angebote und Nachfragen, die solche Stoffe betreffen, werden von der Abfallbörse in der Zeitschrift „Chemische Industrie“ in der Rubrik „Abfallbörse“ veröffentlicht.

### **Sommerlager für Zivilschutz**

In der ägyptischen Provinz Matruh wurde nach einer Meldung der Kairoer Zeitung „Al Ahram“ im vergangenen Sommer im Rahmen der Sommerlager für Studenten und Oberschüler ein Ausbildungs- und Übungsprogramm des Zivilschutzes und der Zivilverteidigung durchgeführt. Zur Ergänzung der praktischen Unterweisungen wurden groß angelegte Übungsvorhaben im persönlichen Selbstschutz absolviert.

### **Ärzte-Notdienst in der Sowjetunion**

In Moskau, Leningrad und anderen sowjetischen Großstädten erreicht man über die Telefonnummer 03 den ärztlichen Notdienst.

Allerdings ergeben sich in der praktischen Handhabung noch einige Schwierigkeiten, insbesondere deshalb, weil nicht nur in echten Fällen dringender Gefahr der Notdienst angerufen, sondern oft als Ersatz für eine normale ärztliche Betreuung in Anspruch genommen wird. Man versucht inzwischen, durch Reformen einen solchen Mißbrauch auszuschließen.

So werden die eingehenden Notrufe auf Tonband mitgeschnitten und später daraufhin überprüft, ob tatsächlich ein echter Notfall vorlag. Trifft das nicht zu, dann hat das für den Anrufer Konsequenzen.

Die Rettungswagen sind in der Regel mit einem Arzt, einem medizinischen Assistenten und dem Fahrer besetzt; in manchen Fällen gehören auch zwei Ärzte zur Besatzung des Fahrzeuges. Die Inanspruchnahme des Ärzte-Notdienstes in der Sowjetunion ist im Zuge der allgemeinen Heilfürsorge kostenlos.

Hans Günter Klein, Referent beim Landkreistag NRW in Düsseldorf

# Vorschlag für einen Rettungsplan

Studie des Landkreistages Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen gibt es jährlich nicht weniger als 70 000 Notfall-Todesfälle. Davon entfallen rund 18 000 auf Herzinfarkte, 3000 auf häusliche Unfälle und 1500 auf Vergiftungen sowie sonstige Unfälle. Weitere 7000 Menschen sterben an den Folgen von Verkehrsunfällen. Diese Verteilung macht deutlich, daß das Rettungswesen nicht allein im Zusammenhang mit Straßenverkehrsunfällen gesehen werden darf. Die Probleme des Rettungs- und Krankentransportwesens erstrecken sich ebenso auf die Abwehr alltäglicher Gefahren und die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung.

Nach übereinstimmender Meinung der Ärzte und anderer Sachverständiger könnten von den 70 000 Notfall-Toten eines Jahres bei rechtzeitiger und richtiger Hilfe mindestens 7000 gerettet werden, wenn den Notfallpatienten durch einen modernen und leistungsfähigen Rettungs- und Krankentransportdienst geholfen würde. Dazu ist jedoch eine straffe und übersichtliche Organisation, die es heute noch nicht gibt, erforderlich.

Entsprechende Planungen sind seit geraumer Zeit bei der Landesregierung in Düsseldorf angelaufen. Der Landkreistag Nordrhein-Westfalen hat inzwischen einen in der ganzen Bundesrepublik beachteten Plan vorgelegt, wie das Rettungswesen im volkreichsten Bundesland einheitlich geregelt werden kann. Eine solche Regelung sollte nach Auffassung des Landkreistages durch ein Landesgesetz geschaffen werden.

Dabei wird davon ausgegangen, daß es sich bei dieser Aufgabe um eine staatliche Auftragsangelegenheit der Gemeinden und Kreise handelt.

Der vom Landesgesetzgeber zu schaffende Rettungs- und Krankentransportdienst soll einerseits durch den Einsatz von qualifiziertem Personal und geeigneten sowie entsprechend ausgerüsteten Unfallrettungswagen das Überleben von Notfallpatienten sichern, indem die Transportfähigkeit der Patienten hergestellt wird und ihre Lebensfunktionen während der Fahrt zum Krankenhaus erhalten werden (Rettungsdienst). Weiterhin soll er die Aufgabe erhalten, Kranke, Verletzte oder Behinderte, die keine Notfallpatienten sind, zu transportieren (Krankentransportdienst). Das Land wird nach dem Vorschlag in einzelne Rettungsbereiche eingeteilt. Jeder Kreis und jede kreisfreie Stadt bilden einen solchen Rettungsbereich mit einer Leitstelle und engmaschig verteilten Rettungswachen.

## Leitstellen

Die Leitstellen sollen von den Kreisen und den kreisfreien Städten getragen werden. Sie haben den Einsatz der Rettungswachen zu lenken und zu koordinieren. Dazu gehören: Verfolgen des Entwicklungsablaufs der bei den Rettungswachen eingehenden Notfallmeldungen; Überwachen des Funkverkehrs; Sicherstellen der Erreichbarkeit von Rettungswachen und Rettungs- sowie Krankentransportwagen; Einleiten

zusätzlicher Hilfsmaßnahmen (Hubschrauber, Tauchergruppen, Spezialfahrzeuge); Führen eines zentralen Krankenbettennachweises; Sicherstellen der Erreichbarkeit des ärztlichen Bereitschaftsdienstes. Die Leitstellen sind zweckmäßigerweise an schon vorhandene Feuerwehr-Leitstellen anzuschließen. Sie müssen ständig mit hauptamtlichem Personal besetzt sein.

## Rettungswachen

Die Rettungswachen sollen von den Gemeinden als den Trägern der Feuerwehren unterhalten werden. Es können jedoch im Einvernehmen mit ihren Gemeinden auch die Kreise die Trägerschaft übernehmen. Die Standorte der Rettungswachen sind unter dem Gesichtspunkt eines schnellen und wirtschaft-



Nach dem Vorschlag des NRW-Landkreistages sollte die Zahl der Rettungswagen 40 Prozent der Krankentransportwagen ausmachen.



Nur schnelle und sachgemäße Hilfe kann den Notfallpatienten retten.

lichen Einsatzes des Rettungsdienstes einrichten. Für die Auswahl der Standorte sind Ballungsdichte, Notfälligkeit, Verkehrs- und Industrieschwerpunkte sowie die Standorte der Krankenhäuser zugrunde zu legen. Die Lage der Wachen ist so zu planen, daß in der Regel jeder Einsatzort in zehn Minuten erreicht werden kann.

Auch die Rettungswachen müssen mit hauptamtlichem Personal ständig besetzt sein. Sie haben die notwendige Anzahl von Rettungs- und Krankentransportwagen vorzuhalten; für jeweils 15 000 Einwohner sollte es einen



**Die Leitstellen, die von den Kreisen und kreisfreien Städten getragen werden sollen, lenken und koordinieren den Einsatz der Rettungswachen.**

Krankentransportwagen geben. Die Zahl der Rettungswagen, die nach Zustieg eines Arztes als Notarztwagen gelten, sollte 40% der Krankentransportwagen ausmachen. Die Leitstellen und die Rettungswachen müssen Fernsprech- und Funkverbindungen zu den Fahrzeugen, zu den Kommunalverwaltungen, zu den Unfallkrankenhäusern, zu den Bereitschaftsärzten, zu den Polizeidienststellen und zu den Feuerwachen haben.

### **Mitarbeit der Hilfsorganisationen**

Die Hilfsorganisationen sollen das hauptamtliche Personal in den Rettungswachen zu den Verkehrsspitzenzeiten und in Bereichen häufiger Notfälle verstärken und ergänzen. Außerdem sollen sie hauptamtliche Kräfte bei Katastrophen unterstützen, für Vorsorgemaßnahmen bei größeren Veranstaltungen zur Verfügung stehen und — wie bereits bisher — eingerichtete Unfallhilfsstellen an Orten erhöhter Notfälligkeit im Bedarfsfalle besetzen.

Die Gemeinden können die Durchführung des

Rettungs- und Krankentransportdienstes auch den Hilfsorganisationen übertragen. Der Krankentransportdienst soll auf Grund von Vereinbarungen auch von privaten Unternehmen durchgeführt werden können. Die Übertragung bzw. Durchführung soll jedoch nur dann möglich sein, wenn die Hilfsorganisationen und privaten Unternehmer zur Durchführung der Aufgabe nicht nur bereit, sondern auch in der Lage sind und die dafür erforderlichen Voraussetzungen erfüllen.

Die Rettungswagen sollen außer mit dem Fahrer mit einem Rettungssanitäter oder sonst fachlich geeigneten Beifahrer besetzt sein. Rettungssanitäter und Unfallhelfer sollen im übrigen nach einheitlichen Richtlinien des Bundes oder des Landes ausgebildet werden.

Wesentlicher Bestandteil des Vorschlages des Landkreistages ist der bei den Leitstellen zu führende zentrale Bettennachweis. Die Krankenhausträger sollen vom Land gesetzlich verpflichtet werden, den Leitstellen die vorhandenen freien Krankenbetten täglich zu einem bestimmten Zeitpunkt zu melden. Für ein Funktionieren des Rettungswesens ist auch der ärztliche Bereitschaftsdienst wichtig. Deshalb soll das Land die ärztlichen Selbstverwaltungskörperschaften (Ärzttekammern) verpflichten, für den Bereich einer jeden Rettungswache einen ärztlichen Bereitschaftsdienst einzurichten und diesen der Leitstelle und der zuständigen Rettungswache zu melden.

### **Die Finanzierung**

Die Einsätze des Rettungsdienstes und des Krankentransportdienstes sollen durch Beförderungsent-

gelte finanziert werden. Diese müssen so bemessen sein, daß sie die laufenden Kosten (Betriebs- und Vorhaltekosten) decken.

Da aber bei der Gestaltung der Beförderungsentgelte eine sachliche und politische Obergrenze beachtet werden muß, wird vorgeschlagen, daß die Entgelte und die Beförderungsbedingungen landeseinheitlich von der Landesregierung durch Rechtsverordnung festgesetzt werden. Die Investitionskosten einschließlich der Ersteinrichtung sollen nach Meinung des Landkreistages in voller Höhe vom Land getragen werden. Zu den durch Beförderungsentgelte nicht gedeckten Betriebskosten sollte das Land jährlich einen angemessenen Zuschuß zahlen.

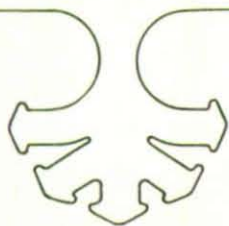
Der Vorschlag des Landkreistages wurde von den Fraktionen des nordrhein-westfälischen Landtages begrüßt. Er fand lebhaft Zustimmung beim ADAC, beim Generalsekretariat des Malteser-Hilfsdienstes und bei den Freiwilligen Feuerwehren.

Nunmehr liegt es an der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen, diesen Plan durch ein Gesetz in die Praxis umzusetzen.

Der Landkreistag hat vorgeschlagen, daß der Innenminister für den Auf- und Ausbau des Rettungsdienstes einen beratenden Arbeitskreis für das Rettungswesen einberuft, dem neben den Vertretern der zuständigen Ministerien Vertreter der Hilfsorganisationen, der kommunalen Spitzenverbände, der gesetzlichen Krankenversicherungen, der Ersatz- und Privatkassen, der Berufsgenossenschaften, der Krankenhausgesellschaft und der Ärztekammer angehören sollen.



**Die Gemeinden können die Durchführung des Rettungs- und Krankentransportdienstes auch den Hilfsorganisationen übertragen.**



## PRESSESCHAU DES INLANDS

### **Bundeswehrsoldaten üben Selbstschutz**

Die Bundeswehr bildet in dreiwöchigen Übungen Soldaten als Führer für Selbstschutztrupps aus. Sie werden in der Bergung von Verletzten und Verschütteten und in der Brandbekämpfung ausgebildet. Als Übungsgelände steht ihnen ein Trümmergrundstück in der Nähe des Schlosses Waldthausen zur Verfügung, auf dem es neben einem sogenannten Brandhaus und einem Löschteich auch Unterrichtsräume zur theoretischen Ausbildung gibt.

Der Truppführer setzt seine Leute schwerpunktmäßig ein. Oberstes Gebot: Menschenrettung geht vor Brandbekämpfung. Alles muß ruhig und überlegt vor sich gehen, unachtsame Bewegungen auf einem Trümmergrundstück könnten Trümmermassen in Bewegung bringen und Verschüttete hoffnungslos begraben. Quadratmeter um Quadratmeter suchen sechs Soldaten die Häuser ab. Sie klettern in Hohlräume und suchen nach Lebenszeichen. Ein Verletzter ist gefunden worden, er wird notdürftig versorgt und zum Abtransport vorbereitet. Ein Soldat beginnt mit der Freilegung eines Verschütteten, er benötigt zur Bergung einen Helfer. Ein anderer Verletzter wird von einem Turm geborgen. Inzwischen ist auch der Brand gelöscht worden. 792 Teilnehmer wurden im letzten Jahr durch diese Schulung geschleust.

(Allgemeine Zeitung, Mainz)

### **ASB-Arbeit in der Großstadt**

Die Helfer des Arbeiter-Samariter-Bundes, der als eine Hilfsorganisation des Katastrophenschutzes in Krisenzeiten zum Einsatz kommen würde, leisten bereits in Friedens-

zeiten in ganz erheblichem Umfang Hilfe bei Unfällen. Ein Beispiel für die Vielfalt der Hilfseinsätze, die von den ASB-Helfern erbracht werden, sind die Angaben im „Report 1972“ des ASB Köln. 342 Helfer waren in diesem Jahre insgesamt 25 000 Stunden im Einsatz.

Bei Unfällen und bei Großveranstaltungen leisteten die Arbeiter-Samariter die erforderliche Hilfe. Mit vier Krankentransportwagen und einem nach neuesten Erkenntnissen der Transportmedizin ausgerüsteten Rettungswagen kann der ASB auf einen gut ausgestatteten Rettungsdienst verweisen. Alle Fahrzeuge sind mit Funkgeräten, Sauerstoffanlagen, Notarztkoffer und Sanitätsmaterial ausgerüstet. Im Jahre 1972 führten die Helfer 7899 Transporte durch. Alle Einsätze werden von der Tag und Nacht besetzten Funkleitstelle, die im Katastrophenschutz als Schnelleinsatzzentrale dient, gelenkt.

Auch das Ausbildungsprogramm des ASB ist auf den Katastrophenfall abgestellt. Ein systematisches Ausbildungsprogramm versetzt die Sanitäts-, Verbandsplatz-, Krankentransport- und Betreuungszüge in die Lage, im Ernstfalle die Sofortmaßnahmen im Erste-Hilfe-Bereich, die Verletztenversorgung und den Verletztentransport zu übernehmen.

(Kölnische Rundschau)

### **Selbstschutz ist Gemeinschaftsaufgabe**

Der Selbstschutz ist eine echte Gemeinschaftsaufgabe, die aus dem humanitären Gedanken entspringt. Das Weißbuch zur zivilen Verteidigung stellt ausdrücklich heraus, daß für eine Vorsorge gegen plötzliche und unkontrollierbare Bedrohungen jeglicher Art nicht nur der Staat allein für alle Bürger perfekt planen und Maßnahmen durchführen kann.

Bundeskanzler Brandt hat in seiner Regierungserklärung vom 18. Januar 1973 die Zivilverteidigung als einen sinnvollen Dienst für die freie Gemeinschaft der Bürger, welcher der Friedensarbeit dient, bezeichnet.

Der Bundesverband für den Selbstschutz hat die Aufgabe übernommen, alle interessierten Bürger über Katastrophengefahren aufzuklären und Schutzmöglichkeiten aufzu-

zeigen. Sicher werden die Bundesbürger, die sich bisher freiwillig einer entsprechenden Ausbildung unterzogen haben, plötzlichen Gefahren gelassener gegenüber treten können, als jene, die sich einer solchen Ausbildung nicht unterzogen haben.

Viele Betriebe und Ämter haben bereits von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, Mitarbeiter im Selbstschutz ausbilden zu lassen. An die erste Grundausbildung anschließende Fachlehrgänge bieten die Möglichkeit sich in den Fachgebieten Sanitätsdienst, Brandschutzdienst und Bergungsdienst in der Praxis weiter ausbilden zu lassen.

(Wiesbadener Kurier)

### **Tödliche Kleiderbrände im Hause**

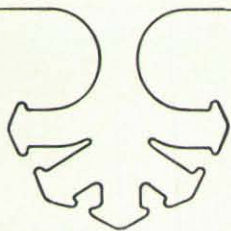
Die Anzahl der bei Textilbränden ums Leben gekommenen Menschen — in der Hauptsache Kinder und ältere Personen — hat erheblich zugenommen. Der grauenhafte Flammentod wird in der Mehrheit der Fälle durch leicht entflammare Heimtextilien, z. B. Kleider, Nachthemden, Blusen, Polsterstoffe und Gardinen, ausgelöst. Die von der Aktion „Das sichere Haus“ durchgeführten Erhebungen bestätigen, daß bei häuslichen Unfällen der Gefahrenkomplex der Kleiderbrände einen immer größeren Umfang einnimmt.

Der Dokumentationsdienst der Aktion ist bisher als einzige Stelle der Bundesrepublik bemüht, speziell auch die Unfälle bei Textilbränden zu registrieren. Eine amtliche Erfassung von Textilbrandfällen gibt es bisher nicht; erfahrungsgemäß ist auch die Dunkelziffer sehr hoch.

Das Problem der Leichtentflammbarkeit von Textilien ist sehr ernst zu nehmen. Es bleibt allerdings erstaunlich, daß ein Appell an die Textil- und Kunstfaserindustrie, in Zukunft keine leichtentflammaren Heimtextilien mehr herzustellen — zumindest diese als leichtentflammbar zu kennzeichnen — bisher keine Resonanz gezeigt hat. Schwedens und Englands Textilforschung arbeitet an schwer entflammbarer Bettwäsche, in den USA wird der Verkauf leichtentflammbarer Kinder-Nachtkleidung bereits gesetzlich eingeschränkt.

(Das sichere Haus, München)





## PRESSESCHAU DES AUSLANDS

### Feuerwehr-Einsatzgruppe auf Krädern

## Fire International

Die Pariser Feuerwehr hat eine Brandbekämpfungseinheit auf Kraftkrädern eingesetzt. Mit ihrem Einsatz soll erreicht werden, daß trotz des immer stärker werdenden Verkehrs ein Minimum an Anfahrzeit gewährleistet wird, welche beim Fahren mit Normal-Fahrzeugen nicht immer gewahrt werden kann.

Die Einheit — zwei Mann — ist für alle Eventualitäten ausgerüstet, die Ausstattung wird am Körper des Fahrers und in den Satteltaschen der beiden Kräder untergebracht; unter anderem umfaßt sie ein Hydrantenanschlußstück, Schlauchkupplung, Stahlrohr und fünf Schläuche von insgesamt 100 m Länge. Wiederbelebungsgerät, Sauerstoffgerät und unabhängiges Atemschutzgerät werden ebenfalls mitgeführt.

(Tunbridge/Wales Nr. 33/1972)

### Begrenzte Aufgaben des Zivilschutzes

## Schweizerischer Bund für Zivilschutz

Presse- und Informationsdienst

Die Bundesgesetze über den Zivilschutz zeigen deutlich auf, daß der Zivilschutz im Rahmen der zivilen Verteidigung nur einen begrenzten Auftrag zu erfüllen hat.

In erster Linie hat er vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Es muß die Nutzung der Schutzräume gewährleistet werden und sogenannte „heilende Maßnahmen“ sichergestellt werden. Darunter ist die Rettung von Personen zu verstehen, die Bergung von Gütern, Brandbekämpfung,

Schadeneindämmung, sanitätsdienstliche Hilfe und Flüchtlings- und Obdachlosenbetreuung.

Zu den Aufgaben, die eindeutig nicht in die Zuständigkeit des Zivilschutzes fallen, zählen u. a.: Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Trinkwasser und Bedarfsgütern; Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung; Aufrechterhaltung oder Wiedereingangssetzung der Energieversorgung; Sicherheitsteilung des zivilen Gesundheitsdienstes; Betrieb der Krankenanstalten; Maßnahmen gegen Verstrahlung, Vergiftung und Verseuchung; Kontrolle von Trinkwasser und Lebensmitteln auf Genießbarkeit; Aufrechterhaltung der Produktion und Verteilung der Güter.

Die zwingende Folge hieraus ist, daß von zivilen Instanzen außerhalb des Zivilschutzes entsprechende Maßnahmen zu treffen und auch die Mittel hierzu zu beschaffen sind.

(Bern, Nr. 5/1973)

### Psychologische Überwindung von Einsatzschocks

## Voennyj Vestnik

Viele Tätigkeiten unter Schutzmaßnahmen werden nach einem systematischen Training rascher und flüssiger durchgeführt. Das gilt vor allem bei der Ausbildung in den vielen Möglichkeiten eines Einsatzes unter Einwirkung atomarer Kampfmittel. Eine strenge Kontrolle ist unbedingt dahingehend erforderlich, daß eine Einstellung der Schutzmaßnahmen nicht zu früh erfolgt.

Darstellungen von Verstrahlung und Vergiftung sollen ständig zur Überprüfung der notwendigen Selbstschutzmaßnahmen zwingen.

Um den Feuerschock zu überwinden, müssen die verschiedenartigen Löschmethoden an brennender Kleidung geübt werden. Dazu gehört das Abwerfen brennender Kleidung ebenso wie das Überwinden von Flächenbränden. An Gewässern ist das Übersetzen oder Durchwaten zu üben, damit der Wasserschreck überwunden wird. Bei der Anwendung von behelfsmäßigen Übersetzmitteln soll darauf geachtet werden, das letzte Stück bis zum Ufer wattend und auch schwimmend zurückzulegen. Die Übungsmöglichkeiten sind hierzu äußerst vielfältig und sollten mit Phantasie angewendet werden.

(Moskau, Nr. 10/1972)

### Feuerwehrleute freiwillig im BB

## de paladijn

Im B-Kreis Gelderland a haben sich kürzlich über 400 Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren dazu entschlossen, eine Mitgliedschaft im „Bescherming Bevolking“ aufzunehmen. Damit gliedern bis auf vier alle Gemeinden des Kreises ihre Feuerwehren in das BB-Potential ein. Bereits früher einmal waren die Feuerwehren Bestandteil des BB, dieses änderte sich allerdings, als sich ihre Mitglieder als feste BB-Notwächter verpflichten sollten. Die spätere Zusammenarbeit mit dem BB hat darunter allerdings nicht gelitten.

Nachdem nun gemäß einem Erlaß des zuständigen Ministers die Mitglieder der freiwilligen Feuerwehren als Notwächter auf Abruf behandelt werden können — d. h. sie verbleiben, wenn ein Notstand ausgerufen wird, in ihren eigenen Gemeinden und werden nicht anderweitig im Kreise konzentriert —, gehört wieder die große Mehrzahl der Gemeinde-Feuerwehren dem BB an.

(Den Haag, Nr. 5/1972)

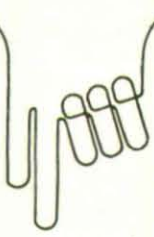
### Zivilschutz in Industriebetrieben

## Tribuna Mazowiecka

Besonders aktiv ist die Betriebs-Selbstschutz-Abteilung der Papierwerke in Konstantcin-Jeziorna, Kreis Piaseczno/Polen. Im Laufe der letzten Jahre hat sie über 20 000 Arbeitsstunden für besondere Einsätze geleistet. Bei einem Unfall, bei dem ein Schwefelsäurebehälter beschädigt wurde und ein Gelände von mehreren hundert Quadratmetern verseucht wurde, kam sie ebenfalls zum Einsatz und entseuchte auch das Gelände. Im Jahre 1971 fand im Betrieb eine Gesamtübung des Zivilschutzes statt, an der alle Dienste teilnahmen.

Anläßlich des Jahrestages des Allgemeinen Selbstschutzes wurde die Leitung des Papierwerkes von der Selbstschutz-Betriebsgruppe veranlaßt, 2,5 Millionen Umschlagdeckel für Schulhefte herzustellen, auf denen Selbstschutz-Parolen aufgedruckt waren. Diese Umschlagdeckel wurden zu Werbezwecken verteilt.

(Warschau, 20. Juni 1972)



## ZEITSCHRIFTEN SCHAU

Wehr und Wirtschaft  
Nürnberg, Nr. 1/1973

### **Betrieblicher Katastrophenschutz**

Die Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz behandelt Dr. Klaus Dittmann in einer Zusammenfassung in der Fachzeitschrift. Er geht davon aus, daß die technische und wirtschaftliche Entwicklung unserer Gesellschaft immer größere Gefahren für die Menschen und die Betriebe mit sich bringt. Von den Rechtsgrundlagen ausgehend beschreibt er, wie es zum Zustandekommen der Empfehlungen kam, um dann deren Inhalt zu umreißen.

Im einzelnen behandelt er: Die Werksanalyse, den Aufbau einer betrieblichen Katastrophenschutz-Organisation — unterteilt in organisatorische Maßnahmen, personelle Maßnahmen, Ausrüstung und Kosten.

Im letzten Abschnitt seiner Abhandlung wird die Sicherheitsplanung als eine nützliche Investition bezeichnet. In seiner Sitzung am 9. November 1972 hat ein Ausschuß des DIHT für verteidigungswirtschaftliche Fragen zu diesen Problemen eine gemeinsame EntschlieÙung gefaßt.

Deutsches Rotes Kreuz,  
Bonn, Nr. 1/1973

### **Mensch und Menschenführung in der Katastrophe**

Als „Gedanken zu einem anspruchsvollen Lehrgang“ will der Verfasser seinen in der Beilage zum Thema Ausbildung beigefügten Beitrag verstanden wissen. Dr. Stoeckel geht davon aus, daß bei jedem Katastropheneinsatz ein besonderes Maß an Verantwortung und Leistung gefordert wird. Niemand wird zu jeder Zeit immer gleich auf eine Katastrophe vorbereitet sein. Weil der Alarm meist unversehens die Helferinnen und Helfer „trifft“, müssen sie sich mit der Besonder-

heit der allgemeinen Lage schneller abfinden. Das zivile Leben tritt zurück, es muß sich nun jeder in seiner „Funktion“ bewähren. Verständlich, daß dies möglicherweise infolge der Einsatzart und Einsatzdauer zu einer Art Bedrückung führt. Der Verfasser gibt einen Überblick über den Ablauf des Lehrgangs, der sich speziell mit der Lösung solcher Konflikte befaßt. Sein Aufbau zeigt, daß hier versucht wird, die Persönlichkeit des Lehrgangsteilnehmers zu erfassen und sie anzusprechen. Gewiß trifft der abgehandelte Komplex nicht nur auf Personen zu, die ihren Aufgabenkreis in der Tätigkeit im DRK finden. Es wird das Gesagte auch für die Breite aller in Hilfsorganisationen tätigen Menschen von Bedeutung sein.

De Paladijn,  
Den Haag, Nr. 3/1972

### **Eine unbefriedigende Definition**

In der Nr. 2/1973 des ZS-Magazins wurde in der Presseschau unter der vorstehenden Überschrift ein Artikel angesprochen, der sich in kritischer Form mit der Zusammenarbeit zwischen Beschermbevölkerung und Feuerwehr auseinandersetzte.

Dieser Beitrag stammte aus der Feder eines Feuerwehrkommandanten. Es war die Absicht, durch Hinweis auf diesen Beitrag auf die Probleme aufmerksam zu machen, die in unserem Nachbarlande in dieser Hinsicht bestehen und die Möglichkeit zu Vergleichen zu geben. Es war dem Übersetzer entgangen, daß an anderer Stelle in der gleichen Ausgabe des „Paladijn“ ein Artikel veröffentlicht wurde, der im Zusammenhang mit den Ausführungen des Feuerwehrkommandanten zu sehen war — die Redaktion hatte das in einem Leitartikel erwähnt.

Der weitere Bericht gab Auskunft über die Pläne der BB-Chefs, wie sie im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Koordinierung der Hilfeleistungen in den Niederlanden bestehen.

Die Meinungsbildung zu diesem Komplex ist in den Niederlanden noch keinesfalls abgeschlossen; doch ist zu vermerken, daß der im Jahre 1971 in das Gesetz über den BB eingefügte § 37a die Möglichkeit zu einem sofortigen Einsatz des BB in Friedenszeiten gibt. Es ist nun eine Frage der Organisation, die Voraussetzungen hierzu zu schaffen.

Journal of Public Safety Communications,  
Washington/USA, März 1972

### **Nachrichtenverbindungen bei Naturkatastrophen**

Im Normalfalle ist das Personal in den Nachrichtenstellen der Dienststellen, die die öffentliche Sicherheit gewährleisten sollen, routinemäßig bereits so stark eingespannt, daß das Problem der Nachrichtenverbindungen in Katastrophenfällen nicht gesondert behandelt werden kann. Dabei hat man schon oft feststellen können, wie wichtig gerade in solchen Gebieten, die von den Katastrophen heimgesucht wurden, das Funktionieren der Nachrichtenverbindungen ist.

Harry E. Roderick, Communications and Warning Research Departement des US-Zivilschutzes, hat in einer sehr umfangreichen Ausarbeitung das Gebiet der Nachrichtenverbindungen im Falle von Naturkatastrophen untersucht. Für einen Zeitraum von 1963 bis 1970 wurde anhand von Unterlagen, die von der Universität des Staates Ohio zusammengestellt worden waren, festgestellt, daß bei Naturkatastrophen dort in den betroffenen Gebieten, wo Katastrophen-Hilfszentren eingerichtet wurden, eine bessere Funktion der Nachrichtensysteme festgestellt werden konnte.

Civilt Försvar, Stockholm,  
Nr. 7/1972

### **Wirtschaftliche Verteidigung**

Sture A Gyllö, Abteilungsleiter im Zentralen Amt für wirtschaftliche Verteidigung, behandelt die Rolle der wirtschaftlichen Verteidigung im Rahmen der gesamten schwedischen Sicherheitspolitik. In den Zuständigkeitsbereich der wirtschaftlichen Verteidigung fallen: Die Lebensmittelversorgung, die Industrieproduktion einschließlich der Rohwarenversorgung, die Energieversorgung und das Transportwesen. Ausgangspunkt der Überlegungen des Verfassers ist die gegenwärtige Versorgungsbereitschaft in Schweden. Er macht damit seine weiteren Gedankengänge für den Normalbürger begreiflicher, weil überblickbare Vorstellungen aufgezeigt werden. Es ist einleuchtend, daß vorbeugende Maßnahmen die Verletzlichkeit der Wirtschaft verringern — andererseits erfordert eine glaubwürdige Sicherheitspolitik auch eine gute Versorgungsbereitschaft.

# WISSENSCHAFT UND TECHNIK

## Transportabler Gerätewagen

Auf Anregung der Verkehrsbetriebe der Stadt München entwickelte ein Unternehmen in Donauwörth einen neuartigen transportablen Geräte-

angebracht werden. Die transportablen Gerätewagen können bei den für einen Gebrauch in Frage kommenden Feuerwehren stationiert und im Bedarfsfall vom Feuerwehrfahrzeug mit an die Einsatzstelle gebracht werden. Dort kann das Fahrzeug von zwei Personen innerhalb von drei bis fünf Minuten fahrbereit gemacht werden. Der Platzbedarf für den Transport ist gering: Laufräder und deren Lagerböcke sind so konstruiert, daß sie parallel gegeneinander verschiebbar sind. Die Höhe des zusammengelegten Fahrzeugs beträgt nur 220 mm. Da die Laufräder kugelgelagert sind, ist nur wenig Kraftaufwand zum Betrieb notwendig.

Die Feststellbremse ermöglicht eine Arretierung des Fahrzeugs an jeder beliebigen Stelle.

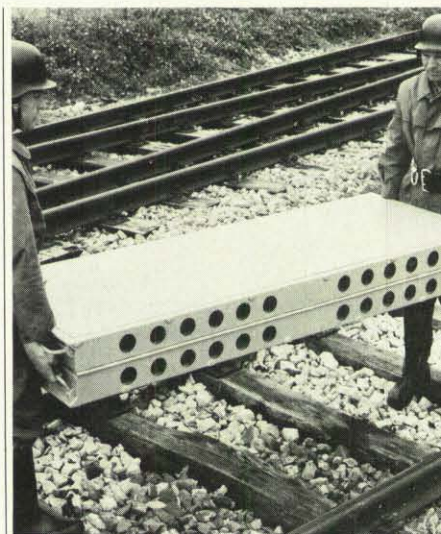
H. F.



wagen. Das durch zwei Personen verlastbare Fahrzeug kann an seiner Einsatzstelle zu einem rollenden Schienenfahrzeug montiert werden.

Die Fahrzeuge können z. B. für den Transport von Werkzeugen, Geräten, Feuerlöschmaterial oder sonstigen Gegenständen benutzt werden, die anderweitig schwierig an eine Einsatzstelle zu transportieren sind.

Die Ladefläche ist gegenüber dem Außenrahmen etwas vertieft, damit das zu transportierende Material nicht herunterrutschen kann. Darüber hinaus können zur weiteren Sicherung besondere Befestigungselemente für Geräte oder Versorgungseinheiten

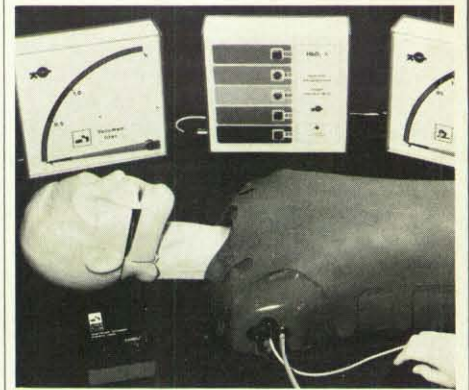


## Übungseffekt sichtbar gemacht

Ein neues Übungsgerät zum Erlernen der Beatmung und äußeren Herzmassage ist auf den Markt gekommen. Durch eine exakte Simulation der Funktionen von Atmung und Kreislauf ermöglicht dieses Gerät einen wirklichkeitsnahen Unterricht.

Dieses Sichtbarmachen des Übungseffektes ist für den Übenden wie auch für den Ausbilder von besonderer Bedeutung, da es im Ernstfall lebensentscheidend ist, ob das Volumen der Atemspende sowie Druck und Frequenz bei der äußeren Herzmassage sichergestellt sind. Das Gerät simuliert u. a.:

freie und verlegte Atemwege, die stufenweise Verbesserung der Atemwegpassage bei Überstreckung des Kopfes, Anheben des Unter-



kiefers und Schließen des Mundes, die hör- und fühlbare Ausatemluft im Mund-Nase-Bereich, die Aufblähung des Magens bei falscher Beatmungstechnik, den durchschnittlichen Beatmungswiderstand, die anatomischen Verhältnisse am Brustkorb.

Das Übungsgerät verfügt über große Instrumente, die dem Übenden helfen, die Wirksamkeit seiner Maßnahmen zu erkennen: Der Volumenmesser zeigt das erforderliche Einblasvolumen an; der Sauerstoffsättigungsmesser simuliert bei einer Herz-Lungen-Wiederbelebung die Sauerstoffsättigung, aber auch das Absinken des Sauerstoffs im Blut; am Blutdruckmeßgerät kann man die Pumpleistung des simulierten Herzens messen. Ein wesentlicher Vorteil dieses Gerätes liegt bei der Atemspende darin, daß für jeden Übenden ein eigenes Mund-Nasen-Stück und ein eigener Luftbeutel zur Verfügung steht, so daß mit Sicherheit eine Kontaktinfektion ausgeschlossen wird.

H. F.

### China auf dem Sprung nach vorn

Von Werner Voß, Osang Verlag, Bad Honnef, DM 20.—

Das volkreichste Land der Erde ist in den Kreis der Weltmächte aufgerückt; es hat wirtschaftliche Aktivität entwickelt und schickt seine Diplomaten aus — vor allem aber, es verfügt über Atomwaffen. Voß ist langjähriger Mitarbeiter am Institut für international vergleichende Wirtschafts- und Sozialstatistik an der Universität Heidelberg und macht in seinem Buch den Versuch, einer breiteren Öffentlichkeit Vorstellungen vor allem der ökonomischen Gegebenheiten der Volksrepublik China zu vermitteln. In der nüchternen Sprache des Statistikers werden Tatsachen und Zahlen vermittelt und interpretiert. Der große Tabellenanhang geht von der Entwicklung der chinesischen Bevölkerungszahl bis zu den Ausgaben für Erziehung und Wissenschaft. Kein Reisebericht, wohl aber ein Handbuch, welches über Bereiche informiert, die sonst kaum beachtet werden.

### Die Weltmächte im 20. Jahrhundert

Band Europa. Von Hermann Graml, Verlag Kurt Desch, München-Wien-Basel, DM 48.—

Die neue Reihe großformatiger Bild- und Dokumentarwerke des Verlages, deren erste Bände jetzt vorliegen, soll in Konzeption und Gestaltung dem Leser Standardwerke der Zeitgeschichte zur Verfügung stellen, die in einprägsamer Form die Entstehung und den Weg der Weltmächte aufzeigen. Graml, als Verfasser zeitgeschichtlich-politischer Werke bekannt, stellt in seinem Band „Europa“ dessen Entwicklung von der Jahrhundertwende bis zur Gegenwart dar. Er folgert, daß eine neue, immer deutlicher sichtbar werdende europäische Zuversicht

die Spaltung Europas überbrücken könne und ein partnerschaftliches Verhältnis zu den Weltmächten und der Dritten Welt durchaus möglich ist.

Im gleichen Verlage erschienen:  
Band Sowjetunion. Von Karl-Heinz Ruffmann DM 48.—

Der Verfasser ist Professor an der Universität Erlangen-Nürnberg; er demonstriert in seinem Band „Sowjetunion“ deren Aufstieg zu einer atomaren Supermacht. Das Land wird aus seiner gesellschaftlichen Struktur heraus, aus seiner geschichtlichen Entwicklung und — wie Ruffmann sich ausdrückt — seinem „Eingebettetsein“ in die weltweiten politisch-sozialen und technologischen Prozesse beurteilt.

### O Jerusalem

Von Larry Collins und Dominique Lapierre, C. Bertelsmann Verlag, Gütersloh, DM 28.—

Im November 1947 wird in der UNO der Beschluß gefaßt, den Staat Palästina in ein arabisches und in ein jüdisches Territorium aufzuteilen. Die Juden sind fest entschlossen, nach der Beendigung des britischen Mandats ihren eigenen Staat zu proklamieren; die Araber — bis zum Schluß gegen eine Teilung opponierend — wollen die Juden ins Meer treiben. Die beiden Verfasser, die „immer gerade dann zurecht kommen, wenn irgendwo eine Revolution ausbricht“, schildern anhand zahlreicher kurzer Episoden die Geschichte des ersten jüdisch-arabischen Krieges. Sie werteten 500 kg Geheimpapiere aus, halten die Auszüge aus mehr als 2000 Interviews, 6000 Seiten Originalberichten und 2000 Tonbandstunden fest, die als Ereignis nicht nur Weltgeschichte widerspiegeln, sondern auch die Leiden des kleinen Mannes aufzeigen, der willensloser Spielball der Ereignisse ist. Und doch, er überlebt diese Gewaltakte und lebt heute mit der Wirklichkeit, die nicht immer sein Wunschbild ist.

### Einführung in die Wetter-, Schnee- und Lawinenkunde

Von Dr. Hans Herb, Leiter der Lawinenwarnzentrale beim Bayerischen Staatsministerium des Innern. Zu beziehen beim Autor: 8 München 80, Gotthelfstr. 27; DM 7,—

Jahr für Jahr ereignen sich zahlreiche Lawinenunfälle mit oft tödlichem Ausgang. Betroffen werden dabei in erster Linie Touristen und Erholungssuchende, die mit der Heimtücke der Gefahren nicht vertraut sind. In dem vorliegenden Werk, das in seiner 2. Auflage erscheint, zeigt der Autor auf, daß das Wissen um die Lawinengefahr allein keinen ausreichenden Schutz für eine wirksame Abwehr bietet, und daß es darum notwendig ist, auf wissenschaftlicher Grundlage alle Einflüsse zu untersuchen, die die Gefahr herbeiführen. Erst aus der Erkenntnis des Zusammenspiels aller Faktoren ist es möglich, wirksame Abwehrmaßnahmen gegen Lawinen zu treffen. Nach einem geschichtlichen Rückblick gibt der Meteorologe Dr. Herb einen kurzen Abriss über Wetterkunde, um sich dann ausführlich dem Thema Schnee zu widmen. Dabei erfährt der Leser einiges über charakteristische und physikalische Eigenschaften des Schnees. Richtlinien für das Verhalten der Skifahrer, Kapitel über die Bergrettung im Winter, über die Technologie der Schneepiste sowie über Beobachtungen und Messungen im Lawinenwarndienst runden den Leitfaden ab.

Die Grundkenntnisse von der Materie Schnee, die dieses Werk dem Wintersportler vermittelt, können mit dazu beitragen, zu verhindern, daß er aus Unkenntnis in Gefahrensituationen gerät.

### Empfehlenswerte Handbücher und Taschenbücher

Die Roten Hefte, Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart, Nr. 3a Leinen, Seile, Hebezeuge, Stiche, Knoten und Bunde. Von Schlosser/Reuter; DM 4.30

Nr. 3b Leinen, Seile, Hebezeuge, Ziehen und Heben. Von Schlosser/Reuter; DM 3.20

Nr. 15 Atemschutz. Von Isenbert/Klingsohr; DM 4.80

Nr. 40 Tauchen, Wasser- und Eisrettung. Von Zimmermann; DM 5.80

Nr. 44a Pumpen in der Feuerwehr Teil I. Von Marquardt; DM 4.80

Nr. 45 Feuerwehr-Sprechfunk. Von Geisel; DM 4.80

10. Ergänzungslieferung: Kommentar zum Luftschutzrecht. Von Zinkahn-Leutz, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München; DM 37.50, Grundwerk DM 54.—



**Endlich wieder zu Hause!**  
Monika Schwinn und Bernhard Diehl kurz nach der Landung in Frankfurt.

## Malteser- helfer wieder in Freiheit

**N**ach knapp vierjähriger Gefangenschaft in Nordvietnam sind die beiden deutschen Helfer des Malteser-Hilfsdienstes Monika Schwinn und Bernhard Diehl wieder in Freiheit. Am 5. März 1973 wurden sie in Hanoi aus der Haft entlassen. Drei Tage später landeten sie auf dem Frankfurter Flughafen, wo man sie mit Blumen und Grußworten geradezu überhäufte. Kurt Jung, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, teilte den Heimkehrern mit, daß der Bundespräsident ihnen das Bundesverdienstkreuz Erster Klasse verliehen hat.

Eine Gruppe von fünf jungen Angehörigen des MHD war im Frühjahr 1969 zu einem Sonntagsausflug in die Umgebung der Malteser-Station „An Hoa“ in Südvietnam aufgebrochen und dabei in die Gefangenschaft des Vietkong geraten. Drei von ihnen starben an den Folgen eines strapazenreichen Marsches in den Norden des Landes: Marie-Luise Kerber, Hindrika Kortmann und Georg Bartsch. Die beiden anderen überlebten. Aber sie mußten fast vier Jahre in nordvietnamesischen Lagern zubringen, ehe sie



**Den Heimkehrern wurde von ihren Angehörigen ein herzlicher Empfang bereitet.**



**Kurt Jung, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, begrüßte die beiden Malteserhelfer auf dem Flugplatz.**

in die Heimat zurückkehren konnten.

Monika Schwinn (30) aus Lebach/Saar war als Kinderpflegerin nach Vietnam gegangen und hatte acht Monate im Malteser-Hospital in der Hafenstadt Da Nang gearbeitet. Bernhard Diehl (26) aus Worms war bereits ein Jahr lang als Krankenpfleger in Vietnam tätig gewesen, als er gefangen genommen wurde.

Unbekümmertheit und ein wenig Abenteuerlust mögen die Helfer bewogen haben, den für sie verhältnismäßig sicheren Bereich der Krankenstation zu verlassen. Es war kein Heldenmut, der sie nach Vietnam gehen ließ, sondern der schlichte Wunsch, Menschen zu helfen, die dort unter einem entsetzlichen Krieg zu leiden hatten. Erfüllt von einem Idealismus, der sich an konkreter Not orientierte und eher nüchtern als heroisch zu nennen ist, zögerten sie nicht, das zu tun, was sie als eine ihnen zukommende Aufgabe ansahen.

Nun kehren sie in den deutschen Alltag zurück. Was gibt es da mehr zu sagen als: „Ich bin froh, daß ich wieder zu Hause bin, und danke Gott, daß ich noch lebe!“

# Wählen Sie hier Ihr Berufs- oder Ausbildungsziel!



Dr. Karl M. Hecht

Geben Sie auf der untenstehenden Berechtigungskarte die Nummern Ihres Berufs- oder Ausbildungszieles an.

901 <b>Abitur</b>	726 Bau- statik	782 <b>Betriebs- assistent</b>	781 <b>Betriebs- techniker</b>
361 <b>BETRIEBSWIRT PRAKTISCHER</b>	360 Betriebswirt, Technischer	42 Bilanz- buchhalter- prüfung INK	264 <b>Buchführung und Steuerwesen</b>
272 <b>Daten- verarbei- tungskaufmann*</b>	174 <b>DEUTSCH mit Literaturkunde</b>	530 Einkaufs- leiter	273 EDV- Organisator/ System analytiker
764 <b>Elektronik- Techniker*</b>	602 <b>Englisch</b>	855 Facharbeiter- prüfung Metallberufe*	460 Fachschulreife, kaufmännisch
610 Fran- zösisch	93 Hauptschul- abschluss* (Vollschulabschluss)	705 Heizungs- techniker	72 Hochbau- techniker
959 Leistungs- und Persönlich- keitsbildung	26 Lohn- buchhalter	70 Maschinen- bau- techniker	765 Meß- und Regelungstechniker
550 Personal- leiter	921 <b>Mittlere Reife*</b>	722 Raumgestalter und Raumtechnik	725 <b>Sanitär- techniker*</b>
73 Technischer Zeichner, Maschinenbau	751 Techn. Zeich- ner Tiefbau*	30 <b>VER- KAUFS- LEITER</b>	415 Steuer- gehilfen- prüfung*
38 Versicherungs- kaufmann*	31 <b>Werbe- assistent</b>	315 Werbe- berater	30 <b>VER- KAUFS- LEITER</b>
311 Werbe- texter	906 Wirtschafts- abitur	94 Zeichnen u. angewandte Grafik	315 Werbe- berater

## Berechtigungskarte

für Bildungsinteressierte und Vorwärtstrebende

Tragen Sie hier die Lehrgangs-Nr. Ihrer Wahl ein

--	--	--

JA, ich möchte vorwärtskommen und im Beruf Erfolg haben. Deshalb habe ich in die obenstehenden Felder die Nummern meiner Berufs- oder Ausbildungsziele eingetragen (die Nummern finden Sie über Ihrem Ausbildungsziel).

Kostenlos und unverbindlich erhalte ich das rechts ausführlich beschriebene Bildungsangebot.

BKT

Vorname \_\_\_\_\_ Zuname \_\_\_\_\_

Plz./Wohnort \_\_\_\_\_ Straße/Hausnummer \_\_\_\_\_

Geburtsdatum \_\_\_\_\_ Beruf \_\_\_\_\_

Interessenten aus Österreich senden diese Seite an das HFL, A 1125 Wien, Schlöglgasse 10

Tragen Sie die Nummern Ihres Berufs- oder Ausbildungszieles in die Felder der linksstehenden Berechtigungskarte ein, und senden Sie die Karte noch heute ausgefüllt ab. Schon in wenigen Tagen kommt dann das mehrteilige HFL-Bildungsangebot gratis und unverbindlich per Post zu Ihnen ins Haus.

### Nebenstehende Berechtigungskarte herausnehmen und noch heute einsenden!

Sie erhalten kostenlos und unverbindlich

- entsprechend Ihrem Ausbildungsziel das Studienhandbuch des Allgemeinbildenden oder Kaufmännischen oder Technischen HFL-Fachinstituts mit einer ausführlichen Übersicht und Beschreibung von insgesamt 205 Berufen und Ausbildungszielen
- die mehrfarbige Informationsbroschüre „Erfolg durch Fernstudium“ mit Beweisen, wie auch Sie durch einen der obenstehenden 54 Lehrgänge Ihr Ziel erreichen können — durch Fernunterricht zu Hause — ohne Verdienstausfall — ohne Ortswechsel.
- und als zusätzliches Geschenk: die 3-teilige Probekarte.

Bei der Vorlage des umfangreichen Original-Lehrmaterials erhalten Sie kostenlos eine eingehende persönliche Studienberatung durch einen unserer HFL-Berater (überall in der Bundesrepublik) für einen schnelleren, effektiveren Studienbeginn.

Eine Frage an alle vorwärtstrebenden Leser:  
**Wie kommt es, daß wir nicht mehr von unseren Informationspaketen verschenken können?**



Prof. Dr. Werner Linke

*Lieber ZS-Magazin-Leser!*  
Als Mitarbeiter des HFL, der jahrelang in der Erwachsenenbildung tätig ist, bin ich etwas erstaunt. Von 1000 bildungsinteressierten Lesern fördern in der Regel nur 10 bis 15 unser kostenloses Angebot über die Möglichkeiten an, im Beruf mehr Erfolg zu haben — durch HFL-Fernunterricht — zu Hause — in Ihrer Freizeit.  
Wo bleiben die restlichen 985?  
Sollten diese Leser an einer besseren beruflichen Zukunft nicht interessiert sein? Das widerspricht doch den Erfahrungen — umso mehr, als berufliches Fortkommen in unserer Zeit wichtiger denn je ist! Aufrichtig gesagt, ich verstehe z. B. nicht, warum nicht jeder Vorwärtstrebende zwischen 20 und 40 Jahren dieses umfangreiche 3-teilige Gratis-Bildungsangebot (Gesamtumfang 476 Seiten) anfordert.  
Es ist wirklich gratis und ohne irgendwelche Verpflichtungen. Wir bezahlen sogar noch das Porto. Sie erhalten nie eine Rechnung und brauchen diese Studienhandbücher auch nicht zurückzuschicken.

Mit freundlichem Gruß  
*W. Linke*  
Prof. Dr. Werner Linke

Alles ist kostenlos und verpflichtet zu nichts!

**HFL**  
Hamburger Fern-Lehrinstitut  
Walter Schultz KG

**POSTKARTE**  
WERBENTWORT

Gebühr  
Zahl-  
Empfänger

2 Hamburg 73  
Postfach 73 03 33